

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgepaltenen Anzeigen über deren Raum 10 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pfg., Kleine Anzeigen, das ist gebrochene Wort 20 Pfg. (zweiwöchige 2-fache Gebühre), jedes weitere Wort 10 Pfg., Stellenangebote und Stellenangelegenheiten das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis: Jedem Abonnent monatlich 2,50 Mk., vierteljährlich 7,50 Mk., halbjährlich 14,00 Mk., jährlich 28,00 Mk., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst täglich.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 20. August 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 1984.

Die Lage der englischen Arbeiterpartei.

London, 15. August. (Fig. Ver.)

Die jüngsten Ereignisse in der englischen Arbeiterpartei lassen befürchten, daß die Verschmelzung der liberalen und sozialistischen Elemente der englischen Arbeiterschaft, die durch die Gründung der Arbeiterpartei bewerkstelligt werden sollte, in den dreizehn Jahren des Bestehens der Partei wenig oder keine Fortschritte gemacht hat und daß die Partei einer schweren Krise entgegensteht. Vor wenigen Wochen bei der Nachwahl zu Leicester, als die Arbeiterpartei den Liberalen das Feld räumte, den liberalen Kandidaten unterstützte und gegen den unabhängigen sozialistischen Kandidaten auftrat, war es ihr linker, sozialistischer Flügel, der sich empörte. Heute bei der Nachwahl zu Chesterfield ist es ihr rechter, liberaler Flügel, der sich in offener Rebellion befindet. Doch das Verhalten der beiden sich widersprechenden Elemente, die man in der Arbeiterpartei lose vereinigt hat, weist einen bedeutenden Unterschied auf. Während nämlich die der Arbeiterpartei angeschlossenen Sozialisten bei aller Kritik, die sie üben, trotz der unbehaglichen Situation, in die sie durch die Taktik der Parteileitung geraten, die stets nach einem auskömmlichen Verhältnis mit den Liberalen strebt, um ihre liberalen Mitglieder nicht vor den Kopf zu stoßen, stets die Parteidisziplin hochgehalten haben, scheren sich die liberalen Mitglieder der Arbeiterpartei den Teufel um die Parteidisziplin und folgen dem Ruf der liberalen Partei, sobald dieser ertönt.

Die Nachwahl in Chesterfield in Mittelengland liefert ein klassisches Beispiel für die Aufführung dieser „unabhängigen“ Arbeitervertreter. Der dort von den Bergarbeitern vorgeschlagene Arbeiterkandidat hat sich nicht nur von der Arbeiterpartei, sondern auch von der liberalen Partei aufstellen lassen. Das hat dazu geführt, daß ihn der Parteivorstand der Arbeiterpartei auf Drängen der Sozialisten einstimmig desavouiert hat. Aber dies kümmert diesen Kandidaten wenig und seine Freunde, die der Arbeiterpartei angehörigen liberalen Bergarbeitervertreter Mittelenglands, pflichten ihm durch die Unterstützung, die sie ihm gewähren, bei. Er erklärt, er lasse sich von einer sozialistischen Clique in London nicht kommandieren. Sein Wahlprogramm besteht aus den üblichen liberalen Plathheiten und nebelhaften Phrasen über Sozial- und Landreform. In seinen Reden feiert er die „große, mächtige liberale Partei“. Der Vorsitzende seines Wahlausschusses ist der Vorsitzende der lokalen liberalen Parteioffiziere. Sein Wahlagent ist der liberale Wahlagent des Kreises. Seine Wahlorganisation ist die liberale Wahlorganisation. Die Redner, die ihn im Wahlkampf unterstützen, sind liberale Minister und Parlamentsmitglieder. Einer von diesen hat erst kürzlich einen wirklichen Arbeiterkandidaten, den Präsidenten der Bergarbeiter Durham, in einem dreistelligen Wahlkampf zur Strecke gebracht, indem er den Wählern Versprechungen machte, an deren Ausführung die liberale Partei nie denken kann. Mit Recht bemerkt daher eine Zeitung, daß es schwer sei, sich eine wunderlichere Travestie von einem unabhängigen Arbeiterkandidaten vorzustellen. Er verdient voll und ganz die Vorwürfe, die ihm der Vorsitzende der parlamentarischen Fraktion in einem Schreiben macht, in dem es heißt: „Ich glaube, daß es unter diesen Umständen weit besser ist, wenn Sie nun einmal liberaler Kandidat sein wollen, es offen und ehrlich zu sagen. Wenn Sie als Arbeiterkandidat auftreten wollen, müssen Sie gewisse Verantwortlichkeiten auf sich nehmen. Zu versuchen, beides zu tun, ist moralisch verwerflich, und wenn sich die Arbeiterpartei das gefallen ließ, würde es den Fortbestand der Partei unmöglich machen.“

Vielleicht wäre die Angelegenheit für die Arbeiterpartei nicht so schlimm, wenn es sich um einen Einzelfall handelte. Leider findet man die oben geschilderten Verhältnisse in sehr vielen Wahlkreisen, die von Arbeiterparteilern, namentlich von Beamten der Bergarbeiterverbände, vertreten werden. Vor vier Jahren beschloß die 600 000 Mann der Bergarbeiterföderation auf Betreiben einflussreicher Führer wie Smillie und Hartshorn, sich der Arbeiterpartei anzuschließen. Für die meisten der Abgeordneten der Bergarbeiter war dies eine Zwangsheirat, mit der man sich abfinden mußte, ohne die alte Liebe zur liberalen Partei aufzugeben. Weit besser als die liberalen Bergarbeitervertreter beobachteten die früher konservativ gesinnten Bergarbeiter (von denen es eine ganze Anzahl namentlich in Lancashire gab, wo die Arbeiter heftige Kämpfe mit den liberalen Ausbeutern zu bestehen hatten), wie der Bergarbeitervertreter Manchester Sutton und der Sekretär der Bergarbeiterföderation die eingegangenen Verpflichtungen. Ob die Bergarbeiterföderation einen wirklichen Druck auf die der Arbeiterpartei abtrünnigen Mitglieder ausüben kann, ist sehr zweifelhaft. Innerhalb der Arbeiterpartei ernannt jede der angeschlossenen Organisationen ihre eigenen Parlamentskandidaten, die von dem Parteivorstand genehmigt werden müssen. Nun ist aber die Bergarbeiterföderation nur eine lose zusammenhängende Organisation, in der die verschiedenen Größtverbände die weitestgehende Autonomie besitzen und sich auch in lokalen politischen Sachen nicht

dreinreden lassen. Und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß in den meisten Fällen die Bergarbeiter hinter ihren liberalen Vertretern stehen. Welch wunderliches Gemisch die Politik in manchen Bergarbeitergebieten ist, erhellt aus einer Rednerliste, die sich unlängst die Bergarbeiter Nottinghamshires durch Abstimmung für ihr jährliches Verbandsfest zurechtbrauten. Sie bestimmten als Redner den Schatzkammer Lloyd George, dann einen mächtigen Bergwerksbesitzer, der eine radikale Geschäftspolitik treibt und — den sozialistischen Präsidenten der Bergarbeiterföderation Genossen Smillie! Das einzige wäre noch, daß man einige sozialistische Bergarbeiterführer ins Parlament wählte, die einen moralischen Druck auf ihre liberalen Kollegen ausüben würden. Aber gerade dies haben die Liberalen, die sich der Gefahr wohl bewußt sind, stets mit allen Mitteln zu hintertreiben gewußt.

Es wird wohl kaum bestritten werden, daß der chaotische Zustand der politischen Arbeiterbewegung in England das Resultat der sozialistischen Zersplitterung ist. Ein wirklich unabhängiger Arbeitervertreter kann sich nur dort behaupten, wo er auf den Gegner nicht angewiesen ist und eine kräftige politische Arbeiterorganisation, das heißt eine sozialistische Organisation, im Rücken hat. Aber wie kann diese entstehen, wenn sich die sozialistischen Organisationen beständig bekämpfen, so daß sich die gemachten propagandistischen Anstrengungen einander aufheben? Es ist beklagenswert, aber wahr, daß in den letzten 4-5 Jahren trotz zeitweiliger Aufstiege die Zahl der organisierten englischen Sozialisten eher zurückgegangen als gestiegen ist und daß trotz der vielen Einigungsbestrebungen die Zersplitterung eher zugenommen als abgenommen hat. Als Beispiel dafür möge eine Szene geschildert werden, die man jüngst in einem großen Londoner Park beobachten konnte. Dort stand auf dem großen, für Volksversammlungen reservierten Blase ein Redner der I. L. P., der die Arbeiterpartei gegen Angriffe verteidigte, die ein Redner der U. S. P., der sich nebenan aufgestellt hatte, gegen diese führte. Ein dritter Redner, der ein Parteilein* vertrat, das sich von der U. S. P. losgesagt, griff rücksichtslos seine früheren Parteigenossen an. Und zu allem Ueberflus war auch noch ein vierter Redner im Felde, der die Ansichten einer Abspaltung von der Abspaltung der U. S. P. vertrat. Dies ist keine Uebertreibung, sondern eine nüchterne Konstatierung der Tatsachen. Kann es einen da wundernehmen, daß das anwesende Arbeiterpublikum lächelnd und scherzend von einer Tribüne zur anderen ging? Glücklicherweise scheinen wir an den äußersten Grenzen dieser unvernünftigen Zustände angekommen zu sein und einer Besserung entgegenzugehen. Das Internationale Sozialistische Bureau hat eine Verständigung zwischen den sozialistischen Organisationen Englands angebahnt, die hoffentlich zu guten Resultaten führen wird. Als Vorstufe zur Verschmelzung soll ein sozialistischer Rat ins Leben gerufen werden, in dem die verschiedenen sozialistischen Organisationen (die I. L. P., U. S. P. und die Fabische Gesellschaft), die alle der Arbeiterpartei angehören müssen, vertreten sein werden. Der Punkt, um den es sich besonders handelt, ist der Beitritt der U. S. P. zur Arbeiterpartei. Die Frage des Beitritts wird zurzeit in dieser Organisation reger diskutiert. Eine Entscheidung wird am Ende des Jahres getroffen werden, wenn die Vorstände der genannten Organisationen unter dem Vorsitz Vanderveldes zu einer Sitzung zusammentreten werden. Jedenfalls verdient das Internationale Bureau den wärmsten Dank aller derer, die die unhaltbaren Zustände in Großbritannien beendigt sehen möchten.

Die I. L. P. hat vom deutschen Parteivorstand die folgende Zuschrift erhalten:

„Werte Genossen! Das Internationale Sozialistische Bureau in Brüssel hat uns mitgeteilt, daß die von seinem Vollzugsausschuss seit einiger Zeit zwischen den verschiedenen sozialistischen Parteien Großbritanniens geleiteten Einigungsverhandlungen von Erfolg begleitet waren, insofern als es ihm beinahe gelang, die sozialistischen Parteien näher zusammenzuknüpfen. Aus der uns überreichten Resolution sehen wir, daß ein gemeinsamer Ausschuss der verschiedenen Parteien gegründet werden wird und daß alle Parteien sich der Arbeiterpartei anschließen sollen.“

Dieser Bericht des Internationalen Sozialistischen Bureaus hat uns große Freude bereitet. Wir wünschen den weiteren Einigungsverhandlungen den besten Erfolg.

Die Einigkeit der sozialistischen Parteien Englands schreit vorwärts. Das britische Klassenbewußte Proletariat wird daraus ganz gewiß den größten Nutzen haben.“

Beileidskundgebungen zum Tode Bebels.

Bei Frau Simon in Zürich sind noch folgende Beileidsbezeugungen eingegangen:

Im Namen der elsass-lothringischen Gruppe des Reichstags entbiete ich Ihnen unser ehrerbietigstes Beileid.

Delfor.

Antwort der Frau Simon: Für die mir namens der elsass-lothringischen Gruppe des Reichstags gütigst ausgesprochene Teilnahme verbindlichsten Dank.

Frieda Simon-Webel.

Der Stadtrat Zürich hat mit einer prachtvollen Krangspende folgendes Schreiben überreicht lassen:

„Zu dem neuen schweren Verluste, den Sie durch den Tod Ihres Vaters und Großvaters erlitten haben, spricht Ihnen der Stadtrat

von Zürich sein herzlichstes Beileid aus. Ist doch dem Verstorbenen unsere Stadt zur zweiten Heimat geworden, in der er nach seinem Wunsch auch seine letzte Ruhestätte finden soll.“

Mit August Webel ist ein Mann dahingegangen, dessen bedeutende Persönlichkeit, dessen gerader Charakter und ehrliche Ueberzeugung weit über die Grenzen seines Vaterlandes hinaus von den Angehörigen aller Parteien anerkannt worden ist.

Möge Ihnen dies und die Liebe und Verehrung, die dem Verstorbenen in so hohem Maße zu teil geworden ist, helfen, Ihren Verlust leichter zu tragen.“

Der Internationale Arbeiter-Verein Genf überfandte einen Kiefenkranz aus Edelweiß, die von 12 Arbeitern in zwei Tagen auf den Abhängen des Mont Blanc gesammelt wurden.

Von bürgerlichen Parlamentariern kondolierten außer den bereits früher genannten: Friedrich Bayer, Konrad Baumann, Kölsch-Karlsruhe, Prof. Dr. Günther, bayer. Landtagsabgeordneter, Dr. Mugdan.

Der Vizepräsident des Reichstages Dobe sandte folgende Depesche:

„Leider verhindert der Trauerfeier beizuwohnen, spreche ich Ihnen herzlichstes Beileid anlässlich des Todes Ihres hochverehrten Vaters aus.“

Frau Simon antwortete: Für die mir gütigst ausgesprochene warmherzige Teilnahme verbindlichsten Dank.

Frieda Simon-Webel.

Ferner gingen noch beim Parteivorstande Beileidskundgebungen ein von der jüdischen sozialistischen Arbeiterpartei in Lodz; von dem politischen Verbände aus Sibirien; von den Druckereiarbeitern in Odessa; von den Arbeitern der Rotenbruderei Jürgenson in Moskau; von der Redaktion der „Ruskoj Bogatstvo“ in Petersburg; von der lettischen Parteioffiziere in Jamaika; von 26 politischen Verbänden aus Rußland; von der russischen Arbeitsgruppe Jondowski nebst deren Dumafraktion in Petersburg; von der sozialistischen Organisation in Jaroslaw; vom Verein „Bibliothek Leo v. Tolstoj“ in Prag.

Politische Uebersicht.

Brandt und sein Nachfolger.

Auch wir hatten die Nachricht wiedergegeben, daß der berühmte Kornwälgemann, Herr Maximilian Brandt, der praktisch leitende Mann bei der Berliner Vertretung der Firma Krupp, von der Kornwälgemina gemahregelt worden und ihm in der Person eines Majors Steinmey ein Nachfolger gegeben worden sei. Jetzt wird nun gemeldet, daß Herr Steinmey deshalb nicht als Nachfolger des Herrn Maximilian Brandt in Frage kommen könne, weil er bereits am 1. April 1913 an Stelle des Herrn v. Nehen die formale Leitung der Berliner Vertretung übernommen habe. Seine Verufung siehe also mit der Angelegenheit Brandt in keinem Zusammenhang.

Was soll nun eigentlich diese offenbar Krupp-offizielle Meldung bezagen? Daß Herr Brandt überhaupt nicht entlassen worden ist? Oder hat man ihn nur aus dieser Stellung entlassen, um ihn anderweitig um so freigebiger für seine von ihm der Firma Krupp geleisteten Dienste zu entschädigen?

Sicherlich dürfte die Firma Krupp alles aufbieten, um sich, wenn auch nicht mehr die Dienste, so doch das ungemein wichtige Schweigen des überaus eingeweihten Herrn Brandt zu erhalten. Hat doch Herr Brandt selbst vor Gericht erklärt, daß er noch viel mehr sagen könnte, und daß er nur schweige, um nicht den Skandal noch größer zu machen. Ist es also nur selbstverständlich, daß die Firma Krupp Herrn Brandt künftig nicht mehr auf die Zeugoffiziere der U. S. P. usw. loslassen wird, so wird sie doch sicherlich alles aufbieten, um zu verhindern, daß vor der Zivilinstanz in Moabit aus dem Angeklagten Brandt auch ein Zeuge Brandt werden könne!

Reaktionäre Torheit.

Was zu welchem Grad unsinniger und geschmackloser Verbohrtheit die unentwegte Reaktion es zu bringen vermag, beweist ein Artikel in der Dienstagmorgenausgabe der „Kreuz-Zeitung“. Der Artikel besteht aus zwei „Eingefandts“, die das führende konservativem Organ an hervorragender Stelle veröffentlicht, ohne ihnen einen Kommentar zu geben, deren Inhalt es sich also ganz offenbar zu eigen macht. Dieser Inhalt aber besteht darin, daß von den beiden Einsendern der bürgerlichen Klasse und selbst reaktionären Blättern ein bitterer Vorwurf daraus gemacht wird, daß sie Webel nach seinem Tode — nicht etwa politische Gerechtigkeit widerfahren lassen — sondern daß sie lediglich seine rein menschlichen Eigenschaften mehr oder minder anerkannt. Dem einen der Einsender hat es namentlich folgende Aeußerung angetan:

„Der Politiker Webel darf bei uns auf keine Sympathien rechnen, der Mensch Webel blieb rein. Er ging durch den jahrelangen erbitterten Kampf mit reiner Wesse, er hielt seine Finger sauber vom Schmutz, den andere nicht immer zu meiden wußten, und keine politische Gegnerschaft darf so blind sein, daß sie ihm an der Wahren diese Achtung verweigerte.“

Also nicht einmal diese bescheidene Anerkennung der rein persönlichen Unantastbarkeit gönnt der Gewährsmann der „Kreuz-Zeitung“ dem politischen Gegner. Wollte man hochhaft sein, so müßte man die bürgerlichen Politiker samt und sonders für menschlich unantastbare Charaktere halten, da die „Kreuz-Zeitung“ die Anerkennung der persönlichen Unantastbarkeit Bebels schon als unerlaubte Ehrung betrachtet!

...warum mißgönnt der Einsender Bebel den Ehrentitel eines menschlichen Ehrenmannes? Weil er unter seiner Abgeordneten-Immunität „ehrenrührige Verleumdungen gegen wehrlose Männer geschleudert“ habe.

Das ist natürlich eine dreifache Unwahrheit. Denn wenn Bebel beispielsweise gegen einen Peters scharfste Angriffe erhob, so waren diese Angriffe, wie noch der letzte Peters-Prozess bewiesen hat, nur zu begründet. Nichtsdestoweniger empfiehlt der der „Kreuz-Zeitung“ offenbar so sehr aus dem Herzen sprechende Einsender in direktester Verbindung mit Bebel, daß die staatsverhaltende Presse „lieber auf gut deutsch einen Ehrabschneider als einen Ehrabschneider nennen“ möge, „gleichviel in welcher Eigenschaft er dies Gewerbe treibe.“

Das ist natürlich kein Sauherdenton! Besonders originell macht es sich, daß die moralische Entrüstung dieses konservativen Wiederholers sich auch gegen die „Kreuz-Zeitung“ selbst richtet. Denn auch sie hat in ihrem Bebel gewidmeten Nekrolog anerkannt, daß Bebel wenigstens „ein ehrlicher Schwärmer“ gewesen sei. Will sie es jetzt also lieber damit halten, ihn einen Ehrabschneider zu nennen?

Man wird uns nicht zumuten, und über solche Lappkäseheiten stillschweigend zu entziehen. Das reaktionäre Preßgeschichtl bringt sich ja dadurch nur selbst bei allen nicht gänzlich dem Hintersicht und verfallenen Elementen in Mißkredit. Erwähnt sei des komischen Vergleichs wegen nur, daß der Angriff der „Kreuz-Zeitung“ resp. ihres Gewährsmannes gegen die „Berliner Neuesten Nachrichten“ gerichtet ist, also gegen ein ausgesprochenes Schatzmacherorgan!

Katholikentag — Zentrumstag!

Das in Breslau erscheinende antibakemische „Katholische Deutschland“ bringt in seiner jüngsten Nummer einen Leitartikel: „Eine vergessene Hauptaufgabe der deutschen Katholikentage“. Diese Hauptaufgabe ist die Wiedergewinnung Deutschlands für den katholischen Glauben. Es heißt in dem Artikel:

„Für die Heiden in Missionen opfern wir viel, aber neben uns lassen wir Millionen unsterblicher Seelen schmachten und verdämmern ohne Sakramente, ohne Wahrheit, ohne Trost im Tode! Und es ist ja nicht einmal wahr, daß sich der verständige Irgläubige dadurch verleiht fühlen könnte, wenn man ihn aus Liebe und mit Liebe zur Wahrheit ruft. Die Irgläubigen haben trotz ihrer geistigen Bettelei, „Evangelisationsvereine“ für „Bekehrung“ der Katholiken gegründet, und es ist falsch, hierin leblich Kalkül und Vorsehung zu sehen —, vielfach ist bei ihnen doch das Motiv die Nächstenliebe, die uns Katholiken aus unserer vermeintlichen Hintertür besetzen will. Und wir Katholiken sollten solche Liebe nicht haben? ...“

Früher, bis 1899, wurde auf den Katholikentagen wenigstens noch eine Empfehlung des Kaninus-Gebetsvereins zur Vereinigung Deutschlands im Glauben ausgesprochen; seither ist auch diese unterblieben, ja ein ähnlicher Antrag von uns befreundeter Seite wurde nicht einmal vorgelegt und schließlich in rauer Form uns verboten, ihn einzubringen. Der Antrag lautete dahingehend, daß im Hinblick auf die Unwissenheit der getrennten Brüder und die ständig zunehmende Entchristlichung innerhalb des deutschen Protestantismus, die Begründung eines „Vereins zur Ausbreitung der katholischen Wahrheit“ in die Wege geleitet werden müsse.“

Das ablehnende Schreiben des „Zentralkomitees“ für die Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands“ ist vom 11. August 1912 aus Aachen datiert und von dem Generalsekretär Dr. Donders unterzeichnet. Mit der Ablehnung wird die Bitte verbunden, „um diesen nun schon so oft eingereichten, für das Zentralkomitee an sich unmöglichen Antrag nicht mehr sich zu bemühen“.

Vom Standpunkt des Katholizismus ist das Verlangen des Breslauer „Quertrüber“-Organs durchaus konsequent: Der römische Katholizismus beansprucht, die alleinigmachende Religion zu sein; jeder Nichtkatholik ist irrgläubig, und es ist Christen- und Nächstenpflicht, ist Gottes Gebot, den Andersgläubigen für die alleinigmachende Kirche zu gewinnen! Wenn die Macher der Katholikentage dies nicht gelten lassen und dahingehende Bestrebungen unterdrücken, so handeln sie wider den Geist des Katholizismus; und es gibt dafür nur eine Erklärung: diese Be-

strebungen laufen zurzeit gewissen Interessen der Zeitung der Zentrumspartei zuwider.

So schreibt denn auch der Verfasser des Artikels im „Kath. Deutschland“, Pfarrer Dr. Meborowski, zum Schluß:

„Nun, auf dem nächsten Katholikentage wird ein ähnlicher Antrag von der katholischen Aktion vorgelegt werden. Und ein solcher Antrag wird der Prüfstein werden, ob der Katholikentag ein Zentrumstag ist oder nicht. Denn, um noch dies zu sagen: Welches ist denn der tiefste Grund, daß seit 40 Jahren kein Versuch mehr gemacht wird, die armen Protestanten der katholischen Wahrheit zurückzugewinnen? Es ist die Furcht der Zentrumspartei, daß dadurch ihr politisches Gewebe gestört und zerfallen würde. Deswegen wurde bei jedem derartigen Versuch sofort seitens des Zentrums so viel Bedauern und Verleugnungen ausgesprochen, daß er bald unterblieb. Hat also politische Rücksicht und das Geheiß politischer Zeitungen und bisher von der Samaritanertätigkeit an den armen Irgläubigen abgehalten, von nun an werden wir einen helligen Seelenkrenzlzug antreten. Gott will es! Wer kann daran zweifeln, daß Gott die Bekehrung des Irgläubigen, der schon fast ganz Unglaube geworden ist, will? Also eine Hauptaufgabe der rein religiösen Katholikentage ist es, auf Mittel und Wege zu raten und zu taten, die Zerenden ins katholische Vaterhaus zurückzuführen.“

Konservativer Wahlterrorismus.

Der Wahlkampf in Magnit-Villallen gibt ein sehr lehrreiches Bild von der Art, wie die Konservativen in ihren Domänen den Wahlkampf führen. Daß die Landräte es als eine Selbstverständlichkeit ansehen, den Konservativen dienlich zu sein, ist bekannt und nach dem Verhalten der Landräte richtet sich ganz natürlich auch das Verhalten der ihnen unterstellten Amtsvorsteher. Die fortschrittliche „Königsberger Hartungische Zeitung“ teilt aus dem Wahlkampf die beiden folgenden interessanten Vorkommnisse mit:

„Der in Biskwill und Umgebung „regierende“ Amtsvorsteher hält seine „Untertanen“ streng unter der Fuchtel. Ein Gastwirt in Kallwehlen schreibt dem Blatt: „Erteile ich nachricht, daß ich zu der Versammlung, die am 17. d. M., nachmittags 8 Uhr, in meinem Lokal stattfinden soll, nicht mein Lokal zur Verfügung stellen kann, und bitte, einen anderen Platz zu wählen. Da Sie in Biskwill kein Lokal bekommen haben, so kann ich es auch nicht machen, denn wir stehen alle unter einem Amtsvorsteher. — Noch größer als in Kallwehlen ist die Furcht vor der Rache der Konservativen in Pogulbinnen. Dort wurde einem nationalliberalen Wahlhelfer sogar die Unterkunft für die Nacht verweigert, so daß der Mann trotz des schlechten Wetters unter freiem Himmel schlafen mußte. Was man überall im Vaterlande jedem Handwerkerbüchsen gewährt, mag er auch noch so abgeriffen aussehen: ein schlingendes Dach für die Nacht, das versagt man in Pogulbinnen einem ehrenbaren Gewerbetreibenden, der sich bei seinen Berufsgenossen allgemeiner Achtung erfreut. Aus Furcht vor den konservativen Nachhabern!“

Daß der nationalliberale Agitator keine gasliche Stätte fand wo er sein müdes Haupt niederlegen konnte, ist sicher sehr bedauerlich; aber es ist sozialdemokratischen Agitatoren in früheren Zeiten in liberalen Ortschaften um kein Haar besser gegangen. Jeder unserer älteren agitatorisch tätigen Genossen wird Beispiele hierfür aus seinen eigenen Erfahrungen anzuführen in der Lage sein.

Vom kommunalen Dreiklassenwahlrecht in Preußen.

In den Städten in Westfalen ist man gegenwärtig mit der Auffassung und Auslegung der kommunalen Wählerlisten beschäftigt. Ein Einblick in dieselben zeigt die ungeheure Rechtelosigkeit der Arbeiterschaft in diesem Industriebezirk. Die Verhältnisse der Stadt Görde sind in dieser Beziehung typisch. In der ersten Abteilung wählen drei Wähler gegenüber 1415 in der zweiten und 4789 in der dritten Abteilung. Das will heißen: ein Wähler der ersten Abteilung besitzt ein 288mal größeres Wahlrecht als ein Wähler der zweiten Abteilung und ein 958mal größeres Wahlrecht als ein Wähler der dritten Abteilung. Artikel 4 der Verfassungsurkunde lautet: „Alle Preußen sind vor dem Gesetz gleich.“ Das Wahlrecht liefert die Illustration zu diesem Grundgesetz. Das Wahlrecht macht die Industrieherrn zu unbeschränkter Herrschern in der Kommune und wie sich diese Herrschaft zum Nachteil der Bürgererschaft bemerkbar

macht, ist hinreichend bekannt. Freilich: das Bürgertum hat sich gottergeben an dieses echte preussische Recht so sehr gewöhnt, daß es noch staunt und sich gar beunruhigt fühlt, wenn die Arbeiterschaft nach ersten Mitteln sucht, diesen schmachvollen Zustand zu befeitigen.

Christentum und Krieg.

Die Zentrumspresse hat das Titelbild der Nummer 20 des „Einfachismus“, das sich mit den Greueln des Balkankrieges befaßt, zum Anlaß genommen, an die „verantwortlichen Stellen“ die Frage zu richten, ob es keine Mittel gebe, solchen „Beschimpfungen der christlichen Religion, die einer Gotteslästerung gleichkommen“, ein Ende zu machen. Der „Einfachismus“ hat nämlich eine treffende Charakteristik jener Sorte „Christen“ gebracht, die sich auf dem Balkan in den schrecklichsten Bestialitäten nicht genug tun konnten. Das Münchener Witzblatt hat nicht das Christentum beschimpft, sondern dies vor den kriegsfremdlichen Mauthstrafen, zu denen auch unsere Zentrumspresse gehört, in Schuß genommen. Diesen möchten wir die folgenden Bemerkungen, die wir in der Nummer (32) der „Christlichen Welt“ finden, unter die Nase halten:

„Es ist wohl keine subjektiv betonte, aber eine unbewusste Heuchelei, wenn man meint, Christentum und Krieg vereinigen zu können. Heuchelei ist es, von einem Gott der Liebe zu reden und von ihm zu verlangen, daß er uns helfe, unsere Feinde zu töten. Heuchelei ist es, vom Reich Gottes zu träumen und die Verbindung der Welt als Utopie zu verwerfen. Heuchelei ist es, „Friede auf Erden“ zu predigen und doch an diesen Frieden nicht zu glauben. Heuchelei ist es, sich auf den Namen Jesu des Friedesfürsten zu berufen und zugleich den Haß gegen die Ausländer, die er ebenbürtig erlösen wollte, wie uns, zu schüren. Wie sagt doch Mirza Schaffy?“

Ihr mögt von Krieg und Helmentum
So viel, wie ihr nur wollt, verkünden,
Nur schweiget von eurem Christentum
Geprädigt aus Kanonenschländen ...“

Vielleicht demunziert die Zentrumspresse, auf die diese Kennzeichnung buchstäblich zutrifft, auch den Verfasser dieses Artikels der Warburger Wochenchrift.

Drei Jahre und einen Monat Gefängnis für einen Trunkenheitsdelikt.

Das Kriegsgericht der ersten Division in Breslau, unter Vorsitz des Majors Grafen v. Wengerski verurteilte den Kanonier Paul Goldol vom Regiment 21 in Grottau wegen tätlichen Angriffs, Achtungsverletzung, Gehorsamsverweigerung, Verharrnis im Angehoram gegen einen Vorgesetzten zu drei Jahren und einem Monat Gefängnis und Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. Der Kanonier kam angetrunken in die Kaserne. Unteroffizier Müller hieß ihn, sich ruhig schlafen zu legen. Goldol schlug mit beiden Fäusten den Vorgesetzten vor die Brust, daß er hinfiel und als er aufstehen wollte, sagte der Mann den Unteroffizier um den Hals und drückte ihn nieder. Der Anklagevertreter, Kriegsgerichtsrat Dr. Ködler beantragte Annahme eines schweren Falles, aber unter Zuhilfenahme mildernder Umstände, zwei Jahre einen Monat Gefängnis nebst Ehrenstrafe. Vor dem vollstimmig betrunken gewesen sein. Sein Verteidiger plädierte in erster Linie für Freisprechung wegen Unzurechnungsfähigkeit, sonst aber für Annahme eines minderschweren Falles.

Das Kriegsgericht nahm nicht sinnlose Trunkenheit an, billigte ihm auch keinen minderschweren Fall zu. Für den tätlichen Angriff wurde das Mindeststrafmaß, welches das Militärstrafgesetzbuch bei einem schweren Fall festsetzt, drei Jahre Gefängnis, eingeleitet.

Das Vorgehen der Türkei gegen Bulgarien.

Die Besetzung von Gebieten auf albulgarischer Erde durch türkische Truppen gibt der internationalen Presse, der nach dem Frieden von Bukarest der Sensationsstoff auszugehen beginnt, Anlaß zu allerlei Alarmnachrichten und Kombinationen. Zweifellos bedeutet das blinde Draufgängertum der jungtürkischen Militärpartei eine Gefahr, da dadurch die panslawistische Reaktion in Rußland mobil gemacht wird und das Gespenst eines russischen Einmarsches in Armenien immer wieder auftaucht.

Blut und Tränen.

Aus Konstantinopel wird uns geschrieben:

Welche Angehörigkeit der Krieg! Wenn in einer Schlacht Hunderte von Menschen verloren gehen, so fällt das gar nicht mehr auf, es muß schon in die Tausende gehen, um das Publikum aufzurütteln! Man hat sich an das Blutvergießen, an alle Grausamkeiten und Schamlosigkeit der Gewalttätigkeit gewöhnt, und die Opfer selbst des begangenen Massenmordes scheinen unter die gleiche Hypnose zu verfallen und klagen nicht mehr, brühen sich schweigend beiseite, als wenn sie durch das Unglück aus der menschlichen Gesellschaft ausgeschloffen worden wären.

Ich sah ein Häuflein verängstigter, von diesem Unglück bedrückter Menschen, die wie durch ein Wunder dem allgemeinen Gemel entgangen waren, als ihre Dörfer zum Opfer fielen.

Es sind das bulgarische Flüchtlinge. Den Rekord an Grausamkeiten hielten ja im zweiten Balkankriege die Bulgaren. Aber in diesem Teil sahen wir nicht bulgarische Feinde, sondern bulgarische Märtyrer. Es sind Erwachsene von zwei Dörfern, die vom türkischen Heer, nach dem Rückzuge der Bulgaren, neu besetzt wurden: Bulgarheim und Poshamken. Ich will gleich an dieser Stelle noch hervorheben, daß nach übereinstimmender Erklärung aller, die ich ausfragte, die Grausamkeiten von den türkischen und arabischen Reitern begangen wurden.

Als die ersten Nachrichten von dem Gemel in den erwähnten Dörfern kamen, beehrte sich der griechische Patriarchat zu intervenieren. Er beabsichtigte zugleich eine Kommission an Ort und Stelle zu senden, um eine Untersuchung vorzunehmen, kam aber später von seinem Gedanken ab und beschränkte sich darauf, die Flüchtlinge, die dem Wasser entkamen, auf der Insel Prinkape, in der Nähe von Konstantinopel, unterzubringen. Es scheint, daß man im griechischen Patriarchat annahm, die Bevölkerung jener Ortschaften sei griechisch; soll deshalb der Eifer der geistlichen Herren erlahmt haben, weil es sich herausgestellt hat, daß es Bulgaren waren?

Sie erzählten mir ihr Leid in einfachen Worten: es sind dieselben Geschichten, die man schon öfters gehört hat: Mord, Vergewaltigung, Raub, keine Bestialität, die während dieses Krieges nicht auch vielfach an anderen Orten an Tausenden von Menschen begangen worden wäre. Immer dasselbe! Aber wie traurig, wie beschämend ist das für unsere sogenannte Zivilisation!

Wir traten in den gewaltigen Hof des griechischen Wacht Hauses, wo die Flüchtlinge untergebracht sind. In einer Ecke bemerkten wir ein Häuflein Menschen, meistens Kinder, dann Frauen, dazwischen einige Männer. Sie haben sich über die Wiese zerstreut und sehen so hilflos und verlassen aus wie eine Schafherde, die sich vor dem Sturme flüchtet.

Ihre Mitteilungen über das Vorgefallene sind durchaus übereinstimmend. Ich gebe die Erzählung eines Jungen wieder, der klar und ohne die Überlegung meine Fragen beantwortete.

Vater, Mutter sind weg. Auch die Großmutter, der Onkel. Ich weiß nicht, wo sie sind. Es war am Tage. Da sahen wir, es kommen die türkischen Soldaten. Unter Kavallerie. Kurden und Araber. Wir gingen ihnen entgegen, mit dem Popen. Brachten

ihnen Brot, Eier, Butter. Drei, vier Tage fütterten wir sie. Dann flohen wir in die Berge. ...“

„Warum seid ihr denn geflohen?“

„Die Soldaten begannen uns zu bedrohen. Wir bekamen Furcht und flohen in die Berge. Da kam zu uns der Jochbaschi. Seht zurück — sagte er — es wird euch nichts geschehen.“

„Da kehrten wir zurück. Wir fanden aber alles ausgeplündert. Man drang nun zu uns in die Häuser ein. Wir verstanden nicht ihre Forderungen, denn sie sprachen arabisch und sie prügelten uns. Dieses Militär ging fort und es kam anderes. Jetzt versammelte man alle Männer. Man band sie drei zusammen. Man legte das Dorf in Brand. Ping an zu schießen. Von allen Seiten kamen Gewehrsalven. Die Weiber fingen an zu schreien und flüchteten. Heberall wurde geplündert. Ich flüchtete ebenfalls, als alle flohen.“

„Ich sah mit meinen eigenen Augen, wie zwei Mann mit Ranzen erschossen wurden und wie man einem jungen Mann Ohren und Nase abschchnitt.“

Vom Dorf Pulparien ist, nach der Versicherung der Flüchtlinge, kein einziger erwachsener Mann übrig geblieben, alle sind erschlagen worden. Und es waren im Dorf 400 Höfe! Unter den Flüchtlingen aus diesem Dorf sehe ich tatsächlich keinen einzigen Erwachsenen. Von Poshamken sind etwa 50 Männer gerettet und 300 Kinder und Frauen! Ein Lehrer der Dorfschule hat sich selbst erschossen, um nicht in die Hände der Wäuterer zu fallen; ein anderer blieb im brennenden Hause. So erzählen die Flüchtlinge: „Wenn man im Felde traf, der wurde erschossen.“ Alle erzählen, daß sie auf dem Wege viel verkrüppelte Leichen trafen. Männer und Frauen, denen es nicht gelang, zu flüchten, wurden entführt. „Man nahm sie mit, wir wissen nicht, wohin.“

Es läßt sich denken, in welcher Angst die Frauen flüchteten! Ich rufe aus den Reihen eine junge Frau heran; ihr verdorrter Gesichtsausdruck fiel mir besonders auf. Sie wollte erst nicht; doch, ausgenommen von den anderen, tritt sie schließlich hervor.

Ich frage sie, weshalb sie weine.

„Es tut so weh“, sagt sie. „Das Dorf ist verbrannt. Der Vater ist erschossen. Die Brüder sind ebenfalls erschossen. Keinen Mann hat man gebunden und getötet. Das Kind, anderthalb Jahre alt, habe ich weggeworfen. ...“

„Wie, weggeworfen?“

Ich richte an sie eine Frage, und eine lange Vorahnung von etwas Entsetzlichem erfüllt mich.

„Alle Mädchen: werft die Kinder weg, um besser laufen zu können. Viele haben es getan. Ich warf das meine auch weg! ...“

„Also das war es! Werft die Kinder weg!“ Im Hintergrunde brennt das Dorf und es türzen die Häuser ein. Gewehrsalven, Schreie, tobendes Gemel. Entsetzt stehen die Frauen. Sie sehen nicht mehr, hören nicht, sind sich nicht mehr bewußt als des einen: der furchtbaren Verfolgung, der sie entkommen wollen — und sie werfen ihre Kinder weg, um besser laufen zu können ...

Vorher kam ein altes Mütterchen an uns heran — spindel dürr, zusammengeschrumpft, mit zahllosen kleinen Falten im Gesicht, mit zitternden Händen und tiefenden Augen.

„Ich habe Glück“, murmelte sie, „ich kam davon.“ Es klingt aus diesen Worten eine freundliche, verwundernde Frage, als wenn sie es unbegreiflich fände, daß gerade ihr das passieren sollte.

„Wie alt bist Du, Großmütterchen? Wohl an die Hundert?“

„Ich weiß es nicht. Darfste wohl hundert sein. Kinder habe ich längst nicht mehr. Ich bin allein. Und ich bin am Leben geblieben.“

Inmitten der furchtbaren Verwüstung, die sich vor unseren Augen entrollt, erscheint es wirklich seltsam, daß gerade dieses alte Mütterchen am Leben bleiben sollte.

Und die Kinder — die Säuglinge, die noch nicht auf ihren schwachen Beinen stehen und laufen können — die hat man weggeworfen. ... Sie sind zerstreut auf dem Wege, unter Sträuchern und in den Gräben. Wer wird sie ernähren? Die sengende Sommerhitze wird ihnen die Augen und die Lippen brennen, sie werden vergebens die Mutterbrust suchen. Die herumstreifenden Wölfe werden ihr Wimmern erdröhen und die Raben werden die Reste ihrer mageren Körperchen verzehren! ...

Soll ich noch weitere Episoden erzählen? Es ist ja alles dasselbe! Grausame Schlächten und Mordtötungen!

Ich frage die Flüchtlinge, ob sie den Wunsch haben, nach Bulgarien auszuwandern? Hebereinstimmend und freudig antworten sie: „Ja!“ Warum aber nicht in die alten Orte zurückkehren? Da lächeln sie bitter: alles ist verbrannt. Wenn man ihnen aber Häuser und Vieh geben würde? „Wir wollen nicht. Wir können nicht. Es ist die Angst. Wir fürchten uns.“

Gefecht selbst, diese Furcht sei unbegründet, denn sie lebten doch lange Jahre im Frieden, so bedenke man doch, welche furchtbaren Erinnerungen jetzt für sie mit jenen Orten verbunden sind! Bluttige Gespenster bilden ihnen entgegen. Hinter jedem Strauch, auf jeder Wiese, auf dem Feldweg, von jedem Fleckchen des heimatischen Bodens! Wer solches erlebte, kann es nicht mehr vergessen, bleibt gezeichnet für sein ganzes Leben. Und wenn es ein ganzes Volk betrifft, entsteht eine Massenpsychose.

Und das, was ich schilderte, ist ja bloß ein kleiner Teil dessen, was geschah; und das, was in den zwei Dörfern Bulgarheim und Poshamken geschah, ist äußerst wenig im Vergleich zu dem, was dieser Krieg in seinem traurigen Verlauf anrichtete.

Wenn das Schicksal und die Ergebnisse dieser einiger hundert bulgarischer Flüchtlinge unser Mitleid erregen, so wollen wir doch auch an jene nicht etwa hunderte, sondern hunderttausende türkischer Flüchtlinge denken, deren langer Zug Thrakien und Mazedonien durchquerte, verfolgt, wie geheimes Wild, hinter sich eine breite Blutspur hinterlassend!

Ein gewaltiges Meer von Volksjammerz überflutete diese Länder und seine Wellen peitschten blutigen Schaum auf; Ruinen menschlicher Wohnungen, menschliche Leichen mit entsetzten Gesichtern ohne Zahl, darunter zarte Kinder und Frauen mit verstümmelten Körpern und der Rauch der Brände verdunkelt die Sonne.

Das ist der Krieg!

Ob es nicht schon Zeit ist, dem ein Ende zu machen? Ob es nicht Zeit ist, zu den Ideen der Kultur zurückzukehren und sich von dem furchtbaren Redenshaft zu geben, das angerichtet wurde? Damit dieses Furchtbare sich nicht wiederhole!

Die Grausamkeiten des Balkankrieges! Aber begreift ihr denn nicht, daß dies bluttige Vorzeichen sind eines europäischen Krieges? Wir werden dazu vorbereitet, in dem unsere Herzen abgestumpft werden, unsere Empfindsamkeit herabgesetzt und eine Kriegsgewohnheit geschaffen wird!

In den Konstantinopeler Regierungskreisen ist man sich aber ohne Zweifel klar, daß bei der völligen wirtschaftlichen Erschöpfung der Türkei ein Kampf mit Bulgarien und Rußland aussichtslos ist. Man weiß recht gut, daß man auf den guten Willen Europas angewiesen ist, um das so nötige Geld zu erhalten. Diese Erkenntnis wird auch allmählich den Hauptquartieren zu Adrianopel aufgehen.

Ueber die Absichten der Türkei wird der „Frank. Jtg.“ aus Konstantinopel gemeldet:

Mehrere Botschafter haben geglaubt, in ihren Unterredungen die Botschaft vor der Ueberschreitung der Maritimalinie eindringlich warnen zu sollen. Als Antwort entwickelte die Botschaft ihre Absichten dahin, daß es ihr fern liege, eine Linie jenseits des Maritimalflusses dauernd zu besetzen. Von der Armee seien allerdings gewisse Punkte zum Schutze der muslimanischen sowie der nichtmuslimanischen Bevölkerung, die den bulgarischen Grenzwelt ausgesetzt seien, provisorisch besetzt worden. Daß es sich aber um keine dauernde Besetzung handle, gehe daraus hervor, daß die Botschaft von der Einsetzung von Zivilbehörden absehe. Sobald Bulgarien den Besitz Adrianopels anerkennt, würden diese verhältnismäßig unbedeutenden Komplikationen verschwinden. Trotz der Niederlegung der Gefangenen von Eski Zigora und der noch in diesem Augenblick von Bulgarien für gut befundenen Drangsalierung der Muselmanen im Gebiete von Kirbachi habe die Botschaft von neuen Operationen abgesehen und die dringenden Beweggründe, welche einen Vormarsch durchaus gerechtfertigt hätten, aus Nachgiebigkeit vor Europa unberücksichtigt gelassen.

Oesterreich.

Die Wut der deutschböhmisches Epischer.

Prag, 18. August. (Eig. Ber.) Wenn man in der Berliner bürgerlichen Presse die Artikel über Deutschböhmen und die Sonntag in Komotau abgehaltene Vertrauensmänner- versammlung liest, könnte man glauben, daß demokratischer Männermuth das deutschböhmisches Bürgerthum gegen die Beilegung der Landesautonomie und die staatsrechtlicher Einsetzung der L. L. Landesverwaltungscommission empöre. Aber da müßte man die Bürger Deutschböhmens und erst recht ihre Vorkämpfer nicht kennen. Ihr ganzes Loben entspringt einzig und allein der Todesangst, daß die Beamten der Landeskommission sich vielleicht doch nicht mehr zum systematischen Amt- und Amtsgeldernitzbrauch für die Chauvinisten und gegen die deutschen Arbeiter und die tschechischen Kinderheiten hergeben werden, worin zuletzt das ganze Wesen der „Selbstverwaltung“ bestand! Und zum zweiten ist der Beweggrund des Spiechertobens, wie wir hier schon ankündigten, die Besorgnis vor dem Aufzwingen einer Landtagswahlreform, die endlich auch die beiden Völker Böhmens, nicht nur die Spiechertlichen und die Agrarier im Landtag zum Wort kommen ließe. In Komotau hat man den Deutschen Nationalverband im Wiener Reichsrath aufgefodert, Opposition zu machen. Vielleicht geht Stürgkh daraufhin, und für seinen jungfräulich unbefleckten Nachfolger können die Nationalverbändler wieder ihre Kameluckendienste leisten. Daß der Nationalverband es durch Obstruktion zu Neuwahlen treiben wird, ist recht zweifelhaft. Sein Gewissen ist schlecht, er hat die Tabakpreiserhöhung, die Mobilisierungen, all den inneren Jammer zu verantworten, und gegen die Regierung könnte er sein Hauptargument, den Terrorismus und den Wahlschwindel, nicht anwenden, und schließlich brauchen sich sogar die schäblichsten Schriftleiterverleumdungen ab. — Diese Unsicherheit des Ausganges geht auch daraus hervor, daß die Vertrauensmänner in Komotau nicht Obstruktion, sondern nur schärfste Dpposition forderten.

Amerika.

Verhärtung des Konflikts zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten.

Der bisher im mexikanischen Bürgerkrieg siegreich gebliebene Diktator Huerta ist von den Vereinigten Staaten nicht als Präsident Mexikos anerkannt worden. Er drohte daher, den neuen Gesandten der Union namens Lind nicht anerkennen zu wollen. Lind ist zwar in Mexiko eingetroffen, zu einer Verständigung kam es aber nicht. Es gab im Gegentheil sehr erregte diplomatische Auseinandersetzungen. Am Dienstag sollte Huerta sogar der Regierung in Washington ein Ultimatum gestellt haben, das dahin ginge, ihn innerhalb 24 Stunden anzuerkennen, sonst würden die diplomatischen Beziehungen abgebrochen. Diese Weisung wird allerdings von Washington aus demittiert; jedenfalls haben aber die Intrigen amerikanischer Kapitalisten einen Zustand herbeigeführt, der auf die Dauer nicht bestehen bleiben kann. Nach einem Telegramm aus Washington erklärte der Staatssekretär, daß er kein Ultimatum, wohl aber eine neue Ablehnung der amerikanischen Vorschläge zu einer friedlichen Beilegung der Revolution erhalten habe. Obwohl die Mitglieder der Regierung über diesen Gegenstand Stillschweigen bewahren, ist es wahrscheinlich, daß diese Ablehnung alle Beziehungen mit Huerta aufhebt. Der Senat und amtliche Kreise erklären, daß die Regierung alles getan habe, was ein freundschaftlich gesinnter Nachbar hätte tun können, ohne die Gewalt zu Hilfe zu nehmen, wofür keine Stimmung bestehe. Das einzige Interesse der Vereinigten Staaten sei jetzt der Schutz von Leben und Eigentum. Die finanziellen Verluste könnten durch Entschädigungen gedeckt werden. Die Menschenleben würden am besten dadurch geschützt, daß die Bürger der Vereinigten Staaten Mexiko verlassen. Die Regierung erdriekt daher die Entfernung der Amerikaner aus Mexiko, wobei für bedürftige Personen die Beförderungskosten bezahlt werden sollen.

Aus der Partei.

Totenliste der Partei.

Der meiningische Landtagsabgeordnete, Genosse Schwarz, ist in der Nacht zum Dienstag in seinem Wohnort Salzungen im Alter von 56 Jahren gestorben. Der Verstorbene war seit Jahrzehnten in der Partei tätig und gehörte seit 1897 dem meiningischen Landtage an.

Aus den Organisationen.

Eine außerordentliche Landeskonferenz für den Reichstagswahlkreis Koburg stellte am 17. August für den verstorbenen Genossen Bietich den Genossen Rechtsanwalt Hofmann aus Hof i. B. mit 58 von 60 abgegebenen Stimmen als Reichstagskandidaten auf. Als Delegierter zum Parteitag in Jena wurde Genosse Redakteur Franz Klingler-Koburg gewählt.

Parteiliteratur.

Sozialdemokratie und Militärvorlage. Mit diesem Titel erschien soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. in Berlin, in der Serie Sozialdemokratische Flugdrucken ein neues Heft.

Das Heft beschäftigt sich mit der gewaltigen Heeresvorlage und der Stellung der Sozialdemokratie zu dieser.

Der Preis beträgt 10 Pf. Eine Ausgabe ohne Umschlag — die zur Massenverbreitung bestimmt ist — wird den Organisationen zu ganz niedrigen Preisen geliefert. Bestellungen sind an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin, zu richten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Pressprozeß.

Der Redakteur der „Altenburger Volkszeitung“ wurde wegen Verleumdung eines Feldwebels, den er in Gegensatz zu einem, wie in der Zeitung herorgehoben war, humanen Hauptmann stellte, zu 50 R. Strafe verurteilt.

Aus Industrie und Handel.

Lage des deutschen Arbeitsmarktes. Das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt ist der letzte und zuweilen auch klarste Reflex der wirtschaftlichen Gesamtlage. Feurere Geld, mangelnde Unternehmungslust, darniederliegende Bautätigkeit sind zum Teil die Ursache der ungünstigen Arbeitsmarktlage. Die Andrangsziffern, d. i. die Zahl der Arbeitssuchenden, die auf 100 offene Stellen kamen, gestalteten sich in den Monaten Januar bis Juli, verglichen mit den gleichen Ziffern der Monate vorigen Jahres, folgendermaßen:

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli
1912	158,0	125,3	110,7	116,7	117,6	118,3	112,2
1913	157,1	151,4	118,9	123,5	128,9	128,9	135,7

In resp. Abn. — 20,9 + 6,1 + 8,2 + 6,8 + 11,2 + 8,6 + 23,5

Nur der Januar d. J. zeigte ein günstiges Bild, während der Juli dieses Jahres mit dem hohen Ueberschuß von 23,5 eine keineswegs günstige Prognose für die Zukunft stellt.

Risenausschwung des Exports der Vereinigten Staaten. Das Kaiserliche Generalkonsulat in New York berichtet eingehend über den Ausfuhrhandel der Vereinigten Staaten. Das bemerkenswerthe in diesem Berichte ist eine vergleichende Zusammenstellung der Ausfuhrziffern der Union, Großbritanniens, Deutschlands und Frankreichs, aus der mit aller Deutlichkeit hervorgeht, wie die Vereinigten Staaten immer mehr auf die Abnahme des Auslandes angewiesen sind, was unter andern zu einem größeren Entgegenkommen Nordamerikas in der Frage der Zolltarifierung und der Zollbehandlung führen muß. Der Wert der Ausfuhr heimischer Fabrikate betrug:

Zu den Kalenderjahren	aus Großbritannien	aus Deutschland	aus d. Ver. Staaten	aus Frankreich
Millionen Dollar				
1900	1111	710	485	435
1901	1088	688	466	454
1902	1104	735	456	458
1903	1139	781	468	468
1904	1188	819	523	490
1905	1307	910	611	530
1906	1484	1047	686	594
1907	1662	1145	740	645
1908	1448	1032	751	572
1909	1444	1043	671	618
1910	1669	1185	767	665
1911	1763	1329	908	677
1912	1875	—	1020	744

Zunahme 784 619 686 809
Zunahme in Proz. 68,8 57,2 110,0 71,0

Es erhellt hieraus, daß die amerikanische Ausfuhr dieser Art dem Werte nach unter den zum Vergleiche herangezogenen hauptsächlichsten Ausfuhrländern der Welt die dritte, hinsichtlich der prozentualen Zunahme von 1900 bis 1912 die erste Stelle einnimmt.

Vom Umfang des Tabaktrafs. Durch einen früheren Angefallenen des englisch-amerikanischen Tabaktrafs wurde die Behauptung aufgestellt, die Zigarettenfabrik Kanoli in Berlin stehe mit diesem Trafs in Verbindung. Der Syndikus des Verbandes der deutschen Zigarettenindustrie und der Syndikus des Verbandes zur Abwehr des Tabaktrafs selbst teilen nun mit, daß diese Behauptung den Tatsachen nicht entspricht.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Soziales.

Gegen die Arbeitslosenversicherung.

Von den Gemeinden Neudöln und Schöneberg ist bekanntlich bei dem Zweidrittelverband Groß-Berlin der Antrag gestellt worden, die Arbeitslosenversicherung — solange eine reichsgesetzliche Regelung nicht besteht — für Groß-Berlin einheitlich zu regeln. Dieser Antrag hat die Frage der Arbeitslosenversicherung wieder in Fluß gebracht. Aber schon sind die vom Zentralverband der Industriellen beeinflussten Offizien daran, energisch abzuwinken. Schweinburgs Berliner Politische Nachrichten reden von der Stimmungsmache zugunsten der Arbeitslosenversicherung, der gegenüber „vor einer abwegigen Auffassung und Behandlung „des Arbeitslosenproblems“ dringend gewarnt werden müsse“.

Nach der Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung und des Privatangelegtenversicherungsgesetzes darf nach Recht und Billigkeit das ganze Werk der deutschen Sozialversicherung in seinen Grundzügen und Bestimmungszwecken im wesentlichen als abgeschlossen gelten. ... Wollte man dennoch den losenden Worte folgen, daß mit der Arbeitslosenversicherung die staatliche Arbeiterfürsorgegesetzgebung zum Abschluß gebracht werden müßte, so würde man sehr bald dieselbe Erfahrung machen, die nach jeder neuen Maßnahme auf dem Gebiet der sozialpolitischen Gesetzgebung gemacht hat: weiteren Wünschen, erhöhten Forderungen wären dann Tor und Tür geöffnet und des Streitens und Feilschens um sozialpolitische Reformen und Neuschöpfungen wäre kein Ende. Gegen die Einführung einer Arbeitslosenversicherung sprechen aber noch andere, sehr gewichtige Bedenken. Bis jetzt gab es nur keine Anfänge einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Aber es hat sich bereits gezeigt, daß es sehr schwierig war, zutreffend zwischen Arbeitslosen und Arbeitssuchenden zu unterscheiden, und es hat sich weiter gezeigt, daß von den zu diesem Zweck getroffenen Einrichtungen diejenigen Arbeiterorganisationen den größten Vorteil haben, die über den größten Mittelbesitz und die zuverlässigste Disziplin verfügen. Und weiter: Würde von Reich wegen eine allgemeine Arbeitslosenversicherung ins Leben gerufen, so würde die allgemein beflagte Herabsetzung der Arbeitsenergie, der Strebsamkeit, der Selbstverantwortlichkeit, die die Arbeiterversicherungsgesetzgebung im Gefolge gehabt hat, ins Ungemessene steigen, sie könnte zu einem volkswirtschaftlichen Krebsgeschwür werden. ... Allein die Arbeitsbeschaffung bietet die Gewähr, daß nicht der Glaube sich einnistet, auch ohne Arbeit sei im Gegenwartsstaate eine Existenz möglich. Schließlich bietet nur die Arbeitsbeschaffung die Möglichkeit, das Uebel der Arbeitslosigkeit an der Wurzel zu fassen, nämlich die Arbeitslosen da zur Verfügung zu stellen, wo sie gerade gebraucht werden, und sie da zu entfernen, wo für ihr Angebot kein Bedürfnis besteht. So aufgefaßt und behandelt kann die Frage der Arbeitslosenversicherung einer Lösung entgegengeführt werden, die eine dauernde Lösung

angefordert wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zu bringen vermag.

Schweiburg kommt zu spät, wenn er jetzt erst den Glauben bekämpfen will, daß auch ohne Arbeit im Gegenwartsstaate eine Existenz möglich sei. Es leben so viele Faulenzer, so viele Drohnen, ohne daß sie selbst arbeiten, vom Schweiß der Arbeiter, und die herrschende Wirtschaftsordnung ermöglicht so viele Existenzen ohne eigene Arbeit, daß sich der Glauben an die Existenz ohne Arbeit gar nicht erst einzunisten braucht, daß er bei den Besitzenden Fleisch und Blut geworden ist. Nicht gegen die Arbeiter braucht man die Notwendigkeit der Arbeit zu betonen, sondern gegen das Drohnentum in der kapitalistischen Gesellschaft. Im übrigen zeigt der Angriff auf die Arbeitslosenversicherung nur wieder die Harmonie zwischen Großindustriellen und Agrariern, denn der Wunsch, die Arbeitslosen dort zur Verfügung stellen zu können, wo sie gerade gebraucht werden, will nichts anderes besagen, als daß man die städtischen Arbeitslosen aufs Land abschieben möchte, um den Agrariern billige Arbeitskräfte zu sichern.

Spekulation auf die Unkenntnis der sozialen Einrichtungen.

Der Reichszuschuß zur Hinterbliebenenversicherung ist für 1913 in Höhe von 1.600.000 M. angesetzt. Man nimmt an, daß dieser Betrag ausreicht. Die Offizien versichern, daß sich die Wahrnehmung gezeigt habe, daß nach Einführung eines neuen Versicherungszweiges von den in einem Jahre an spruchberechtigt gewordenen Personen nur ein Teil tatsächlich Ansprüche geltend macht. Statt nun die anspruchsberechtigten Personen auf ihre Ansprüche aufmerksam zu machen, freut man sich, daß weniger Geld gebraucht wird. Soziale Fürsorge!

Lohnprellererei.

Nicht eigenartige Praktiken, die geradezu zur öffentlichen Brandmarke herausfordern, scheint der Schneider E. Dimasch, laut Adreßbuch Eldinger Straße 40, seinen Arbeitern gegenüber anzuwenden. Gestern standen gleich zwei Sachen vor dem Innungschiedsgericht gegen ihn an, wo die Kläger den Lohn für eine Woche forderten. Beide waren von Beklagten eingestellt, eine Woche beschäftigt und dann ohne Lohn entlassen worden. Dimasch war zum Termin nicht erschienen. Aus einigen Behauptungen war aber zu entnehmen, daß er schon öfter diese Methode, seine Leute um den wohlverdienten Lohn zu pressen, angewendet hat. Wie es um D. bestellt ist, kann man aus dem Rat des Vorsitzenden an den Kläger schließen, daß es zur Erleichterung der Zwangsvollstreckung gut sei, sich nach der Firma zu erkundigen, für die D. liefert. Es liegt im öffentlichen Interesse, vor einem derartigen Arbeitgeber nachdrücklich zu warnen.

„Lehrzeit“ einer Räberin.

Eine jugendliche Arbeiterin klagte gestern vor dem Innungschiedsgericht gegen die Inhaberin einer Räthube Weichert auf Auszahlung von 4 M. einbehaltenen Lohnes. Mündlich war eine Lehrzeit von einvierteljährlicher Dauer vereinbart, während welcher 6 R. Wochenlohn gezahlt werden sollte. Die Klägerin wartete jedoch den Ablauf der „Lehrzeit“ nicht ab und die Beklagte glaubte nun daraus eine Art Kontraktbruch herleiten und obigen Betrag einbehalten zu können. Sie mußte sich aber sagen lassen, daß sie auf alle Fälle das Geld herausgeben müsse und daß im übrigen auch der „Lehrvertrag“ keine gesetzliche Gültigkeit habe.

Sozial Verhältnisse sollten unsere Frachten die gesetzlichen Vertreter jugendlicher Personen selbst besitzen, daß derartige Abmachungen in der Tat nichts anderes sind, als eine ziemlich durchsichtige Verschleierung der allergrößten Ausbeutung, und sollten ihre Einwilligung dazu niemals hergeben.

Die Kindersterblichkeit in Rußland. Der „Köln. Jtg.“ wird geschrieben: Die statistischen Tabellen auf der jüngst in Petersburg veranstalteten russischen Hygienenausstellung, welche die Sterblichkeit der Kinder graphisch darstellen, liefern das Ergebnis, daß sich bei der Verteilung der Bevölkerung nach Religionen scharf, offenbar nicht zufällige Unterschiede ergeben. Am größten ist danach die Sterblichkeit unter den Griechisch-Orthodoxen, d. h. den Großrussen, mit 81,2 Todesfälle auf 1000 Geburten. Wenn dem auch eine unvergleichlich höhere Geburtenziffer gegenübersteht, so läßt die ungeheuer große Zahl doch Rückschlüsse auf schwere Mängel in der Lebensweise des Volkes zu. Der Gegensatz der Geburten bei den Moslim ist über die Hälfte geringer, bei den Protestanten annähernd ebenso gering. Besonders der auffallende Unterschied gegen die mohammedanische Bevölkerung führt auf die richtige Spur. Die Moslim trinken keinen Alkohol, jedenfalls keinen Schnaps. Und gerade in den Zentren des größten Schnapsverbrauches, in den Großstädten Petersburg und Moskau, ist die Sterblichkeit der Kinder am größten. Selbst die tröstliche Verlokung des Dorfes mit ärztlicher Hilfe (es kommt im Durchschnitt auf 22.000 Einwohner ein akademisch gebildeter Arzt) und das Ueberhandnehmen der von Droschkenführern, Arbeitern und anderen städtischen Saisonarbeitern nach den Dörfern verschleppten Syphilis, des Krebses und der Schwindsucht erscheint neben den Verheerungen des Alkohols als minder wichtig. Der staatlich vertriebene Alkohol, der angeblich zum Monopol gemacht wurde, um dem Schnapsgenuss zu steuern, ist der schlimmste Würgengel der russischen Jugend. Die Kindersterblichkeit ist ohne Frage diesem Volksflaster zur Last zu legen. Die extensive Volkswirtschaft Rußlands rechnet auch mit dem Menschenmaterial einstellenden noch so verhältnismäßig, als ob diese Quelle nie versiegen könnte. Wenn nun freilich auch die Bevölkerungszahl absolut steigt, so dürfte unter den geschilderten Verhältnissen ein Rückgang in dem Wert des Materials unabsehbar sein. — Ursache und Wirkung sind bei dieser Darstellung verkehrt worden. So verheerend der Schnapskonsum auch wirkt, er ist nur eine Folge der wirtschaftlichen Verhältnisse, das heißt der elenden Lebensweise. Die Protestanten weisen eine geringere Sterblichkeit auf, weil sie im wesentlichen die städtische Bourgeoisbevölkerung (vornehmlich Selbständige und besser bezahlte Angestellte) repräsentieren. Die Großrussen sind dagegen in der Mehrzahl Bauern oder Lohnarbeiter in der Stadt, deren jeder Los bekanntlich in dem Despotenstaate ein unglücklich trauriges ist.

Letzte Nachrichten.

Mord aus Eifersucht.

Aus Neudöln wird wieder eine schwere Mordtat gemeldet. Eine in dem Hause Hermannsplatz 6 wohnende Frau Adam wurde gestern abend von ihrem Schlafbruder ermordet. Der Täter wurde verhaftet. Das Motiv zur Tat soll Eifersucht sein.

Ausbreitung der Cholera in Bosnien.

Sarajewo, 19. August. (V. T.) In Bosnien breitet sich die Cholera immer weiter aus. Seit gestern sind sechs neue Erkrankungen an Cholera zu verzeichnen gewesen. Die Militärverwaltung, die gerade damit beschäftigt ist, die in Bosnien zurückgehaltenen Reservisten zu entlassen, hat die ungesunden Maßnahmen getroffen, um eine Einschleppung der Cholera in das Innere der Monarchie zu verhindern. Die Reservisten und Ueberlebenden vor ihrer Entlassung militärärztlich untersucht und erst nach einer drei- bis fünfstündigen Quarantäne in die Heimat entlassen. Auch die Privatreisenden müssen sich ebenfalls ärztlichen Untersuchungen unterziehen, wenn auch die Quarantäne auf vierundzwanzig Stunden beschränkt wird.

Ruhigere Auffassung der mexikanischen Verhältnisse in Amerika.

Washington, 19. August. (W. T. U.) Die Spannung, die in offiziellen Kreisen in betrefft Mexikos vorherrscht, hat infolge des Empfanges von Telegrammen der amerikanischen Botschaft und der Meldung Linds, nach denen die Verhandlungen noch fortgeschritten, etwas nachgelassen.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Maler etc.
 Melchiorstr. 28. Verwaltungsstelle Berlin. Geöffnet v. 9-1 Uhr.

Donnerstag, den 21. August 1913, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder - Versammlung
 im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.
 Tagesordnung:
 1. Abrechnung vom ersten und zweiten Quartal 1913.
 2. Bericht von der Generalversammlung in Leipzig.
 3. Verschiedene Kassangelegenheiten.
 Mitgliedsbuch legitimiert.

Deutscher Holzarbeiter - Verband.
 Verwaltung Berlin.

Stock- und Zelluloid-Arbeiter!
 Mittwoch, den 20. August 1913, abends 6 Uhr:
Branchen - Versammlung
 im „Königstadt-Kasino“, Holzmarktstr. 72.

Montag, den 25. August, abends 6 Uhr:
Öffentliche Stuhlpolierer-Versammlung
 bei Hermel, Holzmarktstr. 21.

Tagesordnung:
 1. Die können wir unsere Lage verbessern?
 2. Verbands- und Branchenanliegenheiten.
 NB. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung muß jeder Stuhlpolierer in obiger Versammlung erscheinen.

Deutscher Metallarbeiter - Verband.
 Verwaltungsstelle Berlin. C 54, Linienstr. 83-85.
 Telefon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Donnerstag, 21. August, abends 8 1/2 Uhr:
Bezirks - Versammlungen:
 für den 20. Bezirk in Frankes Festsaal, Badstraße 19.
 Tagesordnung:
 Fortsetzung der Versammlung vom 18. August.

Für Ober-Schöneweide, Nieder-Schöneweide, Johannis-
 thal und Umgegend
 im Lokal Wilhelminenhof, Ober-Schöneweide.

Tagesordnung:
 1. Stellungnahme zur Generalversammlung. 2. Bericht vom außer-
 ordentlichen Verbandstag in Berlin.
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
 Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet.

Zentral-Verband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands.
 Filiale Groß-Berlin.

Am Donnerstag, den 21. August 1913, abends 8 Uhr,
 im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 1:
Versammlung
 aller Kollegen, die in „Privatfirmen“ beschäftigt sind.
 Tagesordnung:
 1. Wie haben sich infolge der Tarif-Vertragslosigkeit die Arbeits-
 verhältnisse in den „Privatfirmen“ gestaltet? 2. Verschiedenes.
 Der Vorstand.

Orts - Krankenkasse
 der
Bureauangestellten
 zu Berlin.
 Die für das Jahr 1912 gewählten
 Delegierten werden hiermit zu der am
 Freitag, den 29. d. M., abends
 8 1/2 Uhr, im Berliner Klubhaus,
 Schönstraße 2, stattfindenden
Außerordentlichen
General-Versammlung
 eingeladen.
 Tagesordnung:
 Berichterstattung und Beschluß
 über die Bereinigung unserer Kasse
 mit der „Allgemeinen Ortskrankenkasse“.
 Berlin, 21. August 1913.
 Der Vorstand.
 A. H.: Bauer, Vorsitzender.

Wald- u. Landparzellen
 Wer solche billig erwerben will,
 beschaffe zuerst das neu er-
 schlossene Gelände der
Kolonie Neu-Döberitz
 direkt an der Heerstraße und am
 Bahnhof Döberitz, 12 Min.
 Fahrt v. Spandau, vorzügliche Lage,
 guter Boden. Große Auswahl
 äußerst günstige Bedingungen,
 kleine Kuz., geringe jährl. Teilzah-
 lung. Pläne kostenlos. Ausl. durch
W. Buchholz, Berlin NO,
 Rindfleischstr. 19.

Haben Sie Stoff?
 Ich fertige davon Anzüge od. Paletot
 nach Mass, schick, dauerh. Zutaten
 von 25 Mark an. Moritz Laband,
 Neue Promenade 8, II. (Stadtth. Bstr.)

Berlin N., **Karl Weinholz** Berlin N.,
 Kameruner Str. 57 Kameruner Str. 57
 Am Montag, den 18. August, habe ich an obiger Adresse eine
bewilligte Bäckerei und Konditorei
 übernommen und bitte um regen Zuspruch der Parteigenossen u. Genosseninnen.
 Ich werde stets bestrebt sein, meine Kunden durch gute Ware und
 prompte Bedienung in jeder Beziehung zufriedenzustellen. 18825

Bestbewährte gesunde und magen-darmkranke **Kufeke** Nahrung für: schwächliche, in der Entwicklung zurückgebliebene Kinder.

Die reellsten und billigsten Möbel

und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit 35 Jahren bestehenden Möbelfabrik von **A. Schulz, Reichensberger**
 Straße 5. Größte Auswahl in allen Holz- und Stularten mit mehr-
 jähriger Garantie. (5 Proz. Kassaskonto.) Ev. auf Ratenszahlung.
 Bezantio, Rehdorf: Alfred Wielepp, Rehdorf. Inseratenteil verantw. G. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Theater.
 Mittwoch, 20. August 1913.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Prater. Das Bummelmädchen.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Rgl. Opernhaus. Samson und Dalila.
Rgl. Schauspielhaus. Der große König.
 Anfang 8 Uhr.

Irania. In den Seen Oberitaliens.
Schiller O. Der Freischütz.
Charlottenburg. Der Leibgardist.
Westen. Sylvester Schaffer. Das
 harte Stück. Ein angebrochener
 Abend.
Berliner. Filmzauber.
Thalia. Puppchen.
Theater am Nollendorfsplatz. Die
 Kimo-Königin.
Kasino. Der Affentenor oder Garuso
 auf Teufel.
Trianon. Der abgerissene Glocken-
 zug Untreu.
Herrnfeld. Endlich allein. Die
 Schenke-Räuber.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
 Anfang 8 1/2 Uhr.

Romdchenhaus. Hochherzogliche
 Wohnungen.
Deutsches Schauspielhaus. Das
 Farmerädchen.
Lehrstüchhaus. Rajolka.
Rose. Bismarck der Großstadt.
Residenz. Die Frau Präsidentin.
Kuffen. Geschick.
Solles Caprice. Die leuchtende
 Leinwand. Schloße patent.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Die Schiff-
 brüchigen.
 Anfang 9 Uhr.
Admiralspalast. Eisballett: Bitt in
 St. Moritz.
Sternwarte. Zwölfdenkmal. 57-62.

Schiller-Theater Charlotten-
 burg.
Der Leibgardist.
 Komödie in 3 Akten v. Franz Reisinger.
 Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.
 Morgen und folgende Tage:
Der Leibgardist.

Sachse-Oper
Schiller-Theater O. Theater.
 8 Uhr:
Der Freischütz.

Deutsches Schauspielhaus
 8 1/2 Uhr: Das Farmerädchen.

Berliner Theater.
 8 Uhr: Filmzauber.
Theater des Westens.
 8 Uhr: Letzte Woche! Sylvester Schaffer.
 Vorher: Das harte Stück.
 Ein angebrochener Abend.
 8 1/2 Uhr: **Residenz-Theater** 8 1/2
 Uhr:
Die Frau Präsidentin.
 (Madame la Présidente.)
 Schwan in 3 Akt v. M. Hennequin
 und P. Veber.
 Morgen u. folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.

Theater am Nollendorfsplatz.
Gastspiel
 des Berliner Metropol-Theaters:
Die Kino-Königin!
 Anfang 8 Uhr.

ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 132.
Vampire der Großstadt.
 (Biederleut.)
 Anfang 8 1/2 Uhr.
 Auf der Gartenbühne:
Uebern großen Teich.
 Lebensbild in 4 Akt. Vorher: Konzert,
 Finaler, bunter Zeit. Anf. 4 1/2 Uhr.

Passage-Panoptikum
Die Offenbarungen
 der Traumalerin
Frau Assmann,
 d. Aufseh. d. wissensch. Kreise.
AGA
 die schwebende Jungfrau.
Buddha
 die geheimnisvolle Tafel.
 Alles ohne Extra-Entree!

Volksgarten - Theater.
 Badstr. 8 und Bellermanstr. 20/25.
 Mittwoch, den 20. August:
Große Gala-Benefit-Vorstellung
 für Fr. L. Gebhardt-Hoffmann:
Aus dem wilden Westen
 oder: **Der Goldsucher.**
 Hr. Hofe in 4 Akten m. Gesang u. Tanz.
 Dazu vollständig neue Spezia-
 litäten ersten Ranges. Anf. 4 Uhr.

ZOOLOG
ischer Garten
 Täglich:
Militär-Doppel-Konzert.
 Eintrittspreise:
 Zoo: 1 M., von 6 Uhr ab 50 Pf.
 Aquar.: 1 M. v. d. Straß., 50 Pf. v. Zoo.
 Kinder unt. 10 Jahren d. Hälfte.
 Neu! **AQUARIUM**
 9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.

Berliner Prater-Theater
 7-9 Kastranien-Allee 7-9.
 Täglich:
Das Bummelmädchen
 Gr. Ausstattungsp. in 4 Akt v. R. Hebe
 Kuffel von Hirsch und Schreyer.
Griffaff. Spezialitäten. Konzert.
 Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 W.

Konzert-Restaurant
Zentralhallen
 normal Konkordia-Theater,
 Brunnenstr. 154.
 Eröffnung nach vollst. Reno-
 vierung u. Umbau Mitte Septbr.
 Täglich: **Konzert auf**
30 verschiedenen
Kunst-Instrumenten.
 Säle und Vereinszimmer zu
 Bestlichkeiten zu vergeben.
 Auskunft erteilt Herr. Neubert,
 Prinzenstr. 105.
 Amt Reichplatz 11408.

Trianon-Theater.
 Täglich **Untreu.**
 abends 8 Uhr:
 Vorher: Der abgerissene Glockenzug.

Neue Welt
 A. Scholz, Hasenheide 108-114
 Heute Mittwoch,
 den 20. August:
Gr. Kinderfest
 Anf. 4 Uhr. Entree 15 Pf.
 Donnerstag:
 Beschießung von Adrianopel.

Brauerei Friedrichshain
 Am Königstor. Tel.: Ernst Liebing.
 Jeden Dienstag- und Donnerstagnachmittag:
Kaffee-Frei-Vorstellung
 der Norddeutschen und Apollo-Sänger
 bei freiem Entree. Freitags: Frei-Konzert.

Casino-Theater
 Reihinger Str. 37. Täglich 8 Uhr.
 Der neue Berl. Hoffenklager:
 „Der Aktien-Tenor oder“
 Garuso auf Teilung.“
 Sonntag, nachmittag 4 Uhr:
 Ein toller Ehemann.
Admiralspalast
 Einz. Eispalast der Welt
 mit prunkvollen Eisballetten.
 Angenehm kühler Aufenthalt.
 Allabendlich Flirt in St. Moritz.
 Wiederaufr. der kleinen Charlotte.
 Beginn d. Vorstellung 1/9 Uhr.
 Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
 halbe Kassenpreise.

Voigt-Theater
 Badstraße 38.
 Jeden Mittwoch: **Elite-Tag:**
Unsere blauen Jungens
 Poffe m. Gesang u. Tanz in 3 Akten.
 Vollständig neue Spezialitäten.
 Kassenöffn. 10 Uhr. Anfang 4 1/2 Uhr.

Schweizer Garten
 Am Friedrichshain 29/32.
 Täglich:
Theater
 und Spezialitäten.
 Jeden Mittwoch:
Kinderfreudenfest.
 Anfang: Sonntags 4 Uhr,
 Wochentags 5 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
 (Moysel, Britten,
 Schrader etc.)
 Neu engagiert:
 Komiker
Russell.
 Anfang
 8 Uhr.

Sie bilden sich ein
 neue Wäsche zu sehen, wenn Sie sie mit Persil ge-
 waschen haben, so blendend weiss, frisch und duftig
 ist sie danach geworden. Einfachste Anwendung,
 billig im Gebrauch und absolut unschädlich
 unter Garantie!
 Ueberall erhältlich, nie lose, nur in Original-Paketen.
Persil
 das selbsttätige
Waschmittel
 Der grosse Erfolg!
 HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Henkel's Bleich-Soda.



Garbáty
Cigaretten

Qualität

Berliner
Humor-Quartett
 W. Wutzky Oderberger Str. 36

Möbel
 Wir liefern direkt an Private
 frei Haus durch eig. Gespann
Stube u. Küche 208, 244, 50,
 276, 300, 317,
 357, 370, 429, 493 etc.
2 Stuben u. Küche 280,-,
 300,-,
 359,-, 427, 501, 590 etc.
Schlafzimmer 223, 276, 313,
 355, 429, 460,
 540 etc.
Küchen 51, 58, 75, 92 etc.
 Ständiges Lager 300 Einrichtungen
 Reichhalt. Preisb. gratis u. franco.
 Abgabe einzelner Stücke
 ohne Preisüberhöhung! ::
Höfner* Möbel-Engroshaus
 Berlin N. 201,
 Vateranenstr. 11, 12, 13.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, Moritzplatz
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12.
Spezialarzt
 für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden -
 Ehrlich-Meth. Blutuntersuchung. *
 Schnelle, sich. Heilung. Mäßige Preise.
Dr. med. Weckenfuß,
 Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
 8-9, 12-2, 6-8, Sonnt. 8-1/2, 10,
 Potsdamer Str. 4 (Potsdamer Platz)
 1/2, 10-1/2, 12, 4-1/2, 6, Sonnt. 10-11.

Buchhandlung Vorwärts
 Lindenstr. 69 (Laden)
Ansichtskarten
 vom
Riesengebirge, Harz,
Sächsische Schweiz,
Dresden, Berlin
 in reicher Auswahl.
Stück 5 Pf.

Der Katholikentag in Metz.

(Telegraphischer Bericht.)

Metz, den 19. August.

Der heutige dritte Tag des Katholikentages begann mit einer Versammlung des

Volkvereins für das katholische Deutschland.

In Vertretung des erkrankten Vorsitzenden, Fabrikbesizers Brandt, München-Gladbach, führte Reichstagsabgeordneter Trimborn den Vorsitz. Er führte aus: Der Volkverein steht mit beiden Füßen auf dem Boden des katholischen Glaubens und sei der festen Überzeugung, daß seine Arbeit nur gedeihen könne im engsten Anschluß an den hochwürdigen Episkopat.

Darauf erstattete der Direktor des Volkvereins Dr. Brauns-München-Gladbach den Jahresbericht für die Zeit von Ende Juni 1912 bis Juli 1913. Der Verein hat in dieser Zeit 47 240 neue Mitglieder gewonnen, so daß seine Gesamtmitgliedszahl zurzeit 776 000 beträgt.

Lichtbilderei - G. m. b. H., M.-Gladbach.

setzte insbesondere ihre Reformationsbestrebungen auf dem Gebiete des Kinowesens fort. Auf ein reichhaltiges Lager belehrender Filme wurde besonderer Wert gelegt.

Die Zentralstelle in M.-Gladbach ist auf ihrem alten Bestand an sechzehn literarisch tätigen Beamten geblieben. Das Gesamtpersonal des Volkvereins beläuft sich zurzeit auf 168 Personen.

Der Volkverein ist ein sozialer Verein. Er will durch Anregung und Organisation praktisch sozialer Reformarbeit die Gestaltung der Gesellschaft im Geiste christlicher Ideale beeinflussen.

Sodann nahm, von der Versammlung stürmisch begrüßt, Bischof Benzler von Metz das Wort, um den Führern des Volkvereins zu danken für die Bereitwilligkeit, mit der sie auf alle Wünsche des Episkopats eingegangen seien.

Bischof Benzler von Metz

das Wort, um den Führern des Volkvereins zu danken für die Bereitwilligkeit, mit der sie auf alle Wünsche des Episkopats eingegangen seien. Wenn einst beim jüngsten Gericht Gott der Herr den Maßstab der tätigen Nächstenliebe zugrunde legen wird, dann dürfen die Führer des Volkvereins getrost auf ihre Arbeit hinweisen als auf eine Arbeit zeitgemäßer Nächstenliebe.

Im Anschluß daran sprach Professor Eugen Müller-Strasbourg über die Notwendigkeit des Volkvereins, worauf die Generalversammlung geschlossen wurde.

Am Mittag fand wieder eine geschlossene Versammlung, die dritte, statt. Es wurde ein Lustigungstelegramm an die heute in Fulda zu ihrer Konferenz zusammengetretenden Bischöfe gefandt. Dann folgte die Weiterberatung der Anträge des ersten Ausschusses betreffend die Missionen, den Verein vom Heiligen Lande, den Bonifaziusverein und den Dritten Orden des Heiligen Franziskus.

Am Spätnachmittag trat dann in der Festhalle unter zahlreicher Beteiligung und unter dem Vorsitz des Stadtrates Reichsanwalt Dr. Trunz-Metz die

zweite öffentliche Versammlung

zusammen. In ihr ergriff stürmisch begrüßt, Bischof Koppes von Luxemburg das Wort. Er führte aus: Seit einigen Jahren wütet bei uns in Luxemburg ein Kulturkampf und ein Schulkampf. Es gibt eine unheimliche Nacht in unserer Zeit, die besonders in den romanischen Ländern zerstörend wirkt.

die Freimaurerei.

Viele Katholiken wissen die Gefahr dieser Nacht nicht zu schätzen. Schon 1829 wurde eine päpstliche Enzyklika gegen die Freimaurerei erlassen, die alles versucht, um die Jugend durch schlechte Lehren zu verderben. Die Freimaurerei erzieht eine Jugend, die auf keine Lehren mehr achtet, keine Gewalt mehr respektiert; ihr Gesetz ist die Lüge, ihr Gott ist der Dämon und ihre Lehren sind das schändlichste, was man sich denken kann.

Sodann sprach der Generalpräsident der Gesellenvereine, Prälat Schweiger, über „Adolf Kolping, der Gesellen-

20. Hauptversammlung der deutschen Ortskrankenkassen.

Zweiter Tag.

Breslau, den 19. August 1913.

(Telegraphischer Bericht.)

Den ersten Gegenstand der heutigen Tagesordnung bildet die Beratung über den Stand der neuen Organisation der Krankenkassen und deren

Verhältnis zu Ärzten und Apothekern.

Der Referent Frähdorf-Dresden unterbreitet eine längere Resolution, in der zunächst der große Wert der ärztlichen Tätigkeit bei Durchführung der Krankenversicherung und die erste Pflicht der Kassenvorstände anerkannt werden, die materiellen Interessen der Kassenärzte zu fördern.

Der Referent Frähdorf-Dresden unterbreitet eine längere Resolution, in der zunächst der große Wert der ärztlichen Tätigkeit bei Durchführung der Krankenversicherung und die erste Pflicht der Kassenvorstände anerkannt werden, die materiellen Interessen der Kassenärzte zu fördern.

Der Referent Frähdorf-Dresden unterbreitet eine längere Resolution, in der zunächst der große Wert der ärztlichen Tätigkeit bei Durchführung der Krankenversicherung und die erste Pflicht der Kassenvorstände anerkannt werden, die materiellen Interessen der Kassenärzte zu fördern.

Der Referent Frähdorf-Dresden unterbreitet eine längere Resolution, in der zunächst der große Wert der ärztlichen Tätigkeit bei Durchführung der Krankenversicherung und die erste Pflicht der Kassenvorstände anerkannt werden, die materiellen Interessen der Kassenärzte zu fördern.

Der Referent Frähdorf-Dresden unterbreitet eine längere Resolution, in der zunächst der große Wert der ärztlichen Tätigkeit bei Durchführung der Krankenversicherung und die erste Pflicht der Kassenvorstände anerkannt werden, die materiellen Interessen der Kassenärzte zu fördern.

Der Referent Frähdorf-Dresden unterbreitet eine längere Resolution, in der zunächst der große Wert der ärztlichen Tätigkeit bei Durchführung der Krankenversicherung und die erste Pflicht der Kassenvorstände anerkannt werden, die materiellen Interessen der Kassenärzte zu fördern.

Der Referent Frähdorf-Dresden unterbreitet eine längere Resolution, in der zunächst der große Wert der ärztlichen Tätigkeit bei Durchführung der Krankenversicherung und die erste Pflicht der Kassenvorstände anerkannt werden, die materiellen Interessen der Kassenärzte zu fördern.

Der Referent Frähdorf-Dresden unterbreitet eine längere Resolution, in der zunächst der große Wert der ärztlichen Tätigkeit bei Durchführung der Krankenversicherung und die erste Pflicht der Kassenvorstände anerkannt werden, die materiellen Interessen der Kassenärzte zu fördern.

Der Referent Frähdorf-Dresden unterbreitet eine längere Resolution, in der zunächst der große Wert der ärztlichen Tätigkeit bei Durchführung der Krankenversicherung und die erste Pflicht der Kassenvorstände anerkannt werden, die materiellen Interessen der Kassenärzte zu fördern.

es eine Einschüchterung sein? Aber wir fürchten weder den Kampf, noch lassen wir uns durch solche Reden einschüchtern! (Sehr wahr.) Die Rede des Dr. Dippes war ein glatter Schuß gegen die Krankenkassen. (Erneute Zustimmung.) Kollektivverträge sind im allgemeinen möglich, aber in diesem Falle ist es sehr bedenklich, wenn wir Verträge mit den örtlichen Ärzteorganisationen abschließen.

Der Referent Frähdorf-Dresden unterbreitet eine längere Resolution, in der zunächst der große Wert der ärztlichen Tätigkeit bei Durchführung der Krankenversicherung und die erste Pflicht der Kassenvorstände anerkannt werden, die materiellen Interessen der Kassenärzte zu fördern.

Der Referent Frähdorf-Dresden unterbreitet eine längere Resolution, in der zunächst der große Wert der ärztlichen Tätigkeit bei Durchführung der Krankenversicherung und die erste Pflicht der Kassenvorstände anerkannt werden, die materiellen Interessen der Kassenärzte zu fördern.

Der Referent Frähdorf-Dresden unterbreitet eine längere Resolution, in der zunächst der große Wert der ärztlichen Tätigkeit bei Durchführung der Krankenversicherung und die erste Pflicht der Kassenvorstände anerkannt werden, die materiellen Interessen der Kassenärzte zu fördern.

Der Referent Frähdorf-Dresden unterbreitet eine längere Resolution, in der zunächst der große Wert der ärztlichen Tätigkeit bei Durchführung der Krankenversicherung und die erste Pflicht der Kassenvorstände anerkannt werden, die materiellen Interessen der Kassenärzte zu fördern.

Der Referent Frähdorf-Dresden unterbreitet eine längere Resolution, in der zunächst der große Wert der ärztlichen Tätigkeit bei Durchführung der Krankenversicherung und die erste Pflicht der Kassenvorstände anerkannt werden, die materiellen Interessen der Kassenärzte zu fördern.

Der Referent Frähdorf-Dresden unterbreitet eine längere Resolution, in der zunächst der große Wert der ärztlichen Tätigkeit bei Durchführung der Krankenversicherung und die erste Pflicht der Kassenvorstände anerkannt werden, die materiellen Interessen der Kassenärzte zu fördern.

Der Referent Frähdorf-Dresden unterbreitet eine längere Resolution, in der zunächst der große Wert der ärztlichen Tätigkeit bei Durchführung der Krankenversicherung und die erste Pflicht der Kassenvorstände anerkannt werden, die materiellen Interessen der Kassenärzte zu fördern.

Der Referent Frähdorf-Dresden unterbreitet eine längere Resolution, in der zunächst der große Wert der ärztlichen Tätigkeit bei Durchführung der Krankenversicherung und die erste Pflicht der Kassenvorstände anerkannt werden, die materiellen Interessen der Kassenärzte zu fördern.

schieden stützten Mitteln freien Verkehrs und denjenigen, die zum Apothekenmonopol gehören. Bei den ersteren sind die in Drogerhandlungen üblichen Preise, bei den anderen besonders die Preise festzusetzen, die für das Privatpublikum berechnet zu werden pflegen. 5. Beiträge zu mit Apotheken frei dann empfehlenswert, wenn durch freie Vereinbarung Arzneibedingungen erzielt werden, die gegenüber den im Gesetz vorgeschriebenen Preisnachlässen einen wirklichen Vorteil für die Krankenkassen bieten. 6. Die Krankenkassen sollen unter keinen Umständen Verpflichtungen eingehen, den Gesamtbedarf an Arzneimitteln nur aus Apotheken zu entnehmen.

Heber das Vereinsigungs- und Versammlungsbrecht der Krankenkassen

Sprach Johann Justizrat Dr. Mayer-Krankenthal (Wala). Er verteilte zunächst die Bedeutung des Koalitionsrechts und der Koalitionsfreiheit für die Krankenkassen. Diese ständen den mehr oder minder mächtigen Verbänden der Ärzte, Zahnärzte, Zahn-techniker, Apotheker, Angestellten gegenüber. Schon daraus erwachse den Krankenkassen die harte, wirtschaftliche Notwendigkeit, sich zusammen zu schließen. Die Notwendigkeit des ständigen Geschäftsverkehrs zwischen Behörden und Krankenkassen im Interesse der Ausführung und Ausgestaltung der sozialen Versicherung, die Erleichterung der Einführung neuer Versicherungsgeetze, und die Verbreitung der Kenntnis des sozialen Rechtes, die Sammlung und Vertwertung der Verwaltungserfahrungen der Rassenverbände und Angestellten seien die weiteren Gründe der Verbandsbildung. — Der Redner wandte sich dann dagegen, daß die einzelnen Verbände zum Schaden ihrer gemeinsamen Aufgaben einander bekämpfen und empfiehlt, unter den verschiedenen Klassenarten oder ihren Verbänden wieder Arbeitsgemeinschaften zu bilden, wie sie zuerst unter den fünf großen Reichsverbänden in bezug auf die Arztfrage bestanden. In seinen Leitgedanken faßte er diesen Gedanken mit folgenden Worten zusammen: Krankenkassen Deutschlands vereinigt Euch, schließt Euch den bestehenden Orts-, Kreis-, Landes- und Reichsverbänden an, gründet unter Euch wieder Arbeitsgemeinschaften, sprecht miteinander nicht die Sprache der Gehässigkeit oder politischen Unbilligkeit und vergißt nicht, daß Euch große Interessen gemeinsam sind. Bei dieser Gelegenheit kam der Redner auch auf den Ende 1911 gegründeten Gesamtverband Deutscher Krankenkassen zu sprechen, nach dessen Programm alle bürgerlichen Parteien und Richtungen auf dem Gebiete der Krankenkassen gemeinsam wirken sollten. So wenig wie die Krankenkassen ausschließlich sozialistischen, ebensowenig dürften sie ausschließlich bürgerlichen Richtungen angehören. Im Hauptverbande Deutscher Ortskrankenkassen, den man in den Reihen der Gegner als sozialdemokratisch kennzeichnen, wirkten alle Richtungen, auch eine große Zahl bürgerlicher, zusammen. Das Koalitionsrecht der Krankenkassen könne aber nur mit der Koalitionsfreiheit gedeihen. Die Behörden sollten endlich die vielfach kleinlichen und aus politischen Vorurteilen entspringenden Hemmungen der Vereinsigungs- und Versammlungsfreiheit einstellen. Es sei doch ein widerspruchsvolles Verhalten, wenn man auf der einen Seite die Verbände zu Beratungen in den obersten Reichs- und Landesbehörden einlade, weil man sie dazu nötig habe, damit also ihre Verehrung und Zweckmäßigkeit anerkenne, dabei ihnen auch auferlege, die Kosten der Abordnungen selber zu tragen, auf der anderen Seite aber schon wieder Rechtsabteilungen ausklügelt, die die Verwendung von Kassennitteln für die Zwecke des Zusammenschlusses beschränken sollen. Die Behörden sollten auch gegenüber den unteren Verbänden neutral bleiben.

Hierauf gibt der Redner eine Darstellung der Grundlagen des Vereinsigungs- und Versammlungsbrechts der Krankenkassen. Er weist insbesondere unter Zurückweisung der entgegengelegten Meinungen nach, daß die Verwendung von Kassennitteln für die Teilnahme der Krankenkassen an ihren Kassenvereinigungen nicht an die Zustimmung der obersten Verwaltungsbehörden der Einzelstaaten gebunden ist. Der Redner wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die Verwendung des badischen Ministeriums des Innern vom 9. Juli 1913, die für den Besuch von Versammlungen den Versicherten geringere Vergütung und eine niedrigere Wagenklasse gewähre als den Arbeitgebern. (Hört! hört!) Der Referent empfiehlt 1. die Bildung von Versammlungskassen, in die die Mitglieder der Vorstände und Ausschüsse ihre sachungsmäßigen Vergütungen freiwillig ganz oder teilweise einwerfen, und 2. die Übernahme der Kosten der Abordnungen zu den Verbandssammlungen auf den Verband selber, der dann höhere Beiträge erheben soll.

So gäbe es auch nach der Reichsversicherungsordnung Wege, behördlichen Polizeigeist gegenüber den Krankenkassen zu bekämpfen. Deren Organe hätten ehrenamtlich Großes für die Entwicklung der Krankenkassen, der stärksten Säule deutscher Volkswohlfahrt, geleistet und leisteten gerade jetzt zusammen mit den Behörden für die Einführung des neuen Rechtes eine Referatarbeit. (Sehr richtig!) Wir wollen, schloß der Redner, keinen Dank und keine Anerkennung, wir wollen aber als Lohn ein freies Koalitionsrecht.

Die morgige letzte Versammlung des diesjährigen Ortskrankenkassentages wird sich mit inneren Angelegenheiten beschäftigen.

Bezirksparteitag für den Agitationsbezirk Breslau.

Am Sonntag fand im Gewerkschaftshause zu Breslau der Bezirksparteitag für den Agitationsbezirk Breslau statt, zu dem die Wahlkreise Breslau-Ost und West, Breslau (Land)-Neumarkt, Riegnitz-Goldberg-Hahnau, Glogau, Guben-Streitan-Wohlan, Müllisch-Trebnitz, Oels-Groß-Bartenberg, Brieg-Kamslau, Ohlau-Streben-Kumpfsch, Neustadt, Hollenberg-Grottkau und Reiche gehören. Vertreten waren die einzelnen Ortsvereine durch 47 Delegierte, darunter 5 Frauen. Anwesend waren außerdem 12 Kreisvertretermänner, von der Bezirksleitung die Genossen Löbe, Reulisch, Schüb und die Genossin Lamasch, die Parteisekretäre Scholich, Müller, Erwig, Hermann und die Genossin Wulff. Als Gäste wohnten den Verhandlungen bei Reichstagsabgeordneter Genosse Bauer, 7 Reichstagskandidaten, die Bezirkssekretäre Hörning-Deuthen, Hartwig-Wromberg und für den Landarbeiterverband Gauleiter-Gröbner.

Der gedruckt vorliegende Geschäftsbericht, der die Zeit vom 1. März 1911 bis 31. März 1913 einschließt, wurde vom Bezirkssekretär Genossen Scholich noch mündlich ergänzt. Aus allen Wahlkreisen ist ein erfreuliches Vormarschreiten zu melden, das sich aber in der Hauptsache nur auf die erste Hälfte der zweijährigen Berichtsperiode erstreckt. Die Zahl der selbständigen Ortsvereine stieg von 27 auf 37, die der Mitglieder von 17.260 auf 19.610, darunter 2941 weibliche. Die Zahl der Abonnenten auf die Parteipresse erhöhte sich von 26.946 auf 30.355. Gewerkschaftlich organisiert waren dagegen 50.507. Die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagswähler stieg seit der Wahl von 1907 (64.947) auf 89.682 im Jahre 1912. Die sozialdemokratischen Gemeinde- und Stadtvertreter vermehrte sich von 137 auf 154. Abonnenten der Arbeiterjugend wurden rund 1000 gezählt; nicht mitgerechnet sind hierbei die zum Teil sehr starken Jugendgruppen von einigen Gewerkschaften. Bei der Reichstagswahl wurden 1.750.000 Flugblätter und 443.000 Landboten verteilt. Die Kosten der ganzen Wahl betrugen 68.053,67 M., wovon 35.000 M. aus eigenen Mitteln aufgebracht wurden. Mitgliederversammlungen fanden in der zweijährigen Berichtsperiode 1054, öffentliche Volksversammlungen 822 statt. An Flugchriften wurden außer der Reichstagswahl noch verbreitet: 712.790 Flugblätter, 229.000 Landboten, 45.000 Broschüren und 150.000 Volkskalender. Die mehrfach einberufenen Gemeindevorsteher-Sitzungen waren durchweg gut besucht, unter anderem auch von einigen bürgerlichen Gemeindevorstern. Die Bildungsbestrebungen sind durch den Bezirks-Bildungsausschuss zentralisiert; durch Veranstaltung von Vortragskursen durch Wanderredner des Zentralbildungsausschusses wurde ihnen Rechnung getragen. Ein Kapitel für sich bildet das der politischen

und gerichtlichen Verfolgungen im Agitationsbezirk. Das Recht zur Abhaltung von öffentlichen Versammlungen muß in der Regel erst durch Klage oder Beschwerden erstritten werden. Ein ungefähres Bild von der Tätigkeit der Behörden geben folgende Zahlen: In den beiden Berichtsperioden wurden allein für Strafen und Prozeßkosten 8170,17 Mark ausgegeben. Nicht mitgerechnet sind hier die Freiheitsstrafen, die aus diesen oder ähnlichen Verfolgungen erkannt wurden. Dabei sind die Strafen für die im Bezirk erscheinende „Volksmacht“ auch nicht mitgerechnet. Die Einnahmen und Ausgaben der Bezirkskasse balancierten mit 88.901,90 Mark. Durch Gründung eines Bezirksjugend-Ausschusses soll für die Jugendaufklärung mehr getan werden. Ebenso muß der Frauenbewegung trotz aller Fortschritte mehr Beachtung geschenkt werden.

In der Aussprache waren sich alle Redner einig, daß der Frauen- und Jugendbewegung mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden muß. Bohner-Riegnitz berichtete von guten Fortschritten der Bewegung seit Gründung des Kopfblattes. Köstler-Breslau weist auf den zeitweisen Mitgliederrückgang in Breslau und im Landkreise Breslau hin. Die wirtschaftliche Krise ist schon größer als mancher glaubt. In Breslau sind z. B. von 2400 im Wäuberer-Beschäftigten schon jetzt über 1500 arbeitslos. Das gleiche Verhältnis ist auch in der ganzen Provinz. Die Debatte drehte sich in der Hauptsache um die Jugend- und Frauenfrage und um einige geschäftliche Angelegenheiten der „Volksmacht“ wegen Verzögerung der Vereinsangelegenheiten. Angenommen wurde ein Antrag auf Schaffung von fliegenden Arbeitersekretariaten, die in den kleineren Städten und Dörfern an bestimmten Tagen Rechtsauskunft erteilen sollen. Das Statut der Bezirksleitung wurde nach unwesentlichen Änderungen angenommen. Die Beiträge der Ortsvereine für den Bezirk wurden von 10 auf 15 Prozent der Mitgliederbeiträge erhöht. Die Bezirksleitung wurde wiedergewählt.

Sodann wurde nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Genossen Bauer über die Deckung der Militärvorlage folgende Resolution einstimmig angenommen.

„Der am 17. August 1913 in Breslau stattgefundene Parteitag des Agitationsbezirks Breslau erklärt sich für die Haltung unserer Reichstagsfraktion bei der Wehrvorlage und deren Deckung einverstanden und ersucht die Delegierten des Bezirks, auf dem deutschen Parteitag in diesem Sinne zu stimmen.“

Damit waren die Arbeiten des Parteitages erledigt, der vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken August Bebel durch Erheben von den Plätzen ehrte.

Gautag der Sozialdemokratie Nordbayerns.

In Nürnberg waren am 16. und 17. August die Vertreter der nordbayerischen Parteiorganisationen zu ihrem achten Gautag versammelt. Die Tagung wurde eingeleitet mit einer Ergründung unseres toten August Bebel. Im Geschäftsbericht behandelte Gausekretär Vogel zunächst die Kapitel Agitation und Organisation; er konnte darauf hinweisen, daß in Nordbayern die Organisation keinen Rückgang oder Stillstand zu verzeichnen hat, sondern einen wenn auch gegen frühere Perioden zurückbleibenden Fortschritt feststellen kann. Die Mitgliederzahl im Gau, der die drei fränkischen Regierungsbezirke und die Oberpfalz — mit Ausnahme des Wahlkreises Regensburg — umfaßt, ist in der Berichtsperiode (1 1/2 Jahre) um 4728 gestiegen und zählt jetzt 45.100, darunter 3791 Frauen. Nachdem Redner die Krise, die einen größeren Fortschritt verhindert hat, und verschiedene andere Fragen besprochen, wies er auch auf die in Aussicht stehenden verschärften Kämpfe mit dem Liberalismus hin, dem der Ausgang der letzten Wahlen Angst und Schrecken eingejagt hat und der nun eine eifrige Tätigkeit entfaltet, um seine bedrohte Position zu retten. Die Erfahrungen mit dem oberfränkischen Liberalismus müssen zu äußerster Vorsicht gegenüber der immer mehr überhand nehmenden Vorliebe zur Kompromisslei mahnen, wenn wir nicht wollen, daß unsere eigenen Anhänger irre werden an der Partei. — Redner konnte weiter auf einen schönen Erfolg der Agitationsfähigkeit bei den letzten Wahlen hinweisen. Fünf nordbayerische Wahlkreise wurden neu erobert, die Landtagsmandate von 9 auf 13 vermehrt, in 151 Gemeindevertretungen sitzen zurzeit 523 Genossen.

Gausekretär Walther berichtete über Kommunales, Presse und Kaffe.

Es folgte eine lange, anregende Diskussion, in der den Aufregungen Vogel über die Kompromisspolitik insbesondere von den oberfränkischen Delegierten, aber auch von verschiedenen anderen Seiten zugestimmt wurde. Panzer-Wayreuth berichtete, daß nachdem das dortige Parteiblatt das berüchtigte Schreiben der Liberalen, durch das sich diese an die Unternehmer verkaufen, veröffentlicht hatte, ein beispielloser Kampf eingeleitet hat. Die liberale Presse heßt heftig gegen die Arbeiter die ihren Lohnkämpfen, um sich für die finanzielle Unterstützung des Liberalismus durch die Kapitalisten erkennen zu lassen, ferner wurde u. a. auch versucht, die Geschäftsleute zu einem Inzeratenboykott gegen unser Parteiorgan zu veranlassen. Der Kampf übertrug sich auch auf die Gemeinde und äußert sich u. a. auch durch verschärftes Vorgehen gegen sozialdemokratische Flugblattverteiler, gegen die man unbeschränkte Strafverfahren einleitet. Mit einem solchen Liberalismus könne man in keiner Weise mehr partiiieren. Seidel-Hof teilte mit, daß auch in Hof gegen unsere Flugblattverteiler vorgegangen wird. Jetzt suchen die neuangehenden liberalen Parteisekretäre einen Keil in die Gewerkschaftsbewegung zu treiben, indem sie herumreisen und sich bemühen, sogenannte vaterländische Arbeitervereine zu gründen. Vlacher-Schaffenburg bemerkte, daß die Kompromisspolitik auch in Schaffenburg able Folgen gezeigt habe. Wehler-Hof stellte fest, daß die Doser Genossen sich schon dahin entschieden haben, daß sie keinem Kompromiß mehr zustimmen werden. Offenheit werde für ganz Bayern dafür gefordert, daß solche Dickschädeln nicht mehr vorkommen. Soldmann-Schweinfurt stellte fest, daß die Kompromisslei mit den Liberalen auch in Rentnerdomänen sich als nicht rütlich erwiesen habe; Kompromisse sollten nur im Falle der äußersten Notwendigkeit abgeschlossen werden.

Nach Beendigung der Diskussion wurde ein Antrag des Gauvorstandes angenommen, wonach der bestehende Wahlfonds in einen Kommunalfonds umgewandelt werden soll. Die Parteigenossen sind verpflichtet, durch härteren Marktenvertrieb und freiwillige Zuwendungen den Fonds zu stärken. Aus dem Fonds können an die Sektionen der sozialdemokratischen Vereine nach Aufbrauch der eigenen Mittel Zuwendungen, über die der Gauvorstand entscheidet, zur Entschädigung für kommunale Tätigkeit gewährt werden. Der Antrag ist dadurch veranlaßt, daß in kleineren Städten und in Landgemeinden es oft schwer fällt, geeignete Vertreter zu finden, die wirtschaftlich unabhängig sind.

Weiter wurde ein Antrag Dichtenfels-Kronach angenommen, der die Gaukasse mit den Kosten für die Familienunterstützung der vom Gau Nordbayern auf die Parteischule entsandten Genossen belastet.

Heber die Neuorganisation in Bayern referierte Gausekretär Vogel. Seit Schaffung der bestehenden Organisation auf dem Nürnberger Parteitag 1898 haben sich ständig die Anträge wiederholt, die eine Änderung bezweckten. Auf dem letzten Parteitag in Landshut lagen Anträge von München vor, die auf eine Zerlegung der Gaue in Bezirksverbände und Abführung aller Mittel an den Landesvorstand hinausgingen; die Bezirksverbände sollten durch letzteren finanziert werden. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt, dagegen wurde eine Kommission beauftragt, gemeinsam mit dem Landesvorstand Vorschläge auszuarbeiten und dem Anfang Oktober in Nürnberg stattfindenden außerordentlichen Parteitag zu unterbreiten. Die Vorlage ist inzwischen veröffentlicht worden und zeigt, daß wesentliche Änderungen nicht vorge-

Nach Besprechung der einzelnen Änderungen, die in den neuen Satzungen enthalten sind, begründete er folgende Anträge des Gauvorstandes an den außerordentlichen Parteitag:

Die Finanzierung der Bezirksverbände obliegt dem zuständigen Gauvorstand und dem Landesvorstand, wie auch zur Bildung der Bezirksverbände ein gemeinsamer Beschluß der beiden genannten Verbände notwendig ist.

Der Gauvorstand wird ermächtigt, die nach Neuorganisation der Sozialdemokratie Bayerns sich für den Gau als notwendig erweisenden Maßnahmen vorzubereiten und durchzuführen.

Diese Anträge wurden angenommen. Sie sollen dem Mangel abhelfen, daß in den neuen Satzungen nicht deutlich genug zum Ausdruck komme, in welcher Weise sich die Geschäfte hinsichtlich der Bezirksverbände abwickeln sollen.

Es folgte dann der Punkt: „Das bayerische Gemeindepogramm“, worüber Abg. Gentner-Riegnitz referierte. Er besprach eingehend den kürzlich veröffentlichten Entwurf eines neuen Gemeindepogramms, der auf dem außerordentlichen Parteitag beraten werden soll, und legte selbst noch eine Reihe von Zusatz- oder Änderungsanträgen vor. Von diesen Anträgen wurde zunächst der eine angenommen, der bezüglich der Bestimmung über die indirekten Gemeindesteuern folgende Fassung verlangt: „Verbot der Erhebung von Steuern, welche die minderbemittelte Bevölkerung einseitig belasten oder den Verkehr hemmen. Keine Steuern auf Lebensmittel.“ Die anderen Anträge, denen der Gau zugestimmte, verlangen die Aufnahme folgender Forderungen in das Programm: „Errichtung von distriktsweisen landwirtschaftlichen Schiedsgerichten nach Art der Gewerbegerichte. Sicherstellung des Wahlrechts der Invaliden, die nicht mehr mit Steuer veranlagt sind. Aufforderung bezw. Kultivierung von Gemeindefeldern. Arrondierung derselben. Verpachtung von Gemeindefeldern zu billigen Preisen und auf lange Fristen. Unterstützung aller Bestrebungen zur Verbesserung der Bodenkultur und Hebung der Lebensmittelherzeugung.“

Damit waren die Verhandlungen erledigt. Nachdem noch die bisherige Gauleitung wiedergewählt war, wurde der Gautag geschlossen.

Deutscher Schriftgießer-Kongreß.

Hamburg, den 18. August.

Vom 18. August ab tagt im Hamburger Gewerkschaftshause der 5. Deutsche Schriftgießerkongreß. Er ist von etwa 40 Teilnehmern besucht. Vom deutschen Buchdruckerverband, dem die Schriftgießer angeschlossen sind, ist Döblin erschienen.

Nach einigen heraldischen Begrüßungsreden und der Erhebung des verstorbenen Zentralfassierers Voigt und des Genossen August Bebel wurden Schneider-Berlin und Kuhnert-Hamburg in die Leitung des Kongresses gewählt.

Den Bericht über die Tätigkeit der Zentralkommission

erstattet darauf Laßmann-Berlin. Bei den beiden Tarifrevisionen in den letzten sechs Jahren sind leider die Wünsche der Schriftgießer nur ungenügend befriedigt worden. Die Forderung des Mindestlohnes von 30 M., die der Leipziger Kongreß aufgestellt hatte, konnte nicht vollkommen durchgeführt werden, da in Leipzig, Frankfurt, Offenbach und Stuttgart besondere Abmachungen über die Entlohnungen der eben ausgelernten Gehilfen bestehen. Die Einführung von Sehmashinen hat den Verus schwer geschädigt und nicht nur in Deutschland, sondern auch in den übrigen europäischen Ländern. Die Zentralkommission ist befreit gewesen, die Gehilfen, die auf diese Weise aus dem Beruf gedrängt wurden, als Maschinenfänger umzulernen und hat ihnen Unterstützungen gezahlt. Das hat aber außerordentlich hohe Ausgaben verursacht. In der Berichtszeit ist es öfters zu Differenzen mit den Unternehmern gekommen, die im allgemeinen eine befriedigende Lösung fanden. Das Verhältnis zum Vorstand des Buchdruckerverbandes war sehr gut.

In der Debatte über den Bericht wurde von verschiedenen Seiten darüber geklagt, daß die Zentralkommission zu wenig Anregung gegeben habe. Vor der Tarifrevision hätte eine Konferenz veranstaltet werden sollen. Als sich im Norden die Krise bemerkbar machte, hätten die übrigen Städte unterrichtet werden sollen, damit sie danach ihre Maßregeln treffen konnten. Es wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Die Zentralkommission ist gehalten, in bestimmten Zeitabschnitten einzelnen Geschäftsstellen Bericht über etwa eingegangene Fragen beruflicher oder organisatorischer Natur zu übermitteln und zur Diskussion zu stellen.“

Einen statistischen Bericht über die Berufsverhältnisse

gab dann Reine-Berlin. Die Zahl der Verbandsmitglieder stieg von 1187 auf 1387. Während in der Zeit von 1901 bis 1907 die Zahl der Lehrlinge stark zurückging, ist sie in der Zwischenzeit wieder auf 199 gestiegen. Von den Hilfsarbeitern ist nur ein Teil dem Buchdruckerverband angeschlossen. Die übrigen gehören den lokalen Schriftgießervereinen und anderen Verbänden an. Die Zahl der Maschinen hat sich stark vermehrt. Die Zahl der Komplettmaschinen stieg von 562 im Jahre 1900 auf 862 im Jahre 1913. Dementsprechend ist auch die Zunahme der übrigen Maschinen. Es steht aber ein Drittel der Maschinen still. Besonders gering ist die Beschäftigung in Berlin, das jetzt unter großer Arbeitslosigkeit leidet. Die Erhebungen, die alle zwei Jahre veranstaltet werden, ergaben, daß 1909 und 1913 Jahre mit großer Arbeitslosigkeit waren, während 1911 verhältnismäßig gute Beschäftigung zeigte. Der Referent hofft, daß sich nach Beendigung des Krieges die Ausfuhr an Schriften wieder hebt. — Folgender Antrag wird nach kurzer Debatte angenommen: „Alle zwei Jahre ist im Anschluß an die Statistik der Schriftgießer eine solche über die Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie über die Organisationszugehörigkeit der übrigen in Schriftgießereien und Messinglinien-Abteilungen Beschäftigten aufzunehmen.“

Von den einzelnen Orten werden Situationsberichte über die Tarifrevision,

Lohnbewegungen usw. vorgetragen. Es wird dabei besonders auf Umwälzungen durch die modernen Maschinen hingewiesen, durch die eine recht unbeständige Arbeit hervorgerufen wird. Besonders erregt war die Debatte über eine neue Doppelpoliermaschine, die die Arbeitskraft des Gießers aufs höchste in Anspruch nimmt und seine Verantwortung außerordentlich steigert. Es wurde betont, daß vor allem für genügende Bedienungsmannschaft an dieser Maschine gefordert werden muß. Außerdem soll an diesen Maschinen möglichst nur in festem Lohn gearbeitet werden.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wasserbauamt

	am 18. 8.		am 17. 8.	
	cm	cm ³	cm	cm ³
Remel, Mühl	218	+12	218	+12
Wegeln, Mühl	170	+8	170	+8
Wegeln, Mühl	327	-35	327	-35
Ober, Mühl	500	+223	500	+223
Frankfurt	187	-10	187	-10
Frankfurt	186	-9	186	-9
Bartze, Mühl	38	0	38	0
Landshut	-9	+1	-9	+1
Rehe, Nordham	-32	+4	-32	+4
Elbe, Leinertsh	-21	+23	-21	+23
Preßen	-103	+30	-103	+30
Barby	69	+10	69	+10
Magdeburg	58	0	58	0
Saale, Großh.	90	+15	90	+15
Saale, Sandbau	1	0	1	0
Saale, Ratzenow	—	—	—	—
Spre, Spremberg	110	+33	110	+33
Westow	82	+5	82	+5
Weser, Mühl	130	0	130	0
Münden	206	+4	206	+4
Weser, Mühl	496	+7	496	+7
Saale, Sand	258	+2	258	+2
Saale, Sand	339	+4	339	+4
Reder, Heilbronn	63	+8	63	+8
Rain, Sand	119	-1	119	-1
Roßel, Lier	-37	-4	-37	-4

+) + bedeutet Waß, — Fall. — *) Unterpegel.

Gewerkschaftliches.

Neue Konflikte auf den Werften.

Die Unternehmer wollen allem Anschein nach keinen ehrlichen Frieden mit den Werftarbeitern. Nachdem diese, dem Beschluß des Verbandstages der Metallarbeiter folgend, sich zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit erklärt hatten, machten die Unternehmer neue Schwierigkeiten. Sie wollen nicht wahllos die Streikenden wieder einstellen, sondern bestehen darauf, daß die Einstellung nur durch den Arbeitsnachweis der Unternehmer erfolgt. Man weiß ja, daß diese Arbeitsnachweise eigentlich nur Kontroll- und Maßregelungs-bureaus sind. Es ist deshalb begreiflich, daß die Arbeiter diese Bedingung der Unternehmer als eine ganz ungerechtfertigte Härte, sicher aber nicht als ein Zeichen von Friedensliebe empfanden und sich deshalb zum Teil gegen das Passieren des Unternehmer-Arbeitsnachweises sträubten. Daraus sind nun neue Konflikte entstanden. Die gegenwärtige Situation beleuchtet der folgende Bericht:

In den Werftorten Hamburg, Stettin und Bremen sind neue, nicht erwartete Konflikte ausgebrochen. Sie resultieren daraus, daß die Unternehmer die Streikenden nicht ohne weiteres einstellen; sie bestehen darauf, daß die Einstellung durch den Unternehmensnachweis erfolgt. Dadurch würde den Unternehmern die Möglichkeit eingeräumt, mißliebige Arbeiter zurückzuweisen. Daraus erklärt sich auch, daß sich die Arbeiter vielfach weigern, die Arbeit aufzunehmen, so daß z. B. auf den Hamburger Schiffswerften nur etwa ein Fünftel von den 18 000 Streikenden die Arbeit bisher aufgenommen hat.

Auf dem Stettiner Vulkan haben die Arbeiterausschüsse mit den Werftbesitzern verhandelt, um zu erreichen, daß die Wiedereinstellung nicht durch den Unternehmensnachweis erfolgt. Die Werftbesitzer lehnten das jedoch ab. Es fanden am Dienstagmorgen in Stettin Versammlungen der Streikenden statt. Entgegen den verschiedenen Meldungen hatten sich die Stettiner Werftarbeiter zur Arbeitsaufnahme noch nicht gemeldet. Dieser Widerstand war auf die harten Einstellungsbedingungen der Werftbesitzer zurückzuführen. Nachdem nunmehr zwischen der Organisationsleitung, den Abgeordneten der Arbeiterausschüsse und den Werften Verhandlungen stattgefunden haben, wurde in den vier stark besuchten Versammlungen am Dienstagmorgen die folgende Resolution mit 1901 gegen 1517 Stimmen angenommen:

„Die Versammlung der Werftarbeiter erklärt, nachdem die Einstellung zu den alten Bedingungen erfolgen soll und Maßregelungen nicht stattfinden, sich damit einverstanden, daß die Einstellung gruppenweise durch den Arbeitsnachweis geschieht. Da die Werften Gewicht darauf legen, daß sich die Rieter zuerst zur Arbeitsaufnahme melden, ersucht die heutige Versammlung die Rieter, Meldungen am Mittwoch zu vollziehen.“

Entsprechend diesem Beschluß haben dann auch schon am Dienstagmorgen Arbeitsvereinstellungen stattgefunden.

Der Kampf auf den Werften in Hamburg hat eine neue Verschärfung erfahren. Der Arbeitsnachweis der Hamburger Eisenindustriellen wurde am Dienstag geschlossen, so daß die Wiederaufnahme der Arbeit eine Unterbrechung erleidet. Die Schließung des Arbeitsnachweises wurde durch einen Anschlag bekanntgegeben, in dem es heißt, daß infolge der Nichtstellung der Arbeiter mehrerer Gewerke zur Wiederaufnahme der Arbeit die Arbeitsnachweise bis auf weiteres geschlossen bleiben.

Auch in Bremen, Vegesack und Ostermünde haben die Unternehmer den Arbeitsnachweis geschlossen. Sie geben zur Begründung dieser Maßnahme an, die Bremer Holzarbeiter hätten beschlossen, den Arbeitsnachweis nicht zu benutzen.

Berlin und Umgegend.

Zum Streik in der Metallwarenfabrik Hugo Hartung (Aktiengesellschaft) in Lichtenberg.

Seit dem 14. Juli stehen die Former- und Gießereiarbeiter der genannten Firma im Streik, um eine Verlängerung der Arbeitszeit

und Reduzierung der Affordpreise abzuwehren. Die Firma sucht durch Annoncen in bürgerlichen Blättern in ganz Deutschland Arbeitswillige. Bis jetzt ist es der Firma nicht gelungen, ausreichenden Ersatz für die Streikenden zu bekommen. Die Arbeitswilligen, die die Firma im Betriebe hat, sind nicht in der Lage, die Streikenden, die zum Teil jahrelang bei der Firma beschäftigt waren, zu ersetzen. Wenn der Jung nach wie vor streng ferngehalten wird, muß die Firma die den Streikenden angebotenen Verschlechterungen zurücknehmen. Der Betrieb ist für alle Metallarbeiter streng gesperrt, jedes Arbeitsangebot der Firma ist zurückzuweisen. Die Metallarbeiter von auswärts werden ersucht, bevor sie nach Berlin kommen, sich um Auskunft an die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Linienstr. 83/85, zu wenden.

Truchsystem bei Korbmachern.

Die Kontrollkommission der Korbmacher schreibt uns: Vor einiger Zeit beschäftigte sich eine Versammlung der Korbmacher mit der Vergütung der Geschoßkörbe. Es wurde über verschiedene Mißstände in einzelnen Werkstätten Klage geführt. Eine Resolution fand Annahme, welche Beseitigung dieser Mißstände verlangte. Doch es ist keine Besserung eingetreten, sondern es haben sich noch größere Mißstände eingeschlichen.

Der Hauptunternehmer, welcher in Berlin für Geschoßkörbe im Betracht kommt, ist G. Brettschneider, Ballhausstraße 82. Er beschäftigt 11 Gehilfen und steht in Geschäftsverbindung mit dem Restaurateur Himmel, Köpenickerstraße 50. In letzter Zeit ist es soweit gekommen, daß, wer bei Himmel nichts verzeht, entlassen wird. Jetzt haben beide Chefs Marken eingeführt, welche mit dem Stempel Brettschneiders versehen sind und nur bei Himmel umgesetzt werden können. Der Meister Brettschneider zieht den Gehilfen bei der Lohnzahlung das ab, was sie bei Himmel zu bezahlen haben. Ein jeder sieht sich durch das Markensystem gezwungen, bei Himmel zu verzehten, wenn er nicht befristeten will, entlassen zu werden. Es ist dies das alte Truchsystem, welches im Lichtenfelder Heimarbeitergebiet üblich war. Daß das System jetzt in Berlin von einem Arbeitgeber angewandt wird, der Staatsarbeit macht, sollte die Behörde, welche die Arbeit vergibt, berücksichtigen, dafür zu sorgen, daß der Arbeitslohn den gesetzlichen Vorschriften entsprechend in barem Gelde ausgezahlt wird.

Tabakarbeiterbewegung. Dem Zigarrenhändler Hämisch in Riedersdörferweide, Haselwerder Str. 11 ist, nachdem er erklärte, die Bedingungen der Tarifforderung der Tabakarbeiter voll und ganz zu erfüllen, das grüne Plakat wieder ausgehängt.

Arbeiter, Kauerer! Fragt bei Euren Zigarreneinkäufen überall nach dem grünen Plakat und kauft nur dort, wo sich dasselbe befindet.

Die Ortsverwaltung.

Achtung, Destillationsgeschissen! Die Großdestillation von S. Spizer, Reinickendorfer Str. 83, ist nach wie vor gesperrt. Die von Herrn Spizer nachgesuchten Verhandlungen scheiterten, weil er wohl alles mögliche versprach, aber nicht vertraglich festlegen wollte. Darauf konnte sich die Organisation nach den bisher mit ihm gemachten Erfahrungen nicht einlassen. Die Haltung des Herrn Spizer ist auf Beeinflussung seitens der „Vereinigung der Destillationsgeschäfte“, besonders ihres Vorstandemitgliedes Friedländer zurückzuführen. Streikbrecher haben sich bis jetzt noch nicht gefunden.

Verband der Gastwirtsgehilfen. Ortsverwaltung Berlin.

Zu der Notiz in der Sonntagsnummer schreibt uns Herr Spizer, daß seine Angeestellten nicht 15-17, sondern nur 13 Stunden arbeiten.

Achtung, Böttcher! Bei der Firma Ditt o T h o m a s, Böttcherei und Verandgeschäft haben zehn Böttcher wegen Umgehung des Arbeitsnachweises die Arbeit eingestellt. Zugang ist streng fernzuhalten.

Achtung, Töpfer! Wir verweisen unsere Kollegen auf die Versammlungsanzeige in der heutigen Nummer und fordern alle Töpfer, die in „Privat“ beschäftigt sind, auf, in der Versammlung zu erscheinen. Hauptächlich handelt es sich um die Kollegen, die bei Firmen arbeiten, die das Reparieren der Ofen im Abonnement übernehmen.

Deutsches Reich.

Der Hafenarbeiterstreik in Emden.

Seit 13 Wochen stehen die Hafenarbeiter im Kampf um ihre tariflichen Rechte. In diesem Vierteljahre sind von den 978 Strei-

tenden nur 27 zu Berrättern geworden, 951 halten die alte Friesen-treue hoch. Obgleich die Zentrumschriften im trauen Verein mit dem Emdener Hafenbetriebsverein behaupten, daß vom Streik im Hafen nichts zu merken sei, ist die amtlich festgestellte Tatsache nicht aus der Welt zu schaffen, daß der Verkehr im Emdener Hafen von insgesamt 2195 Schiffen mit 671 776 Registertons im Juli 1912 auf 1006 Schiffe mit 561 881 Registertons im gleichen Monat des laufenden Jahres zurückgegangen ist. Um dem Einwand zu begegnen, daß damit noch nichts über die Arbeitslosigkeit während dieser Monate gesagt ist, da im Juli 1912 vielleicht recht viele leere oder halb geladene Schiffe registriert wurden, während dies möglicherweise im Juli 1913 nicht der Fall war, geben wir noch einige Zahlen über die „bewegten Gütermengen“ wieder. Im Juli 1912 betrug die „bewegten Gütermengen“ im See-, Fluß- und Kanalverkehr 688 894 Tons zu 1000 Kilogramm; im Juli 1913 dagegen nur 465 776 Tons zu 1000 Kilogramm.

Es handelt sich hier auch durchaus nicht etwa um eine Krisen-erscheinung. Ein Blick auf die Verkehrsstatistiken der übrigen Nordseehäfen lehrt, daß von einem Rückgang im Verkehr noch keine Rede sein kann. Einer solchen Deutung steht auch die Klage der führenden deutschen Schiffsfahrtszeitung, des „Hamburgischen Korrespondent“ entgegen, der offen zugibt, daß der Rückgang in der „Seegelung“ Emdens eine Folge des Streiks sei. Das traurigste wäre dabei, daß das Ausland den Vorteil davon habe. In der Tat geht heute ein erheblicher Teil des früheren Emdener Verkehrs über Rotterdam, besonders aber über Delfzijl.

Mit Rücksicht darauf, daß es im Interesse der beteiligten Arbeiter sowohl wie der Gesamtheit liegt, die Dauer eines Streiks nach Möglichkeit abzukürzen, hatten die Streikenden den Oberbürgermeister von Emden um Vermittelung ersucht. Der Bürgermeister, der während des Kampfes des Fürstentums, der Emden aus dem Sandgelenk heraus zum Welthafen machen wollte, bewiesen hat, daß er für Emdens Beteiligung am Weltverkehr mit auhergewöhnlicher Tatkraft eintritt, hatte bereitwillig dem Wunsche der Arbeiter entsprochen. Bei dem großen Ansehen, das dieser Herr in Schiffahrtkreisen genießt, konnte man auf eine Beilegung der Differenzen um so mehr hoffen, als ja die Arbeiter keinerlei Lohn verlangten, noch sonstige Forderungen stellten, sondern nur um die Innehaltung des Tariffs kämpften. Doch die Emdener Hafenbetriebsunternehmer lehnten die Verhandlungen ab, weil der Transportarbeiterverband durch seinen Antrag bewiesen habe, daß er am Ende seines Lateins sei. Der Verband habe kein Geld mehr, und deshalb mühten die Hafenarbeiter in den nächsten Tagen ohne weiteres in die Betriebe hineinzufluten.

Das war die heitere Seite der „Vergündung“. Leider hat sie aber auch eine sehr ernste. Wenn die Unternehmer jedesmal folgern, sobald ein Verband um Verhandlungen ersucht, um einen Streik zu beenden; der Arbeiterorganisation sei der Atem ausgegangen, und daß sie deshalb jede Verhandlung ablehnen mühten, so bedeutet das für die Zukunft eine gewaltige Verschärfung der wirtschaftlichen Kämpfe. Von den Gewerkschaften ist bekannt, daß sie jederzeit die Hand zum Frieden bieten. Wenn aber diese Friedensliebe in Zukunft als Schwäche ausgelegt werden soll, die den Unternehmer „berechtigt“, die Gewerkschaften auszuschalten, dann werden recht viele Kämpfe bis zum bitteren Ende ausgefochten.

Die wirklichen Gründe aber sind verdamigender worden. Die Hafenbetriebsunternehmer haben nämlich gar kein Interesse, den Emdener Verkehr zu schonen. Wer spielt denn im Emdener Unternehmerrager die erste Geige? Durchnaus nicht die Unternehmer, deren Existenz mit dem Emdener Hafenverkehr steht oder fällt. Es sind die Agenten der ausländischen Unternehmer, holländische und englische, die bei den „Veratungen“ im Unternehmerrager den Ausschlag geben. Sie haben ein Interesse daran, daß Emdens Verkehr sich völlig nach Rotterdam zieht. Dann sparen die holländischen Gesellschaften (und auch die englische Firma, da sie im Welthafen Rotterdam sowieso vertreten sein muß) die teuren Pilsalkohole. Aber auch heute schon haben sie den Vorteil und Emden den Nachteil vom Hafenarbeiterstreik, in dem Verhältnis, wie sich während des Kampfes der Verkehr von Emden nach Rotterdam und Delfzijl zieht. — Auch der Vertreter der Hamburg-Amerika-Linie spricht ein gewichtiges Wort mit, obwohl während der ganzen Streikdauer nur ein Schiff der Gesellschaft im Hafen gewesen ist. Ja sogar der Norddeutsche Lloyd darf mit entscheiden. Die Bremer Gesellschaft ist bei den Beratungen vertreten, wenn schon sie erst vom Oktober ab Schiffe von Emden laufen lassen will. Aber die Vertreter dieser beiden deutschen Gesellschaften sind durchaus kein Gegengewicht gegen die Auslandsinteressen der übrigen Vertreter. Je kleiner Emden, desto weniger kann man von den beiden Ge-

Kleines feuilleton.

Das Bonnevjahr der Kadresser. Der Balkankrieg hat auch auf die Tierwelt gewirkt. Auch da hat er große Veränderungen angerichtet: Reit-, Zug- und Schlachtvieh sind massenhaft draufgegangen. Aber das ist nicht alles. Der Krieg erhält auch.

Man spürt das Kriegsjahr in der Tierwelt bis über die Balkanländer hinaus. Große Bewegung gab es da. Wie die „Oesterreichische Monatschrift für den Orient“ mitteilt, sind aus Oesterreich-Ungarn und Rumänien Raben, Krähen und ähnliche Kadresser massenhaft abgewandert, und auf den Schlachtfeldern der Balkanhalbinsel haben sie sich natürlich nicht bloß an den Leichen gefressener Tiere, sondern auch an den todenden Leichnamen oberflächlich oder gar nicht begrabener Menschen gütlich getan. Auch Wölfe sollen sich als Kadresser der Schlachten in diesem Winter auf der Balkanhalbinsel zahlreicher als sonst bemerkbar gemacht haben.

Da steht man doch, daß Kriege durchaus nicht bloß zerstören. Allen Wesen war es ganz kannibalisch wohl.

Die kapitalistische Feischkontrolle. Die Erfinder von Mitteln, dem Proletariat der in kapitalistischen Betrieben frondet, ausbeuterisch den letzten Wutstößen herauszuschweifen, haben gute Konjunktur. Den Amerikanern Taylor und Gilbreth ist ein Lebenshüter erwachsen. Den kinematographischen Methoden, die Arbeit der Lohnsklaven zu überwinden, geleistete sich eine neue Methode, die ein Ingenieur in der „New York Sun“ veröffentlicht. Er ging darauf aus, das „Verfahren“ zu vereinfachen, und brachte es fertig, den Kinematographen zu umgehen. Nur eine einzige Platte im photographischen Apparat wird verwendet. Folgendermaßen erfüllt die Maschine die heißen Wünsche der Profitgier:

Der Arbeiter, dessen Arbeitstechnik geprüft werden soll, steht an einem Finger einen Ring mit einer elektrischen Leuchtvorrichtung, die in ganz kurzen Zeitabständen aufleuchtet. Dann arbeitet er vor dem geöffneten photographischen Apparat, und die Lichtblitze an seiner Hand werden daher auf der photographischen Platte als punktierte Linie aufgezeichnet. Die Zeit, die zu jeder Bewegung nötig ist, läßt sich nach der Anzahl der Punkte ohne weiteres ablesen, und das Verfahren ist noch anschaulicher, wenn man eine stereoskopische Aufnahme macht.

Mit welchem Hochgefühl wird der Arbeiter den Zauberschmaud der Ausbeuterer am Finger blitzen sehen. Du Ring an meinem Finger! Und wehe, wenn er nicht sorgt, daß die Punkte der Linie den Raubbau an seiner Kraft herlich bezeugen!

Man liest: die neue Erfindung sei einfacher und bequemer als Taylors Verfahren und ihren Zweck dürfte sie vollkommen erfüllen. Und unschuldboll kommt sie daher mit dem sanften Namen: Verfahren zur Beobachtung von Arbeitsthemern. Ein Wolf im Lammskleid!

Ein „Flieger“ von 1793. Wenige Jahre vor dem Ausbruch der großen Revolution begrüßten die Franzosen mit einer Art weltbürgerlicher Begeisterung den Aufstieg des ersten Luftballons als ein völkerverbrüderndes, grenzenverwischendes Zeichen. Kein

Wunder, daß man sich damals mit Luftschiffahrtsproblemen viel beschäftigte, selbst in sehr heißen Situationen, wie folgender Brief aus den französischen Rationalarchiven zeigt:

Conciergerie, Saal der zum Tode Verurteilten, 24. Pluviose des Jahres II der einen und unteilbaren Republik.

An den Bürger Fouquier-Tinville, öffentlicher Ankläger beim Revolutionstribunal, in sein Bureau.

Bürger Ankläger!

Obwohl ich unflug war und Vorschläge gemacht und Briefe geschrieben habe, die ich besser unterlassen hätte, hätte ich nicht geglaubt, so hart behandelt zu werden, wie vor Ihrem Tribunal. Aber darüber will ich nichts sagen, sondern Ihnen nur mitteilen, daß ich das Modell eines ganz neuen Aérostaten hinterlasse, der den Vorteil der Lenkbarkeit hat. Ich möchte dem Revolutionskomitee meiner Sektion oder wenigstens zweier seiner Mitglieder die Theorie erklären, nach der er konstruiert ist. Ich werde ihn dann meiner Sektion anbieten, wenn er dessen wert befunden wird. Weniger als zwei Stunden würden genügen und ich könnte trotzdem innerhalb vierundzwanzig Stunden sterben, wie es angeordnet ist. Ich bin gefaßt, ich lasse mein Leben nicht zu verlängern, aber ich denke an das, was mich dem Vergessen entreißen kann, wenn die Zeit der Wut verstrichen ist.

Ich grüße Sie voller Hochachtung. Brüderlichkeit ach! gibt es nicht mehr.

Williu Larbasse.

Aber Fouquier-Tinville war nur darauf bedacht, daß die Köpfe flogen, und kümmerte sich nicht darum, ob und wie die Menschen flogen. So stieg denn der konterrevolutionäre Erfinder Larbasse auf die Guillotine, ohne das Modell seines lenkbaren Luftschiffes der Nachwelt erklärt zu haben.

Humor und Satire.

Ein praktischer Vorschlag zur Verhütung eines europäischen Krieges. Ganz ohne jede Begründung, nur ganz einfach ein praktischer Gedanke.

Man lasse sich die Sterblichkeitstabellen geben und dann stelle man eine Liste auf, in der alle Soldaten, die beim Heere im Felde Verwendung finden, aufgezeichnet sind und man setze bei jedem das nach dem Sterblichkeitstabellen der Lebensversicherung wahrscheinlich erreichbare Alter.

Wenn der Krieg vorbei ist, dann rechne man für alle Gefallenen, Verstorbenen und gesundheitslich Geschädigten die Jahre zusammen, die sie noch hätten leben können, ohne Krieg.

Für diese Zeit ist den Angehörigen, Vätern, Müttern, Bräutern, Frauen, Kindern usw. die Summe auszugeben, die der Verrückte verdient haben würden, wenn er den Krieg nicht mitgemacht hätte.

Das macht so beiläufig die Bagatelle von einer Milliarde pro Jahr, ganz oberflächlich geschätzt, es könnte mehr, es könnte weniger sein.

Diese Milliarde ist natürlich laufend nur von denen auszubringen, die ein großes Portemonnaie haben.

Für Deutschland könnte man gleich die Methode anwenden, die man für die Jubiläumsmilliarde erfunden hat. Einzig den einen Unterschied dürfte man machen, daß alle Zeitungsbesitzer, deren Blätter zum Kriege gehegt haben, ferner alle Waffenlieferanten und vielleicht noch sonst einige moralisch, oder materiell extra Beteiligte, dreifach besteuert würden.

Nachdem ein dahingehendes Gesetz in sämtlichen europäischen Großstaaten perfekt ist, wollen wir uns ruhig schlafen legen, denn dann gibt es keinen Krieg mehr.

Fritz Säger (Ruz).

Notizen.

Theaterchronik. In der Faust-Aufführung, mit der das Deutsche Theater seine Vorstellungen beginnt, spielt Eduard v. Winterstein zum ersten Male den Faust. Als Repetitor tritt Werner Kraus vom Stadttheater in Nürnberg auf, als Gretchen Gertrud Hadelberg vom Landestheater in Prag. — Das Josef Raing-Theater am Kleinen Wannsee hat die Konzession erlangt, die Spielzeit bis zum Herbst zu verlängern. Die Aufstellungen beginnen jetzt um 8 Uhr. — In der Sächse-Oper findet am Donnerstag die erste Aufführung von Lockings „Wildschütz“ statt.

Das Haus der Deutschen Bäckerei. Der Bäckereiverein deutscher Backhändler beginnt jetzt die großen Bauten für die Deutsche Bäckerei in Leipzig. Es werden eine halbe Million Mark kosten.

Eine Gesellschaft für Intersee-Kinematographie — die erste, die es gibt — wurde in Rorsoll in Belgien begründet; die jüngsten Versuche auf diesem bisher von der Kinematographischen Industrie noch nicht eroberten Gebiete sind so befruchtend ausgefallen, daß das Filmkapital nun den Vortritt rüstet. Der erste Film soll Jules Verne's „20 000 Meilen unter dem Meere“ darstellen.

Körperbau und Flugvermögen. Eine höchst lehrreiche Ausstellung ist Mitte August in den Räumen des naturhistorischen Museums in London eröffnet worden. Sie soll die Beziehungen veranschaulichen, die zwischen dem Körperbau von Tieren und dem Flugvermögen bestehen. Die Ausstellung zeigt nur 108 montierte Gegenstände und 12 mikroskopische Präparate. Ihre Vorbereitung hat aber doch viele Monate in Anspruch genommen. Insbesondere werden die Veränderungen erklärt, die im Körperbau eines Tieres eintreten mußten, ehe es wirklich fliegen konnte.

Ein Korinthisches Museum. In Asina auf Korfu soll der längererwarte Plan der Errichtung eines Museums korinthischer Altertümer nun endlich verwirklicht werden. Die letzten Forschungen haben wiederum bestätigt, daß der Reichum Korinfas an Zeugnissen früherer Zivilisationen ungleich größer ist, als bisher angenommen wurde. Seit der neolithischen Zeit haben alle seefahrenden Völker auf Korfu Spuren ihrer Zivilisation hinterlassen.

Eperantolograph. In Stuttgart hat die Tagung des achten deutschen Eperantolographen begonnen. Deutschland zählt jetzt 243 Eperantovereine. Eocher hat fast die Hälfte davon.

schaffen verlangen, daß sie große Aufwendungen für diesen Hafen machen. Aus Liebe zu Emden lassen sie ja ihre Schiffe nicht von dort laufen, sondern nur, um sich Konkurrenz vom Halse zu halten. Nimmt man hinzu, daß beide Gesellschaften an den holländischen Unternehmen beteiligt sind, so darf man wohl mit Recht sagen: Es war so ziemlich der dümmste Streich, daß sich der Emdener Hafenbetriebsverein ausgerechnet aus Hamburg einen Streifenleiter holte. Die Hamburg-Amerika-Linie fährt nicht schlecht dabei — aber Emden!

Die Wehrzahl der Unternehmer hat also gar kein Interesse daran, den Kampf so bald zu beenden. Erst der allgemeine Unwille der Stadt, der gesamten Einwohnerschaft, wird sie zwingen, die tariflich festgelegten Rechte der Arbeiter zu respektieren.

Daß die Unternehmer von der Unrichtigkeit ihrer Auslegung des Tarifs überzeugt sind, geht aus der Klugheit ihrer Verteidigung hervor. Der dritte Punkt des Tarifs, sagen sie, läßt wohl die Auslegung zu, die die Hafenarbeiter ihm geben, aber der Tarif gelte eben nur für die Mitglieder des Transportarbeiterverbandes! Daß der Tarif nur für Verbandsmitglieder gilt, dafür bürgen die Unternehmer selbst keine gerichtliche Unterstützung finden. Das sogenannte Schiedsgericht hat ja schon gesprochen, natürlich zugunsten der bestreikten Unternehmer. Jetzt hat das Landgericht in Aurich das Wort.

Wie auch die Entscheidung falle, die Stadt Emden trägt den Schaden für jeden Tag des Streiks. Die Hafenarbeiter wollen nichts als ihr Recht.

Literarisches.

Dr. Friedrich Vedmann, Die Futtermittel-Zölle. Verlag von Duncker u. Humblot. München und Leipzig 1913. 134 Seiten. 3,50 M.

Bei den Debatten über die Ursachen der Teuerung fordern jedesmal die links stehenden Parteien die Aufhebung der Futtermittelzölle gerade im Interesse der dichtbesiedelten Landwirtschaft. Der Nachprüfung dieser Frage, ob die Zölle auf Gerste und Mais die Viehzucht beeinträchtigen, ist die Arbeit Vedmanns gewidmet. Vedmann sucht dazu im einzelnen die Interessen der verschiedenen landwirtschaftlichen Kreise (Schweinezüchter, Handwerker und Arbeiter, Klein- und Großbauern, Großgrundbesitzer, industrielle Schweinefleischfabriken) zu analysieren. Ohne in die oft recht anregenden Einzelheiten der Vedmannschen Untersuchung einzugehen, muß hier grundsätzlich betont werden: Vedmann berücksichtigt viel zu wenig den Zusammenhang des Getreide- und Maiszollens mit den Getreidezöllen. Diese Isolierung geht soweit, daß er sogar beim Gerstenzoll nur den auf Futtermittel von 1,30 M. berücksichtigt, den auf Braugerste von 4 M. aber so gut wie vernachlässigt. Aber gerade bei den landwirtschaftlichen Zöllen ist jeder Satz von Einfluß auf das gesamte Anbauwesen, und die preissteigernden Wirkungen erschöpfen sich keineswegs in dem Zollzuschlag auf die betreffende Getreideart. So führen in Deutschland die hohen Zölle auf Brotgetreide (Weizen und Roggen) zu einem Rückgang des Futtermittelanbaues und damit zu starker Steigerung der Futtermittelpreise, die durch die Zölle auf Gerste und Mais noch erhöht werden. Vedmann stellt die Bedeutung des Einfuhrzollensystems völlig auf den Kopf, wenn er es lobt als ein Mittel, den Ueberfluß an Roggen gegen ausländische Gerste einzutauschen. Als ob der Roggenüberschuß und der Gerstenmangel das Primäre wäre, den die Ausfuhrprämien nun auszugleichen hätten! Wie wenig Vedmann in das Wesen der Zollwirkungen eingedrungen ist, beweist auch seine Auffassung, daß der Gerstenzoll die Schweinepreise nicht erhöhen könne, da Gerste im eigenen Betriebe erzeugt und verbraucht als markloses Zwischenprodukt der Zollerhebung nicht unterliege. Daß für den Preis die Produktionskosten des letzten für den Konsum notwendigen Mittels bestimmend sind und auch eine nichtverkaufte Ware für den Produzenten einen (nicht realisierten) Preis hat, ist Vedmann dabei entgangen. Die Isolierung der Fragen führt Vedmann dazu, wohl dem Zoll auf Mais eine Schädigung der Viehzucht und Konsuminteressen zuzuschreiben, nicht aber dem doch in völlig gleicher Weise wirkenden Zoll auf Gerste.

Einer Aufhebung des Zolls auf Gerste widerspricht Vedmann vor allem deswegen, weil sie die Schweinezucht völlig den kapitalistischen Großbetrieben (den von der heimischen Landwirtschaft unabhängigen Schweinefleischfabriken) ausliefern würde. „Wer nun das Ziel der Wirtschaftspolitik nicht rechnungsmäßig erfassen will in der höchsten Produktivität, sondern als letzten Zweck die Erhaltung aller derjenigen Bevölkerungsgruppen ansieht, die für die dauernde Pflege unserer Wirtschaft in politischer, militärischer und national-wirtschaftlicher Beziehung unerlässlich sind... der muß den Gerstenzoll bejahen aus seiner sozialen Wirkung heraus.“ (S. 123.) Selbst wenn man dies Ziel, die Erhaltung des Klein- und Mittelbauernstandes, als unter allen Umständen und auf Kosten des Konsums wünschenswert hält, scheint uns die Befürchtung übertrieben, daß bei Aufhebung des Gerstenzolls der Bauer als Schweinezüchter verschwinden muß. Die Abfälle und Nebenprodukte im Haushalt und der eigene Gerstebau werden immer für seinen Betrieb die Schweinezucht rentabel gestalten und billige, durch keine Zölle erhöhte Preise werden ihm bei schlechter Ernte den Ankauf von Futtermitteln gestatten und ihn damit der Notwendigkeit entheben, gerade dann aus Mangel an Futtermitteln zu verkaufen, wenn die Tiere im Preise niedrig stehen.

Den Erörterungen über die Bedeutung der Futtermittelzölle voran geht eine Skizze der geschichtlichen Entwicklung dieser Zölle. Die Gegensätze zwischen Nord und Süd — die Differenzierung in Futter- und Braugerste ist bayerischem Einfluß zuzuschreiben — werden dabei recht gut herausgearbeitet.

Trotz wiederholter Ankündigung, nur „voraussetzungslose Wissenschaft, nur Erkenntnistheorie“ (sic) zu treiben, wimmelt die Arbeit von mitunter recht dreisten Werturteilen. Nur ein Beispiel (S. 21/22): „Des weiteren wurde (bei den Zolltarifverhandlungen 1902) die Gerstenzollerhöhung im Interesse der Bierkonumenten von einigen Abgeordneten mit Rücksicht auf Mandat und Wähler abgelehnt, ein Argument, dessen nähere Prüfung der inzwischen erfolgte Uebergang zu einer unserer Finanzgebarung angepaßten und einer Kulturnation würdigen Besteuerung des Bieres nicht entheben dürfte.“ E. M.

Aus aller Welt.

Hochwasser in Schlesien.

Aus ganz Schlesien werden schwere Hochwasserschäden gemeldet. In Löwenberg hat die ganze Fischergasse geräumt werden müssen, weil sie vollständig unter Wasser stand. Der Ober führt große Mengen von Getreide mit; der Schaden an Erntefrüchten ist sehr groß. Im Riesengebirge hat das Wasser schwere Schäden angerichtet. Die Talsperren von Ratliffa und von Mauer erwießen sich als sehr nützlich; ohne sie wäre eine große Katastrophe hereingebrochen. Wie aus Ratto-

witz gemeldet wird, mußten in dem benachbarten Orte Jawodzie die Einwohner mittels Rähnen aus den Kellern und Erdgeschossen gerettet werden. Die Weichsel hat in Oberschlesien und Galizien weite Landstrecken überschwemmt.

Dampferkatastrophe an der Küste von Alaska.

Wie aus Juneau (Alaska) berichtet wird, ist am Sonntagmorgen der amerikanische Dampfer „State of California“ in der Gamber-Bai in voller Fahrt auf einen Felsen gelaufen, schwer led geworden und binnen 3 Minuten gesunken. Die meisten Passagiere der ersten Klasse sind noch im Schlafe vom Tode überrascht worden; der Kapitän und 40 Personen haben sich auf Flößen gerettet. Mindestens 25 Passagiere und 27 von der Mannschaft sind ertrunken. Ladung und Post sind verloren.

Dynamitexplosion in Mexiko.

Eine Dynamitexplosion in Tacubaya, einem Vororte der Stadt Mexiko, zerstörte am Dienstag alle Gebäude in weitem Umkreise. Es wurden bereits 35 Leichen gefunden; Duzende von Verletzten, meistens Frauen und Kinder, liegen auf den Straßen umher. Die Explosion wurde dadurch hervorgerufen, daß ein Straßenbahnwagen mit einem mit Dynamit beladenen Wagen zusammenstieß.

Ein fingierter Bankraub?

In einer Filiale der Depositbank für Kopenhagen und Umgebung ist gestern nachmittag angeblich von drei Deutschen ein Bankraub nach amerikanischem Muster ausgeführt worden. Gegen 3 Uhr, als sich außer zwei Assistenten niemand im Banklokal befand, traten drei elegant gekleidete Herren ein. Mit hochgehaltenen Revolvern forderten sie die Assistenten auf, sich in den im Erdgeschosse befindlichen Bogenraum zu begeben; hier wurden beide aberwältigt und gefesselt. Die Verbrecher nahmen alles nicht eingeschlossene Geld, circa 9000 Kronen, mit sich. Später konnte sich der eine Assistent von den Fesseln befreien und die Polizei benachrichtigen. Auffallend ist es, daß niemand die drei Bankräuber beim Verlassen des Banklokals gesehen hat. Die Polizei hat sofort eine Untersuchung eingeleitet und einen Steckbrief hinter die Verbrecher erlassen. Die Möglichkeit, daß die Bankassistenten sich selbst gefesselt haben, um den Raub vorzutäuschen, erscheint nicht ausgeschlossen.

Kleine Notizen.

Seinen Bruder erschlagen. Zwischen den beiden Eigentümern Blant in Jewitz (Kreis Bütow), zwei Brüdern, kam es aus nichtigen Ursachen zum Streit, der zu Tötlichkeiten ausartete. Hierbei ergriff der eine Bruder einen Spaten und schlug auf den anderen Bruder ein. Dieser erlitt einen Schädelbruch, an dessen Folgen er verstarb. Der Verbrecher wurde verhaftet.

Risiko der Landarbeit. Die Frau des Arbeiters Jadow in Grundow (Kreis Stolp) geriet beim Dreschen in die Welle der Maschine und wurde mehrmals herumgeschleudert, wobei sie stets mit dem Kopfe auf die Erde aufschlug. Bevor die Maschine zum Stillstand kam, war der Tod bereits eingetreten. Nordverurteilung und Selbstmord. Auf den Rechtsanwalt Dr. Mehl in Guben wurde Dienstag nachmittag in seinem Bureau ein Nordanschlag verübt. Der frühere Braumeister Paul Stoehr aus Guben konfiskierte den Rechtsakt in einer Prozesssache und gab im Verlaufe der Unterredung drei Schüsse auf den Anwalt ab, der am Kopf und am rechten Arm schwer verletzt wurde. Gleich darauf erschloß sich Stoehr.

Unter den Rädern eines Eisenbahnzuges. Auf dem Güterbahnhof in Eving (Kreis Dortmund) wurden, wie der „Dortmunder Generalanzeiger“ meldet, der Rangiermeister Bogner und der Rangierführer Pfäferschneider beim Verlassen ihres Aufenthaltsraumes, der dicht am Gleise steht, von einem aus Dortmund kommenden Zuge erfasst und hundert Meter mitgeschleift. Beide wurden schwerlich verletzt und unter dem Zuge hervorgezogen.

Krieg im Frieden. Bei den Manövern des 14. Armeekorps in der Balogruppe in Südtirol stürzte am Montag eine aus einem Unteroffizier und zwei Kaiserjägern bestehende Patrouille ab; alle drei sind tot.

Grubenunglück. Wie der „Oberschlesische Wanderer“ meldet, wurden in Ryklowitz auf der Grube Kasimir durch absinkende Kohlenmassen mehrere Bergleute verschüttet. Bis jetzt ist ein Bergmann als Leiche, ein anderer ist schwer verletzt geborgen worden.

Opfer des Bergsports. Bei einer Klettertour in der Sellagruppe in Tirol ist der Ingenieur Rittermann, Professor an der Fachschule in Villach abgestürzt und tot geblieben.

Schweres Baumunfall. Auf einem Neubau in Düsseldorf fiel aus noch unbekannter Ursache plötzlich eine zehn Meter hohe Mauer ein, 16 Arbeiter wurden mit in die Tiefe gerissen, 7 wurden verletzt, davon zwei lebensgefährlich.

Versammlungen.

Transportarbeiterverband. Die Sektion 5 des Deutschen Transportarbeiterverbandes (Industriearbeiter) hielt am Sonntagvormittag bei Ballschmieder, Badstr. 16, eine Mitgliederversammlung ab, die sich eines sehr guten Besuchs zu erfreuen hatte. Franke widmet zunächst dem verstorbenen August Webel einen Nachruf. Widmann erstattet er den Tätigkeitsbericht der Sektionsleitung. Er führte aus, daß im verflochtenen Halbjahre die fünf Branchen der Sektion zusammen 500 Versammlungen, Besprechungen usw. abgehalten haben. An Lohnbewegungen wurden 21 mit 1468 Beteiligten durchgeführt. Erfolgreich waren 14 mit 698 Beteiligten; Teilerfolg hatten 3 mit 388 Beteiligten; erfolglos verliefen 4 mit 400 Beteiligten. In Mitgliedschaft gezogen wurde die Sektion bei 19 Bewegungen anderer Organisationen mit 130 Beteiligten. Maßregelungen waren 13 zu verzeichnen. Neuaufnahmen wurden 1063, Uebertritte 127 vollzogen; ausgeschieden bzw. zu anderen Verbänden übergetreten sind 400; so daß gegenüber den am 31. Dezember 1912 vorhandenen 7073 Mitgliedern am 30. Juni 1913 7568 gezählt wurden, das sind circa 50 Proz. der Organisationsfähigen. Für die zurzeit tätigen 448 Vertrauensmänner sind wiederum ab Oktober Kurse vorgelesen, die später eventuell auch für die Mitglieder zur Weiterbildung eingerichtet werden sollen. Besondere Beachtung müsse den gelben Werkvereinen geschenkt und alles getan werden, um deren Ausbreitung zu hindern. Hierauf erstattete Franke noch Bericht über den Kasienbestand des Agitationsfonds, dessen Einnahmen 2033, dessen Ausgaben 1600 und dessen Bestand folglich 1268 M. betrage, das sind 179 M. mehr.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlin, auch und anderen Größen. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Zeitlinie bleiben, wollen ihrem bisherigen Subskribenten wegen der Ueberweisung von Exemplaren sofort ihre Adressen einreichen, da bei verspäteter Befolgung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Briefe müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

Todes-Anzeigen.

Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 5. Berl. Reichstagswahlkreise.
Abteilung I b.

Den Mitgliedern die traurige
Nachricht, daß unser Genosse

Johann Podgorski

Kaugarder Str. 39
am 17. August gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 20. August, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Bartholomäus-Kirchhofes,
Behlenlee, Jaltensberger Straße,
aus statt.

Jährliche Beteiligung erwartet
222/9

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Alt-Glienicke.

Am Sonntag, den 17. August,
verstarb unser Mitglied, der Ge-
nosse

Gustav Handrick

im Alter von 55 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute
nachmittags 5 Uhr von Trauer-
halle Alt-Glienicke, Grünauer
Straße 60, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
202/18

Der Vorstand.

Verband der Fabrikarbeiter
Deutschlands.

Zahlstelle Groß-Berlin.

Am Sonntag, den 17. August,
verstarb unser Mitglied

Gustav Handrick.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 20. August, nach-
mittags 5 Uhr, von Trauer-
halle Alt-Glienicke, Grünauer
Straße 60, aus statt. 57/4

Am 17. August verstarb unser
Mitglied

Johann Podgorski.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 20. August, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle
des Bartholomäus-Kirchhofes,
Behlenlee, Jaltensberger Straße,
aus statt.

Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Müllfischer

Hermann Mosebach

am 17. d. M. im Alter von 44 Jahren
verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 20. d. M., nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Bartholomäus-Kirchhofes,
Behlenlee, Jaltensberger Straße,
aus statt. 67/12

Die Bezirksverwaltung.

Heute früh 2 1/2 Uhr verstarb
nach kurzem Krankheitslager mein
Vater und Bruder, Bruder, Schwa-
ger und Onkel, der Weltwirt

Augustin Fligg

im 48. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bitten im
Namen der Hinterbliebenen

Berlin, den 17. August 1913,
Oranienstraße 14a.

Anna Fligg u. Sohn.

Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 21. August 1913,
nachmittags 4 Uhr, von der Halle
des neuen St. Michael-Kirchhofes,
Rariendörfer Weg, aus statt.

Berlich-Jakob

Frank A. Borchart, Friedrichstr. 115,
Oranienstr. Tel. Nr. 10654,
verf. Pros., Smoking, Gedächtnis-
in verschied. Preislagen, bis z. eleganten
Genre. Sehr große Auswahl. Briefe.

Zentral-Verband der Töpfer
u. Berufsge nossen Deutschlands.
Villale Groß-Berlin.

Am Freitag, den 15. August,
verstarb infolge Strahlenanfall
unser Mitglied, der Kollege

Ernst Gabel

(Wegh. Spandau)

im Alter von 52 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute
nachmittags 2 Uhr von der Ob-
duktionshalle, Gadow Str., aus
auf dem südlichen Friedhofe, In
den Aeffeln, statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Dreher

Hermann Krone

Neutölln, am 16. d. Mts. an
Lungenleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 20. August, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Alten Jakob-Kirchhofes
in Neutölln, Hermannstr. 2, aus
statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.
124/4

Die Ortsverwaltung.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und die Kranzspenden
bei der Beerdigung meines lieben
Mannes sage ich allen Bekannten und
Verwandten sowie dem Verband der
Gallwirtschäften, dem Verein der
Kellner des Ostens, dem Sparverein
„Gumorf“, den Kollegen des Restau-
rants „Waldhaus-Grünenwald“ meinen
herzlichsten Dank. 1892b

Witwe Anna Dekker.

Mohrenstr. 37
Kolonnaden.

Gr. Frankfurterstr. 115

**Trauer-
Magazin**

Kleider, Hüte etc.
Außerste Preise

**Farbige
Konfektion**

in größtem
Maßstabe
zu billigsten
Preisen

Westmann

Von der Weite zurück.

Dr. Magnus Hirschfeld.

Ohne jede Anzahlung!

Keine Rasterer, keine Raizen
Bett- u. Lohwäsche, Topfiche,
Portieren, Bilder, Gardinen,
Stores, Stepp- u. and. Decken.

KATZNER

Güselandstraße Nr. 41.

**Reiseführer,
Wanderkarten und
Bücher,
Kursbücher**

hält stets am Lager

Buchhandlung Vorwärts

Lindenstr. 69.

Milo.

Russischer Augentabak,
hervorragender Schnupftabak
gegen Tränenhitze, gegen
Kopfschmerzen. Zu beziehen
durch den Zigarrenhandel.
Generalvertreter: I. Deutschl.:

S. Rund, Berlin,

Wollanwaberstraße 2.

Siemens Kraftfleisch
alleiniger Fabrikant
J. G. Siems,
Hoflieferant,
Apen i. Oldbg.
muß jede sparsame Hausfrau kaufen.
Billigster und nahrhafter Tafelaufschnitt,
hergestellt aus garantiert frischem Rindfleisch. Zu haben in sämtlichen einschlägigen Geschäften.
alleiniger Fabrikant
J. G. Siems,
Hoflieferant,
Apen i. Oldbg.
Lt. Analyse des Herrn Dr. A. Langfurth, beidiger Gerichts-Chemiker, enthält
„Siems Kraftfleisch“
alle natürlichen Bestandteile
des rohen Fleisches, überträgt
letzteres an Nährwert und ist
leicht u. fast restlos verdaulich!

Partei-Angelegenheiten.

Abend. Heute Mittwoch im „Stadttheater“ (Hof Otto): Wahlvereinsversammlung. Vortrag des Genossen Dr. Moses über: „Rassenstreik und Parteitag“.

Mit-Glied. Zur Teilnahme an der heute Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, stattfindenden Beeridigung des Genossen Dandric veranlagt sich die Genossen um 4 1/2 Uhr bei Rüge, Grünauer Straße.

Soßen. Donnerstag, den 21. d. Mts., abends 8 Uhr: Wahlvereinsversammlung. Vortrag des Genossen A. Scholz, Reußln.

Berliner Nachrichten.

Halensee.

Wenn ich heute jemand in Groß-Berlin zu einem Dummel nach Halensee einlade, so bedeutet ihm — sofern er nur halbwegs mit Berliner Gepflogenheiten vertraut ist — der Name „Halensee“ schon allein ein Programm, ein lustiges, sehr lustiges, mit ein wenig Exotik gewürztes Programm. Es beginnt mit der Fahrt in einem überfüllten Wagen der „Elektrischen“ oder einem noch „überfüllteren“ Abteile der Stadtbahn. Der Begriff „überfüllt“ (dies nebenbei) hat im Groß-Berliner Verkehrsleben eine außerordentliche Steigerungsfähigkeit, die oft erst jenseits der Bewußtseinschwelle endet, also von schwachnervigen Passagieren nicht mehr im äußersten Grade konstatiert werden kann. Das aber merkt wohl jeder Mann, auch wenn er als Stoßremder in ein sonntagsnachmittags besetztes Abteil der Stadtbahn steigt, daß hier noch Dampftrieb herrscht; denn dampfend, lodend gelangt er an sein Ziel. Wer etwa auf Station Birse mit einigen weichgekochten Eiern in der Tasche einsteigt, kann sie, wenn er in Halensee Appetit verspürt, nur noch hartgekocht oder als Nähr- oder Quetschei verzehren. Es sind nur die Optimisten, die von der Elektrifizierung der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahn erhoffen, daß den Passagieren der Verdampfungsprozeß danach erspart bleiben werde. Skeptiker hingegen meinen, nur der Zugführer werde nach der Elektrifizierung weniger zu dampfen haben.

Angelommen in Halensee, schaukelt man über die elastisch federnde Halenseer Brücke, eingehüllt in eine duffreiche grünlich-bläuliche Wolke, die konstant über dem Wege lagert. Eine unabsehbare Kette von brüllenden, heulenden, gurgelnden, medernden, Autos sorgt durch hinterwärtige Ausatmungen für ihre unaufhörliche Erneuerung. Eine Wolke von Benzinschwaden, in denen die aufgewirbelten Staubkörperchen wie mikroskopisch kleine Mücken spielen und tänzeln, blüend in den Strahlen der brütenden Sonne, angefangen von den Atmungsorganen der frühlich schmelzenden Spaziergänger, auf deren leichte Kleider sich die ruhigen Auspuffungen der Eisenbahn niederlassen.

Der sonntägliche Verkehrsstrom des „vornehmen“ Kurfürstendamms schwenkt Dich mit fort. Sobald Du jenseits der wippenden Brücke wieder festen Boden unter den Füßen spürst, vernimmst Du, sofern Dich das dröhnende Lohwabahoh bis jetzt nicht mit Taubheit geschlagen hat, die entzückenden Klänge der diversen Gartenblasenzerte. Wie geahnte Klangwirkungen ergeben sich aus der Verschmelzung der unterschiedlichen Orchester. Ein Musikgelehrter, der lustwandelnd im heiteren Gestirne auf die Idee verfiel, diese Tonmischung zu analysieren, soll mitten auf der Straße toll geworden — der Kermes! — und eine Panik unter den Passanten verursacht haben.

Der Menschenstrom zweigt sich gleich hinter der Brücke. „Kurfürstendamm“ verschlingt seine Opfer. Es ist die Jugend, die holde Jugend, die auf blankem Saalparkett Terpsichoren geopfert wird. Keine niedliche Freundin meint: es heiße „die Pichore“ und nicht „der Pajore“! Ja — so sind diese Kader, die Halensee zu seinem Weltrufe verhelfen.

Der Leser merkt etwas: Na — jetzt wird's erotisch. So ist's: Gros und Terpsichore sind die Schuttpatrone Halensees. Ihnen erbaute man Tempel, und diese Tempel verleihen dem ganzen Ortsteil das charakteristische Gepräge. Siehe: Kurfürstendamm, Kaiser-Wilhelm-Garten, Luna-Balhaus und weiter draußen: Waldpark und „Franzensbader“. Hinauf Langböden; aber jeder „eine Nummer für sich“: Ein „Schlebus“ im „Kurfürstendamm“ ist wie ein junges wildes Pferd auf der Steppe. Im „Kaiser-Wilhelm-Garten“ hält man schon auf „Form“; im „Luna-Balhaus“ tanzt man ihn silbolk, im „Waldpark“ gestirrt und im „Franzensbader“ — ach, so jugendlich. Im „Kurfürstendamm“ und „Kaiser-Wilhelm“ ist „alles Natur“, im „Luna-Balhaus“ alles „Kultur“, und was hier seiden knistert und rauscht, schweigt im „Franzensbader“ baumwollen.

Der liebliche Name „Halensee“ bedeutet ein Programm, ein lustiges, sehr lustiges Programm. Hör' ich ihn nennen, gleich summt in meinen Ohren das rhythmische Schrummschrumm der Tanzmusik und ich verspüre Benzingeruch und süßere Düste.

Weitere Verpestung der Luft.

Unter dieser Epithymie wird der „Deutschen Tageszeitung“ geschrieben:

Die Vermehrung der Kraftfahrzeuge, welche im Hinblick auf die Verkehrsnot Groß-Berlins jedermann mit Freude begrüßen wird, löst leider auch die Verärgerung aus, daß der familiäre Zustand in den Hauptverkehrsstraßen weiter sinken und die Volksgesundheit durch die zunehmende Verpestung der Luft eine weitere, empfindliche Schädigung erleiden wird. Wederen doch gerade die schweren Automobile, deren Zahl bald ins Ungemessene steigen wird, zu den schlimmsten Luftverpesterern, nicht allein durch den Auspuff giftiger Gase, sondern auch durch die staubaufwirbelnde Tätigkeit ihrer breiten Räder. Gewisse Straßen, die dem Automobilverkehr freie Bahn gewähren, werden schon heute von empfindlichen Leuten angestrichelt gemieden; wie lange wird's dauern, dann werden auch Passanten, die an die „frische Luft“ bescheidenere Anforderungen stellen, einen Umweg über stillere Straßen nehmen müssen, die noch weniger von der modernen Kultur beledet sind. Man hat früher des öfteren von einer Minderung der Staubplage durch die städtische Straßenreinigung gehört; es sind Versuche angestellt worden, und man sieht auch heute zuweilen noch Pfähle weißlicher Blässe auf den Vordächern stehen, die auf die staubdämpfende Tätigkeit der Sprengwagen schließen lassen. Allein, wenn es in dieser Hinsicht auch etwas besser geworden sein mag — eine durchgreifende Wirkung verspricht das bisher geübte Verfahren leider nicht. Es scheint, als ob man vor Modikalimitäten, wie sie z. B. in den Vereinigten Staaten zum Staublöchen angewandt werden, bei uns zurückbleibe, vielleicht aus zarter Rücksicht auf die Gummireifen der Automobile, die fettige Substanzen nicht gut vertragen sollen.

Ja, vertragen denn unsere Lungen den säuregeschwängerten Straßenstaub? Die Entlastungen der Atmungsorgane nehmen nach ärztlichem Ausdruck von Jahr zu Jahr in bedenklichem Maße zu — was wird erst geschehen, wenn tausende viele Autoswagen mit tausende viel mehr Verbrennungsmotoren über die Straße laufen? Noch schädlicher wie der Staub für die Lungen und das Geräusch für die Nerven sind die giftigen Gase, welche diesen schweren Maschinen entweichen. In der ersten Zeit des Kraftwagenverkehrs empfand man diese Schädigung der Volksgesundheit selbst in Automobiltreibern, und man schied damals auf Mittel zu ihrer Beseitigung oder Abmilderung zu finden. Freilich klang es fast wie Hohn, als der Vorschlag laut wurde, die Auspuffgase zu — parfümieren, — als wenn überzudertes Gift seine schädliche Wirkung verliere! Immerhin schien es doch aber, als wolle die Automobilindustrie im allgemeinen Interesse gesündere Bahnen einschlagen. Davon ist es heute ganz still geworden, man fährt immer toller drauflos und scheint sich in der Hoffnung zu wiegen, daß das Publikum sich an den Beistand der Automobile gewöhnt habe.

So liegen die Dinge heute, wo man mit einer ganz erheblichen Vermehrung des Kraftwagenparkes umgeht. Es ist daher die höchste Zeit, auf Mittel zur Abwehr zu finden. Und diese Pflicht liegt in erster Linie dem Wagenbauer ab, in zweiter dem Wagenführer selbst. Der bequem und schnell fahren will, darf dies nicht auf Kosten der Gesundheit anderer tun. Die hohen Fahrstühle, die den Kohlendunst der Fabrik hoch in die Lüfte entlassen, werden durch Elektromotoren einbefriedigt gemacht; die Kolomotoren sucht man durch Elektrifizierung der Eisenbahnen auszuschalten, und auf den Straßen der Stadt, direkt vor den Käfen vieler Kaufende, sollen ungeahnte neue Quellen atemberaubender, luftverpesternder Dünste erschlossen werden dürfen? Nach alledem haben die Aufsichtsbehörden die Pflicht, Maschinen, welche die Passanten belästigen oder gar schädigen, vom öffentlichen Verkehr auszuschließen. Wären solche Motoren mit Rauchverbrennungseinrichtungen ausgerüstet, oder, wenn dies nicht geht, mit elektrischem Antrieb versehen werden. Der Fußgänger hat auch ein Recht auf die Straße, und er braucht sich das bishigen Luft, dessen er zum Leben bedarf, nicht verkümmern zu lassen. Man hat sie schon viel zu weit einreihen lassen, die Sünden der Automobilisten.

Die Zukunft enthält mannigfache Anregungen, aus denen maßgebende Kreise eine heilsame Rußlandwendung ziehen könnten.

Der Abzug größerer Industrieunternehmungen

Von Berlin nach den nördlichen Vororten macht sich seit einer Reihe von Jahren in starkem Maße bemerkbar. Begünstigt werden diese Ueberstellungen zum Teil durch Terrainverhältnisse, die den in ihrem Besitz befindlichen geeigneten Grund und Boden an industrielle Unternehmungen für Betriebsanlagen loszuschlagen suchen. Zudem ist infolge der Schaffung des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin, der an sich für die Industrie eine billige Verkehrsverbindung bietet, für industrielle Ansiedlungen immer mehr Terrain erschlossen worden. Und neben dieser günstigen Wasserstraße suchen die mit solchen Unternehmungen begünstigten Gemeinden auch eine möglichst gute Bahnverbindung herbeizuführen, damit die in den Betrieben beschäftigten Arbeitskräfte Groß-Berlins schnell zu ihrer Arbeitsstätte gelangen können.

Von den zahlreichen Gemeinden, in denen sich im Laufe der letzten Jahre Industrie niedergelassen, hat das den Knotenpunkt der Bahn über den Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin bildende Hennigsdorf einen erheblichen Aufschwung genommen. Allein die U. S. G. beschäftigt in ihren Betrieben dort zirka 1500 Arbeiter. Und neben dieser gewaltigen Fabrikanlage sind weitere industrielle Bauten im Angriff genommen. Kein Wunder, daß durch eine solche im letzten Jahrzehnt vollzogene Umwälzung der stille Dorfcharakter des Orts verschwunden ist.

Die Gemeindeverwaltung suchte sofort dieser ungeahnten Entwicklung Rechnung zu tragen, indem sie ein eigenes modernes Gaswerk errichtete; Verhandlungen mit dem Brandenburgischen Kreis-Elektrizitätswerk wegen Abgabe elektrischer Kraft sind dem Abschluß nahe. Eine eigene Halenalanlage ist im Bau und außerdem dürfte der Plan, eine elektrische Straßenbahnverbindung mit dem 11 Kilometer entfernt liegenden Spandau zu schaffen, in Wälde der Bewerksichtigung nahe sein. Nur der Kreis Osthaveland als Besitzer der Straßen dieses Ortes scheint sich auf die gewaltige Erneuerung der Verhältnisse nicht gewöhnen zu wollen, denn die Straßen befinden sich immer noch in einem recht miffliden Zustande. Und die Eingeleierten des Ortes sträuben sich gleichfalls, ihr Teil zu einer besseren Straßenanlage beizutragen. Dabei ist infolge dieser industriellen Entwicklung des Ortes so manches Mauerlein bei seinen Landverkäufen zum wohlhabenden Rentier geworden.

Trotzdem glaubt man, daß der Kreis sowohl wie die betreffenden Anlieger dem Zuge der Zeit Rechnung tragen werden; und doch bereits für den Ausbau der Hauptstraße die Verhandlungen zum Abschluß gekommen. Hingzu kommt, daß eine neu gegründete Arbeiter-Vaugenossenschaft auch auf dem Gebiete des Wohnungswezens eine gesunde Entwicklung anstrebt. Als ein Wünschland in verkehrstechnischer Hinsicht wird es noch empfunden, daß der seit Jahren mit Berlin bestehende Vorortverkehr noch nicht abgeleift worden ist durch einen Vordortverkehr, der allerdings die geplante Höherlegung des Bahnkörpers zur Voraussetzung hat.

Unter dem gegenwärtigen Zustand entstehen bei der Beförderung der Arbeiter von und zur Arbeitsstätte erhebliche Schwierigkeiten, die behoben werden könnten, wenn die Ausführung des Projektes zum Vordortverkehr baldigt erfolgen würde.

Renauvgabe des Berliner Gemeinderats. In elf Bänden hat der Berliner Magistrat in den Jahren 1902—1909 eine Sammlung aller für die städtische Verwaltung wichtigen Bestimmungen herausgegeben. Diese Sammlung ist niemals vollständig gewesen. Große Zweige der Verwaltung, wie das Finanzwesen, die Grundeigentumsverwaltung, die Feuerlöscherei, die Bauverwaltung, die Wasserverwaltung, die Armenpflege usw. waren gar nicht berücksichtigt. Infolge der raschen Entwicklung des städtischen Gemeinwezens sind erhebliche Teile des bisherigen Gemeinderats veraltet und neue Verwaltungen, wie das städtische Unterhaltungsamt, das Wohnungsamt, die städtischen Straßenbahnen sind hinzugekommen. Der Magistrat hat sich deswegen zu einer Neuaufgabe des Gemeinderats entschlossen. Diese Aufgabe, welche im Verlage von Julius Springer erscheint und somit auch im Buchhandel käuflich sein wird, soll außer den bereits in der ersten Ausgabe veröffentlichten alle bisher fehlende Materie umfassen, und wird daher die Zahl von elf Bänden überschreiten. Zunächst ist das Recht der Gasverwaltung und der Elektrizitätsangelegenheiten im Druck vollendet worden. Wie wir aus dem Vorwort des mit der Herausgabe an Stelle des verstorbenen Stadtrats Lumbis beauftragten Magistratsrats Wölbliug sehen, soll das Recht der Tiefbauverwaltung, der Steuerverwaltung und der Armenbetreuung bald folgen. Das Recht der Volksschulen ist inzwischen auch bereits fertig gedruckt.

Der städtische Seefischverkauf

In den Markthallen mit Ausnahme der Zentralmarkthalle wird am 2. September d. J. in der bisherigen Weise wieder aufgenommen. Der Verkauf findet wie früher Dienstags und Donnerstags von 8—1 Uhr statt. Es werden noch besondere Bekannmachungen an den Aufschlagstulen erfolgen.

Zur Klärung des rätselhaften Verschwindens der Wirtschaftlerin Gertraud Galle hat die Kriminalpolizei eine Vernehmung von 300 W. ausgeführt. Der unter dem Verdacht, die Galle beiseite geschafft zu haben, festgenommene frühere Former Denk bestritt immer noch, jemals mit der Verschwindenen zusammengelassen zu sein, ja

sie überhaupt zu kennen. Die neueren Ermittlungen haben jedoch ergeben, daß diese Angaben auf Unwahrheit beruhen. In dieser mysteriösen Angelegenheit wird jetzt eine amtliche Bekanntmachung veröffentlicht, in der es unter anderem heißt: Die Angaben des Denk über den Erwerb des Wades begreifen berechtigtem Zweifel. Es ist inzwischen festgestellt, daß er die Galle doch persönlich in Berlin kennen gelernt und mit ihr, unter dem Vorgeben, sie heiraten zu wollen, am 28. Juli d. J., Stundenlang in Berlin unterhandelt hat. Wie weiter festgestellt ist, ist das Sparfassenbuch am 30. Juli d. J. von Berlin aus an die Sparkasse in Krosien gefandt worden. Zur Klärung des mysteriösen Falles liegt der Kriminalpolizei in Berlin besonders daran, festzustellen, wo sich die Galle seit dem 29. Juli d. J. fröh eventuell aufgehalten hat und insbesondere, ob sie in Begleitung des Denk gesehen worden ist.

Wie weiter berichtet wird, machte Denk die Bekanntschaft der Vermittlerin hier im Bureau einer Heiratsvermittlerin. Anderen Damen, die er hier kennen lernte, stellte er sich als Maschinist oder Monteur Feins vor und erzählte ihnen, daß er in einem großen Fabrikbetriebe außerhalb Berlins feste Stellung habe. Bald nannte er als seinen Beschäftigungsort Frankfurt a. O., bald Fürstentum an der Spree, in einem Falle auch Grünberg in Schlesien. Er wußte sie zu veranlassen, mit ihm dorthin zu fahren, damit er ihnen zeigen könnte, wo sie später mit ihm wohnen würden. Auf diesen Gängen, die meistens vom Bahnhof durch einen Wald führten, versuchte er sie dann anzuborgen. Eine Dame bekam, als er mit ihr durch den Wald nach dem Wohnhof in Fürstentum ging, Angst. Als Denk dies sah, zog er einen Revolver, sagte, daß sie sich nicht zu sträuben brauche und machte Schießversuche an den Bäumen. Auch dieses Mädchen hatte er vorher anzuborgen versucht. Nach Grünberg will Denk mit einem Dampfer gefahren sein, auf dem er als Maschinist tätig war. Nach seinen Angaben kam das Schiff von Swinemünde, legte in Berlin an und fuhr dann weiter nach Schlesien.

Koch- und Haushaltungsschulen. Der Provinzialverein des Vaterländischen Frauenvereins unterhält zurzeit neun Koch- und Haushaltungsschulen, in denen junge Mädchen hauswirtschaftliche Ausbildung erlangen und welche als Fortbildungsschulen der städtischen Schulkinder betrachtet werden können. Es befinden sich die Schulen: Probenstr. 1, Turmstr. 19, Planufer 88 (an der Admiralbrücke), Meyer Str. 88, Wilhelmstr. 30/31, Tilsiter Str. 87, Alexanderstr. 9, Adlerstr. 143 (Ecke Invalidenstr.), Schönhauser Allee 141. Die Schülerinnen zahlen 3 M. Eintrittsgeld und jede Woche 1 M. oder monatlich 4 M. Lehrgeld, wofür sie Unterricht, Mittagessen und die Küchenkleidung erhalten. Auch sind in jeder Schule einige ganze und halbe Freistellen vorhanden. Der Kursus dauert 6 Monate und beginnt am 1. April und 1. Oktober. Anmeldungen von Schülerinnen werden werktäglich in den Kochschulen von 10—12 Uhr durch die Lehrerin entgegengenommen. Die städtische Schuldeputation hat die Direktoren der Gemeindeschulen veranlaßt, die demnach abgehenden Schülerinnen auf die Wichtigkeit der Ausbildung im Kochen und Haushalten in den oben bezeichneten Schulen nachdrücklich aufmerksam zu machen.

Ein Automobilunfall, der glücklicherweise für die Beteiligten noch glimpflich abließ, ereignete sich gestern vormittag gegen 10 Uhr auf dem Potsdamer Platz. Der Direktor der Aktiengesellschaft, Hans Witte, fuhr mit seinem Automobil über den Potsdamer Platz, als plötzlich aus der Leipziger Straße ein Droschkenauto in voller Fahrt heran kam. Der Chauffeur konnte seinen Wagen auf dem nassen Pflaster nicht mehr zum Halten bringen und so erfolgte ein Zusammenstoß, der so gewaltig war, daß das Privatauto beiseite geschleudert wurde und umkippte. Direktor Witte wurde zwischen die Trümmer seines Gefährts, das vollständig demoliert war, eingeklemmt und mußte von Passanten befreit werden. Er hatte außer einem Kervenohr eine nicht unbedeutende Wunde an der Stirn erlitten, so daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Der Chauffeur des Droschkenwagens erlitt einen heftigen Kervenohr, während der Führer der Droschke unverletzt davonkam.

Die Suche nach dem Mörder Paul Koffau, der, wie gemeldet, in der Warthauer Straße die Frau Eckelt ermordet, ist bis jetzt ergebnislos verlaufen. Weder noch Briefen noch nach seiner Wohnung Warthauer Str. 30 ist er zurückgekehrt. Die Ermittlungen der Polizei haben ergeben, daß Koffau die Nacht vom Sonntag zum Montag in einem Fremdenlogis in der Warthauer Straße zugebracht hat. Wo er die letzte Nacht gewesen ist, konnte noch nicht festgestellt werden. Es ist aber von verschiedenen Seiten gemeldet worden, daß Koffau gestern früh in Berlin, und zwar in der Nähe des Zatories gesehen worden ist. Ein in der Gegend der Heimstraße verbreitetes Gerücht, daß der Mörder verhaftet worden sei, bewahrheitet sich nicht. Es wurde zwar ein Mann festgenommen, der Koffau sehr ähnlich und selbstamerweise auch auf den Namen Eckelt laufende Papiere bei sich hatte. Bei der Vernehmung auf der Polizei stellte sich aber heraus, daß der Verhaftete für die Tat nicht in Betracht kommt.

Leichtathletisches Sportmeeting am 24. August.

Die großen Wettkämpfe am nächsten Sonntag auf der Rennbahn in Treptow, veranstaltet vom ersten Kreis der Arbeiterturnvereine, sollen ein umfassendes Bild des gesamten leichtathletischen Arbeitersports geben. Zu vollem Erfolg gehört freilich, daß Petrus am nächsten Sonntag die großen Schenkeln geschlossen hält und nicht die Rennbahn in ein Schwimmbad verwandelt. Welch große Arbeit am Sonntag zu erliegen ist, zeigt das soeben erschienene Programm, das auf 16 Seiten folgende Konkurrenzen aufzählt: Diskus- und Speerwerfen, Kugelstoßen, 1500-Meterlauf, 100-Meterlauf, Olympische Stafette, Hoch-, Weis- und Stabspringen, Hürdenlauf, 1000-Meter-Stafette, 500-Meter-Hindernislauf, Mannschaftslugelfloßen. Interessant dürfte es sein, daß auch weibliche Sportler in den Wettkämpfen eintreten; insgesamt haben sich gemeldet: 177 Sportler über 18 Jahre, 110 Jugendliche und 20 Sportlerinnen. Infolge dieser über Erwarten großen Zahl von teilnehmenden Sportlern beginnen die Vorkämpfe bereits am Sonnabend, den 23. August, um 5 Uhr nachmittags und werden Sonntag morgen 7 Uhr fortgesetzt. Auch zu diesen Kämpfen ist dem Publikum der Zutritt gestattet und der Besuch zu empfehlen, da die Wettkämpfe stattfinden. Sonntag vormittag kostet der Eintritt 20 Pf. Am Sonntagnachmittag treten die Sieger der Vorkämpfe zu den Endkämpfen an, das Publikum wird also am Nachmittag die besten Kräfte zu sehen bekommen. Eingegangen sind insgesamt 307 Meldungen von Sportlern, die 550 Konkurrenzen zum Austrag bringen wollen.

Der Raubüberfall in Reußln auf den aus New York kommenden Diener Lenz, worüber wir am Montag früh berichteten, erscheint nach den Feststellungen der Reußln Kriminalpolizei jetzt in einem etwas anderen Lichte. Es war gleich angegeben, daß Lenz, obwohl er einen tiefen Messerstich in den Unterleib erhalten hatte, seine Kleider nicht durchlöcher waren. Auch war er, als er sich zu einem Schutzmännchen geschnippt und diesem von dem Heberfall Mitteilung machte, gar nicht an seinen Kleidern beschmutzt, obwohl es Regenwetter und auch der Boden in der Wedarismisanfall auf dem Wobbinplatz, wo er niedergestochen worden sein soll, mit Schmutz bedeckt war. Bei dem Verhör zeigte sich Lenz auch sehr zurückhaltend und suchte es zu vermeiden, über gewisse Einzelheiten zu sprechen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß es sich nicht um einen gewöhnlichen Raubanschlag handelt, sondern daß auch irgendwelche Momente mitsprechen. Im

Kaufe des gestrigen Tages sind von der Neuföllner Kriminalpolizei mehrere verdächtige Personen festgenommen worden, doch wurden diese alle wieder entlassen. Die Verlegung Lenigs ist nicht lebensgefährlich. Nach der jetzigen Lage glaubt man, daß er in vierzehn Tagen aus dem Krankenhaus wieder entlassen werden kann.

Die schon etwas in Verwesung übergegangen Leiche eines unbekanntes Mannes von etwa 55 bis 60 Jahren wurde gestern vormittag von einem Wärtcher in der Nähe des Humboldt-Denkmal in einem dichten Gebüsch aufgefunden. Der Tote trug noch eine Fuderschur um den Hals, mit der er sich an einem niedrigen Ast erhängt hatte, die aber später gerissen ist. Bei dem Toten wurden Papiere, durch die sich seine Persönlichkeit hätte feststellen lassen, nicht vorgefunden. Die Leiche befindet sich im Schauhaus.

Ein Unglücksfall ereignete sich auf dem stillgelegten Neubau Freitenwälder Str. 10, der bis zur ersten Etage gediehen ist. Da der Bau nicht abgeschlossen ist, machten sich Kinder auf demselben zu schaffen. Bei dem Versuch, von einer Mauer zur anderen zu klettern, trat plötzlich ein 10-jähriger Knabe fehl und stürzte in die Tiefe. Außer einem Bruch des rechten Oberarmes zog sich der Knabe Verletzungen am Kopf zu. Er wurde zunächst nach der Unfallstation in der Wabstrasse und von dort nach dem Virchow-Krankenhaus gebracht. Hoffentlich wird nimmere durch geeignete Abschließung des Baugrundstücks den Kindern das Betreten desselben unmöglich gemacht.

Die unbeflechte Leiche eines neugeborenen Kindes wurde am Montagabend auf dem Bürgersteig an der Ecke der König- und Dürkenstraße aufgefunden. Wie diese in diesem Zustande dorthin gekommen ist, konnte nicht aufgeklärt werden.

Eine zweite Kindesleiche wurde gestern vormittag in der Verlängerung Hofstraße gefunden. Als dort ein Zimmermann einen Arbeitsplatz betrat, fand er ein Paket, das die kleine Leiche enthielt. Sie war in Zeitungspapier und gelbes Packpapier eingewickelt.

Eine Verlängerung der Hundesperre gibt der Regierungspräsident von Potsdam durch eine gestern in Kraft getretene viehseinerpolizeiliche Anordnung für die zwischen Spandau und Oranienburg belegenen Gemeinden und Gutsbezirke der Kreise Osthavel und Niederbarnim bekannt. Die Sperre wird danach bis zum 10. November verlängert und zwar u. a. für die Distrikte Belten, Finkenrug, Wölow, Orielang, Neuenhof, Stolp, Hermdorf, Waldmannslust usw. Veranlaßt ist diese Maßregel durch einen in Wölow erschlagenen Hund, bei welchem die Tollwut festgestellt worden ist. Auch nach dieser Anordnung ist das freie Umherlaufen der Hunde gestattet, sofern diese gewissenhaft überwacht und mit sicherem Maulkorbe versehen sind.

Selbstmordversuch eines Bahnbeamten. In selbstmörderischer Absicht stürzte sich der Eisenbahnschaffner Kurz aus Lichtenberg vor einem um 9.20 Uhr in Rummelsburg-Ost ankommenden Vorortzug. Der Lokomotivführer brachte zwar den Zug sofort zum Stehen, konnte aber nicht verhindern, daß K. von den Rädern erfasst wurde. Schwere Verletzungen davon nahm K. hervor und brachte ihn nach dem Kaiserin-Auguste-Viktoria-Krankenhaus in Rummelsburg. Sein Zustand ist besorgniserregend.

Vom eigenen Fuhrwerk überfahren und getötet wurde der 25-jährige Sohn des Besitzers Variel aus Helligense. Auf der Jagd nach Berlin gingen die Pferde des Bartelchen Fuhrwerks durch und raste gegen einen Straßbaum. Hierbei wurde V. vom Rad herunter auf den Fahrdamm geschleudert. Als dann die Pferde weiter liefen, gingen dem jungen Menschen die Räder des Fuhrwerks über Brust und Beine hinweg. V. wurde so schwer verletzt, daß er bald nach der Einlieferung im Virchow-Krankenhaus starb.

Beim Massenaustrag der Berliner Arbeiterjugend am vergangenen Sonntag ist ein rotpolierter Wanderstok verloren und ein Regensturm gefunden worden. Abzugeben resp. abzuholen sind beide Gegenstände bei Paul Böhm, Berlin SO., Franzstr. 17.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Mit den kommenden Wahlen zum Ausschuss der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Stadtteil Charlottenburger beschäftigten sich am 14. August er. die Delegierten der Charlottenburger Gewerkschaftskommission. Der Referent, Genosse Ahrens, behandelte die neue Materie, unter welcher die Wahlen diesmal stattzufinden haben. Bei dem darin enthaltenen Verhältniswahlsystem müsse es die Aufgabe der Gewerkschaften sein, kräftig und umfassend für die Wahlen zu agitieren, damit wir am Tage der Wahl mit einer imposanten Stimmzahl auftreten können. Diese Ausschusswahlen seien ferner das Fundament für die weiteren Wahlen zu den übrigen Berufsvereinigungen. Genosse Flemming betonte die Notwendigkeit, auch die Agitation unter den weiblichen Mitgliedern ganz besonders in die Wege zu leiten, denn den früheren Erfahrungen nach zu urteilen, hätten diese sich in sehr geringer Zahl an den bisherigen Delegiertenwahlen der Kasse beteiligt.

Wegen der am Orte jetzt herrschenden Arbeitslosigkeit, unter der eine Reihe von Betrieben zu leiden haben, nahm Genosse Seifert Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß unsere Vertreter mit Nachdruck bei den städtischen und staatlichen Körperschaften für eine Arbeitslosenfürsorge eintreten mögen. Nachdem vom Genossen Flemming diese Ausführungen noch unterstützt wurden, gaben die Genossen Graubund und Storch ein Bild von der in der Holzindustrie besonders starken Arbeitslosigkeit und kritisierten, daß die Hochbaudeputation der Stadt Charlottenburg Tischlerarbeiten an eine Firma in Treuenbrieken, die nicht einmal tariflos sei, vergeben habe. Genosse Richter teilte hierauf mit, daß in der Frage der Arbeitslosenfürsorge von den sozialdemokratischen Stadtverordneten in aller Eile etwas getan werde.

Nachdem noch auf das am 24. August er. stattfindende allgemeine Gewerkschaftsfest im „Volkshaus“ und auf den am 3. September er. beginnenden Samariterkurs des Arbeiter-Samariterbundes hingewiesen, wurde auf Anregung des Genossen Pöhlke beschlossen, eine Sitzung der Funktionäre abzuhalten, die sich mit der Volkshausfrage beschäftigen soll.

Zum Schluß widmete der Obmann, Genosse Richter, dem verehrten Genossen August Wibel einige Worte der Anerkennung für seine Tätigkeit im Interesse des internationalen Proletariats. Es fehlten: Bäcker, Brauereiarbeiter, Porzellanarbeiter und Schneider.

Schöneberg.

Ein rätselhafter Fall beschäftigt gegenwärtig die Schöneberger Kriminalpolizei. In der Nacht zum Dienstag gegen 12 1/2 Uhr hörte plötzlich ein Laternenanzünder einen Hilferuf im Schöneberger Stadtpark. Er eilte hinzu und sah auf dem Wasser des dort gelegenen Sees einen Frauenkörper schwimmen. Rasch sprang er in den See und brachte nach längerem Aufstrengen die bereits Leblose ans Ufer. Mit Hilfe mehrerer Passanten wurde die Frau in das nächste Polizeirevier geschafft, wo ein hinzugerufener Arzt nach mehrstündigem Bemühen, die Leblose wieder ins Dasein zurückzubringen vermochte. Da die Unbekannte jedoch vollständig erschöpft war, mußte sie ins Schöneberger Krankenhaus übergeführt werden, wo sie bisher die Bestimmung noch nicht wieder erlangt hat. Die sofort eingeleiteten Recherchen haben noch nicht ergeben, ob es sich hier um einen Unfall, Selbstmordversuch oder Verbrechen handelt.

Neufölln.

Große Aufregung verursachte gestern mittag auf der Thierbrücke der Selbstmordversuch des aus dem Arbeitshaus in Rummelsburg entwichenen 56 Jahre alten Händlers Wartsch. Dieser schwang sich über das Brückengeländer und sprang in den Kanal hinab, ehe ihn die Passanten daran hindern konnten. Er versank vor deren Augen im Wasser und kam nicht wieder zum Vorschein. Der Vater Wilhelm Wartsch aus der Prinz-Jandjery-Straße, der gerade des Weges kam, warf seinen Rock ab und sprang dem Selbstmörder nach.

Nach längerem Bemühen und verschiedenen Tauchungen gelang es ihm auch, den dem Ertrinken nahen Mann wieder ans Ufer zu bringen. Er hatte schon das Bewußtsein verloren, doch waren längere Wiederbelebungsversuche von Erfolg gekrönt. Er war jedoch so erschöpft, daß er nach dem Krankenhaus in Quadow gebracht werden mußte. Wartsch hatte den Selbstmordversuch unternommen, weil er nach seiner Entweichung aus dem Arbeitshaus sich vergeblich bemüht hatte, Arbeit zu finden und sein Brot zu verdienen.

In der Jugendfestion spricht heute vor den jungen Genossen und Genossinnen im Lokal von Wartsch, Hermannstr. 49, an Stelle des verhinderten Genossen Eichhorn der Genosse Müller über Volksfragen und Wirtschaftsleben in Amerika. Nach dem Vortrage Diskussion und Verschiedenes. Wir bitten die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen dringend, für diese Versammlung und die Jugendfestion eine rege Propaganda zu entfalten. Der Referent war lange Jahre in Amerika und wird daher ein anschauliches Bild amerikanischer Verhältnisse geben. Die älteren Genossen sind herzlich willkommen.

Die Ferien spiele finden infolgedessen eine Fortsetzung, als Mittwoch und Sonntag mit den Kindern im Treppower Park unter der Leitung Erwachsener gespielt wird. Es wird gebeten, die Kinder zu den bekannten Sammelstellen zu schicken.

Bei den Ferienausflügen und bei dem Schlusfest sind mehrere Gegenstände gefunden worden, dieselben können im Bureau Redarstraße 3 abgeholt werden.

Brit.

In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins erstattete Genosse Harwig Bericht von der Verbandsgeneralversammlung. In der dem Bericht folgenden Diskussion wurde besonders die Einführung des 26-Pennia-Bochenabonnements für den „Vorwärts“ hervorgehoben. Beim nächsten Punkt: Stellungnahme zum Parteitag, betonte Genosse Händel, daß er die Haltung der Reichstagsfraktion bezüglich der Wehr- und Deckungsvorlagen nur billigen könne. Er, Redner, hoffe, daß durch die Annahme dieser Vorlage auf die Rüstungspatrioten eine heilsame Wirkung ausgeübt werde. Des weiteren betonte Redner, daß unsere bisherige Taktik in bezug auf die Erringung des allgemeinen Wahlrechts für Preußen völlig erfolglos geblieben sei. Trotzdem glaube er, daß die Frage der Erringung des Wahlrechts nicht die nötige Zugkraft habe, um den jetzt von allen Seiten verlangten Massenstreik mit Erfolg zur Tat werden zu lassen. In der diesen Ausführungen folgenden Diskussion, die wegen der Wichtigkeit der Frage und der großen Zahl der in der Rednerliste vermerkten Genossen im lombinierten Zustande stattfand, sprach sich K. u. g. r. gegen die Haltung der Gewerkschaften aus. Mit den jetzigen Führern sei an eine erfolgreiche Durchführung des Massenstreiks nicht zu denken. Im übrigen hätten wir bei Anwendung des Massenstreiks nichts zu verlieren, da man ja denselben bei Zeiten wieder abbrechen könne. Gegen diese Auffassung wandte sich Prenzlau. Bei einem Massenstreik in Deutschland gehe es aufs Ganze, da sei ein Massenstreik zugleich ein Kampf um die Erringung der politischen Macht. Gleichwohl müsse die Massenstreikfrage propagiert werden. Geht es um die Erringung des Massenstreiks vorwärts zu sein. Gegenwärtig sei der Zeitpunkt für dessen Anwendung noch nicht gekommen. Ein Massenstreik müsse spontan hervorbrechen. Zur Weisheitsfrage betonte Redner, daß für das Versanden derselben die Gewerkschaften verantwortlich zu machen seien. Unter den jetzigen obwaltenden Umständen sehe er es lieber, wenn die Arbeiterklasse sich abspaltet als daß sie durch das Parlament die heutige Gesellschaft überwinden werde, müsse verschwinden. Bei Anwendung und Propagierung des Massenstreiks scheine man auf Widerstand der Gewerkschaften zu stoßen, deren Macht stärker sei als die der Parteileitung. Der geltende Standpunkt, vor einer solchen Bewegung erst die Frage aufzuwerfen, was es koste, hemme jeden Fortschritt. Händel betonte, daß der Massenstreik komme, auch wenn die Führer nicht damit einverstanden wären. Demgegenüber legte Prenzlau dar, daß wir in Deutschland andere Verhältnisse hätten wie in Belgien; die Haltung der Gewerkschaften sei daher nur begrifflich. Es sprachen hierauf noch Gutschmidt und Harwig. Letzterer meinte, es sei notwendig, aus den Massen die Laubheit zu vertreiben und sie mit einem anderen Geist zu besetzen, den wir brauchen, um siegen zu können. Die Genossin Böhm-Schuch betonte besonders, daß auch die Propaganda unter den Frauen nicht verabsäumt werden dürfe, die wir zur Durchführung schwerer Kämpfe gebrauchen. Im übrigen sei vor Anwendung des Massenstreiks vorher genau zu erwägen, ob auch der Eintrag löbne. In bezug auf Belgien sei zu betonen, daß dort nicht die Feuerköpfe den Streik gewannen, sondern diejenigen, die abwarten konnten.

Steglich.

Todessturz aus dem Fenster. In geistiger Unnachtung sprang vorgestern vormittag die Frau des Eigentümers W. in einem unbewachten Augenblick aus ihrer im ersten Stockwerk in der Körnerstraße 45 befindlichen Wohnung. Die Unglückliche fiel auf den Baum des Vorgartens und erlitt so schwere Verletzungen, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Neuenhagen (Stbahn).

Aus der Gemeindevertretung. Der Grundbesitzerverein des Ortsteiles Bahnhofs hatte beantragt, den Platz an der Ackerstraße Kaiser-Wilhelm-Platz, die Straßen 18 und 22 Marien- und Pestalozzistraße zu benennen und die Neuenhagener Allee in Königs-Allee umzuändern. Schon in voriger Sitzung begründete Herr Rissel den Antrag. Zur Erinnerung an das Jubiläum müsse der Platz Kaiser-Wilhelm-Platz genannt werden; der Name Neuenhagener Allee sei zu lang und hätte keine Berechtigung mehr, weil sie jetzt mitten im Ort liege. Unsere Vertreter wandten sich gegen den Hyphantismus und machten andere Vorschläge. Da eine Einigung hierüber nicht erzielt wurde, beschloß die Vertretung Kommissionsberatung. Die Benennung der Straßen 18 und 22 mußte aus bestimmten Gründen vorläufig unterbleiben. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurde nun nochmals darüber beraten. Nach dem Kommissionsvorschlag soll der Platz Wilhelm-Platz, die Neuenhagener Allee Königs-Allee benannt werden. Weil man nun mal beim Umändern war, sollte auch die am Platz vorbeiführende Ackerstraße in Wilhelm-Platz umgetauft werden. Ackerstraße klingt doch zu gewöhnlich. Wegen die Stimmen der Sozialdemokraten wurde der Kommissionsvorschlag angenommen. Der Anregung, die Regenwasserläufe durch ständige Kontrolle vor Versandung zu schützen, soll Folge gegeben werden. Um der Gemeinde und den Anliegern unnötige Kosten zu ersparen, soll möglichst mit der Straßenbeleuchtungsleitung zugleich die Konsumentenleitung verlegt werden. In geheimer Sitzung wurde den Verträgen zum Erwerb von Straßenland zugestimmt und einstimmig beschlossen, wegen Auflösung von Straßenland eine Klage anzustrengen.

Klein-Schönebeck-Nichtenu.

Der Gemeindefürher ist am Sonntag plötzlich einem Herzschlage erlegen. Der gesunde und rüstige Mann hatte noch am Nachmittag an einer Sitzung teilgenommen und keinerlei Mißbehagen oder Unwohlsein verspürt. Obwohl der Verstorbene unser politischer Gegner gewesen und in Fragen der Kommunalpolitik nicht immer auf unserer Seite zu finden war, müssen unsere Genossen doch seinen geraden Charakter, seine eigene Meinung und sein Bestreben, nach besten Kräften dem Gemeinwohl zu dienen, anerkennen.

Spandau.

Zum Zwecke der Gewerbegerichtswahl sind vom Magistrat Legitimationsformulare herausgegeben worden. Jeder Wähler hat sich dieselbe von seinem Arbeitgeber unterzeichnen zu lassen, wenn der Geschäftsbetrieb sich in Spandau befindet. Diejenigen, welche in Berlin oder in einem anderen Orte in Arbeit stehen, müssen sich Injertentell beantragen: Th. Gluck, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts

den Ausweis von dem zuständigen Polizeirevier ausstellen lassen. Die Befahrgabe der Bezirke, in welchen gewählt wird, erfolgt durch die Anschlagtafeln; wir erwarten, daß sich jeder Wähler genau unterrichtet, in welchem Bezirke er wählt. Wahllegitimationen sind noch im Bureau des Transportarbeiter-Verbandes, Breite Str. 64 I, zu haben.

Gerichts-Zeitung.

Nach einmal Polizei und Jugend.

Beil er der Aufforderung zum Weitergeben nicht Folge geleistet haben sollte, hat der Buchdrucker Friedrich Kochmann ein polizeiliches Strafmandat von 3 M. erhalten. Hiergegen rief der damit Bedachte richterliche Entscheidung an, die jetzt vor dem Amtsgericht Neufölln zum Austrag gelangte. Der Tatbestand ist folgender:

Am 6. April d. J. sollte in einem Lokal in der Bergstraße in Neufölln eine Jugendversammlung stattfinden. Die Polizei erklärte dieselbe jedoch für „politisch“, und die Jugendlichen unter 18 Jahren verließen daraufhin den Versammlungsraum. Auf der Straße bildeten sich dann Gruppen, was die Polizeibeamten veranlaßte, zum Weitergeben aufzufordern. Der Angeklagte befand sich ebenfalls unter den Jugendlichen. Er gab an, auf und ab gegangen zu sein und die Jugendlichen fortwährend ermahnt zu haben, nach Hause zu gehen. Plötzlich sei er von einem Schuttmann mit nach der Wache genommen worden, wo man ihn etwa zwei Stunden in eine Zelle gesperrt habe. Er habe sofort gegen seine Festhaltung protestiert, der Schuttmann habe aber erklärt: „Jedenfalls haben Sie der Aufforderung nicht Folge geleistet.“

Der Polizeileutnant, der die Festhaltung veranlaßt hatte, sagte als Zeuge aus, er habe den Angeklagten wegbringen lassen, weil er fortwährend auf und ab ging und scheinbar einen großen Einfluß auf die Jugendlichen ausgeübt habe. Auf eine diesbezügliche Frage des Vorsitzenden mußte er zugeben, daß der Angeklagte nur wenige Sekunden, etwa eine halbe Minute, zuweilen stehen geblieben sei. Eine direkte Aufforderung an Kochmann habe er nicht ergehen lassen, aber dieser hätte die allgemeinen Aufforderungen auch auf sich beziehen müssen. Ein jugendlicher Zeuge konnte die Angaben des Angeklagten nur bestätigen. Der Amtsanwalt hielt die Schuld des Angeklagten für erwiesen und beantragte eine Geldstrafe von 3 M. oder 1 Tag Haft. Rechtsanwält Dr. Kurt Rosenfeld ersuchte um Freisprechung. Er führte unter anderem aus: Man müsse sich wundern, daß nach einer solchen Beweisaufnahme der Amtsanwalt überhaupt noch eine Strafe beantrage. Es habe sich doch gezeigt, daß der Angeklagte, der an der Verfestigung der „Verkehrsbehindernisse“ mitgeholfen hatte, schließlich selbst als „Verkehrsbehindernis“ angesehen worden sei. Neidrigens habe der Angeklagte ja getan, was die Polizei befohlen habe, und sei weitergegangen. Wenn er, wie der Leutnant selbst zugegeben habe, mal einige Sekunden stehen geblieben ist, so falle dies doch keineswegs unter den Begriff des Nichtfolgeleistens bei polizeilichen Anordnungen.

Das Urteil lautete auf Freisprechung. In der Begründung wurde gesagt, der Angeklagte sei verhaftet worden, ehe er dreimal aufgefordert worden war, wegzugehen. Nach Aussage des Polizeileutnants hat der Angeklagte auch den Befehl nicht befolgt, da sein Verweilen ein Stehenbleiben im Sinne des Gesetzes nicht darstelle.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet bis einschließlich Sonnabend, den 30. August, nur von 7 bis 9 Uhr abends statt. — Sonnabend Sprechstunde von 7 1/2 bis 6 Uhr nachmittags.

Fr. 8. 77. Eine Adresse können wir Ihnen nicht angeben, viellecht Berliner Adressbuch. — **Fr. 8. 84.** Wenn Ihnen Einwendung mit grauer Farbe nicht hilft, vertrauen Sie sich einem Arzte an. — **Fr. 8. 13.** Welchen Sie sich bei der Fürsorgestelle Schumannstr. 21, Montag und Freitag von 4-6 Uhr, oder Pothofstr. 25, Dienstag 4-6 und Donnerstag 10-12 Uhr. — **Fr. 171.** 1. Auf Antrag bei der Polizeibehörde. 2. Geschäftsadresse finden Sie im Berliner Adressbuch. Der zweite Teil der Frage ist unverständlich. 3. Unmöglich zu beantworten, fragen Sie in der Sprechstunde persönlich an. — **Fr. 8. 87.** 31. August bis 1. September.

Gertrud 30. Krämpfeln und Fußkrämpfe Berlin, Geschäftsstelle Am Urban 10-11, von 9-11 und 4-7 Uhr. — **C. R. 50.** Bei jedem Antiquar. Adressen im Berliner Adressbuch. — **Dänemark 55.** 1. Rein, Magdalen. 2-3. Buchhandlung Vorwärts, Berlin, Lindenstr. 69. — **G. Stent. Rein. G. J. 10.** Proben oder münden. — **Africa 30.** Reichsforstamt Berlin, W. 8, Wilhelmstraße 62. — **S. M. 100.** Eine Pflanzschulungsschule nicht. — **Parteilichkeit Nr. 21729.** 1-3. Der Apparat wird zuerst nur in der Kreisstadt des Erfinders in Braunschweig angemeldet. In 3-4 Monaten werden ihn auch Arzte in Berlin zur Behandlung von Schwerhörigkeit benutzen. Die Behandlung selbst darf nur durch den Arzt geschehen. 4. Der zweite Apparat wird schon seit Jahren bei Spezialärzten für Ohrenheilen benutzt. Nur der Arzt kann entscheiden, ob der Apparat bei der Art des Leidens Erfolg zeitigen kann. — **G. J. 33.** Der Vater ist nicht zahlungspflichtig. — **Nr. 001.** Für vier Tage unterrichtungsberichtig. Der Rest muß auf Erfordern wieder ausgegahlt werden. — **M. 2. 100.** Ihre Frau soll einen Antrag an die Landesversicherungsanstalt richten. Die letztere kann dann einen Zuschuß zu den Kosten bewilligen, aber dazu nicht verpflichtet. — **Steffner.** 1. Rein. 2. Ja. 3. U. G. ja; doch ist die Frage zweifelhaft. Immerhin kann der Versuch gemacht werden. — **S. 2. 30.** Zurzeit sind Sie zur Vertragslösung noch nicht berechtigt. Sie müssen erst den 1. Oktober abwarten und können dann, falls sich die Räume bis dahin nicht in einem bewohnbaren Zustande befinden, den Vertrag sofort lösen, eventuell auch Schadenersatz beantragen. — **S. C. 105.** Falls persönliche Ermittlungen keinen Erfolg haben, ist zurzeit nichts zu machen. — **C. R. 1.** Sie können bei Gericht einen Pfändungs- und Uebereinstellungsbescheid beantragen, der dem Schuldner sowie der Straßbahngesellschaft zugustellen ist. 2. Die Kosten des Gerichtsverfahrens muß der Schuldner zuerstreiten. Sofern Sie aber den Vermögensbescheid dem Gerichtsvollzieher vorgelegt haben, können von Ihnen Kosten nicht gefordert werden. — **C. R. 100.** 1. Ja. 2. Rein

Marktpreise von Berlin am 18. August 1913. nach Ermittlungen des Igl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,66-19,70, mittel 19,58-19,62, geringe 19,50-19,54. Roggen, gute Sorte — bis 16,20, mittel — bis —, geringe — bis — (als Rohr). Futtergerste, gute Sorte 16,90-17,30, mittel 16,40-16,50, geringe 16,00-16,30. Hafer, gute Sorte 17,70-19,00, mittel 16,40-17,60. Mais (mitz), gute Sorte 16,50-16,70. Mais (runder), gute Sorte 14,50-14,90. Rindfleisch — neu, alt —, neu —.

Wartballepreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00-30,00. Edelbohnen, weiße 35,00-36,00. Erbsen 35,00-36,00. Kartoffeln (Reinbl.) 5,00-5,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Seele 1,70-2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30-1,80. Schweinefleisch 1,60-2,10. Kalbfleisch 1,40-2,40. Hammelfleisch 1,60-2,40. Butter 2,90-3,00. Rals 60 Stck Eier 3,60-5,50. 1 Kilogramm Karpen 1,40-2,60. Rals 60 Stck Eier 3,60-5,50. 1 Kilogramm Karpen 1,40-2,60. Rals 60 Stck Eier 3,60-5,50. 1 Kilogramm Karpen 1,40-2,60. Rals 60 Stck Eier 3,60-5,50.

Witterungsüberblick vom 19. August 1913.

Stationen	Barometerstand	Windrichtung	Wolkenlage	Temperatur	Stationen	Barometerstand	Windrichtung	Wolkenlage	Temperatur
Emmende.	760,23	3bedekt	17	Nagaranda	766,33	3bedekt	14		
Camburg	762,33	3bedekt	15	Betersburg	757,0	1bedekt	16		
Berlin	762,33	3bedekt	15	Schlö	766,0	1wolfig	15		
Frank. a. M.	764,70	1bedekt	15	Aberdeen	768,33	2bedekt	12		
Büdingen	764,50	2wolfig	13	Paris	763,33	2bedekt	15		
Wien	763,33	1heiter	17						

Wetterprognose für Mittwoch, den 20. August 1913.

Ein wenig kühl, vorwiegend trübe und regnerisch, bei mäßigen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.